

Noch nicht genehmigt

Protokoll 13

Stadtratssitzung

Donnerstag, 06.07.2023, 17.00 Uhr und 20.30 Uhr

Rathaus, Grossratssaal

Inhaltsverzeichnis

Anwesenheit in der Sitzung von 17.00 bis 19.00 Uhr.....	791
2023.SR.0112.....	792
1 Begrüssung und Mitteilungen	
2022.SR.000193.....	793
3 Kommission für Ressourcen, Wirtschaft, Sicherheit und Umwelt (RWSU): Ersatzwahl	
2023.SR.0111.....	793
4 Geschäftsreglement des Stadtrats (GRSR); Teilrevision; Anträge des Büros des Stadtrats betreffend Zustellung und Publikation der Sitzungsunterlagen und Antragsliste (Art. 42 GRSR) sowie betreffend Verzicht auf den Druck von Sitzungsunterlagen; 1. Lesung	
2020.SR.000383.....	802
5 Geschäftsreglement des Stadtrats (GRSR); Teilrevision; Antrag von Erich Hess, SVP: Auftrag zur Erarbeitung eines neuen Systems bei der Beratung von Reglementen um 1. und 2. Lesung besser abzustimmen; 1. Lesung	
2023.SR.0114.....	804
6 Dringliches Postulat Fraktion SP/JUSO (Lena Allenspach / Johannes Wartenweiler, SP): Ausserordentliche Gewinne sind der Stadt und den Konsument:innen weiterzugeben	
2019.SR.000158.....	814
7 Motion Fraktion GFL/EVP (Manuel C. Widmer, GFL) - übernommen durch Marcel Wüthrich (GFL): Veranstaltungsbewilligungen auch mit Werbe-Regeln verknüpfen	
2019.SR.000177.....	815
8 Motion Fraktion GFL/EVP (Lukas Gutzwiller, GFL/Matthias Stürmer, EVP): Roadmap erneuerbare Wärmeversorgung	
2019.SR.000206.....	818
10 Motion Fraktion SVP (Thomas Glauser/Alexander Feuz, SVP): Keine Zulassung von ausländischen Studienbewerberinnen und Studienbewerbern bei Terrorverdacht an der Universität Bern	
2020.SR.000187.....	820
11 Motion Fraktion FDP/JF (Bernhard Eicher/Barbara Freiburghaus; FDP) - übernommen durch Dolores Dana (FDP): Sanierungsoffensive der Berner Liegenschaften: Schaffung von Anreizen durch die Stadt Bern	

2021.SR.000182	822
13 Postulat Simone Machado (GaP), Zora Schneider (PdA), Jemima Fischer (AL): Wird Gesichtserkennungssoftware auch in der Stadt Bern eingesetzt?	
Die Sitzung wird um 19.00 Uhr unterbrochen.	824
Anwesenheit in der Sitzung von 20.30 bis 22.30 Uhr	825
2021.SR.000182	826
13 Fortsetzung: Postulat Simone Machado (GaP), Zora Schneider (PdA), Jemima Fischer (AL): Wird Gesichtserkennungssoftware auch in der Stadt Bern eingesetzt?	
2021.SR.000195	827
14 Motion Alexander Feuz (SVP) und Simone Machado (GaP): Veranstaltungen in Bern: die Quartiere dürfen nicht total abgeriegelt werden!	
2022.SR.000054	830
15 Motion Fraktion AL/PdA (Matteo Micieli, PdA/Jemima Fischer, AL/Simone Machado, GaP): Bäume für Abwesenheit – Wer an den Sitzungen der Energie- und Klimakommission fehlt, pflanzt einen Baum	
2019.SR.000261	831
16 Postulat Fraktion SVP (Alexander Feuz/Thomas Glauser, SVP): Wie nachhaltig ist die Zusammenarbeit Berns mit anderen Städten?	
2020.SR.000065	832
17 Motion Fraktion SVP (Alexander Feuz/Niklaus Mürner/Thomas Glauser, SVP): Sicherheitsvereinbarung: Einführung einer Kennzeichnungspflicht für die Security und das Wellness-Team der Reithalle!	
2020.SR.000180	838
18 Postulat Fraktion SVP (Hans Ulrich Gränicher/Alexander Feuz, SVP): Schützenmatte Zwischennutzung neu denken	
2020.SR.000380	843
19 Motion Fraktion FDP/JF (Barbara Freiburghaus/Vivianne Esseiva, FDP): Paritätische Vertretungen in Verwaltungsgremien und bei Wettbewerben	
2021.SR.000163	846
20 Postulat Fraktion FDP/JF (Ursula Stöckli, FDP/Florence Schmid, JF): Kosten von parlamentarischen Vorstössen müssen ausgewiesen werden	
2022.SR.000008	849
21 Postulat Fraktion GB/JA! (Regula Bühlmann, GB/ Anna Leissing, GB): Einkommensabhängige städtische Gebühren statt Kopfsteuern	
2022.SR.000034	854
22 Interfraktionelle Motion Fraktion SVP, Mitte (Alexander Feuz/Thomas Glauser, SVP/Lionel Gaudy, Mitte/Simone Machado, GaP/Ruth Altmann, parteilos): Stadtreparatur: Steigern der Lebensqualität im Osten der Stadt Bern durch das Überdecken der Stadtautobahn im Abschnitt zwischen Freudenberplatz und Bolligenstrasse, vorzugsweise bis Gümligenfeld. Die Partizipation der Quartierbevölkerung muss dabei sichergestellt werden!	
Eingänge	859
Schluss der Sitzung: 22.30 Uhr	859

Anwesenheit in der Sitzung von 17.00 bis 19.00 Uhr

Stadtrat anwesend

Präsident Michael Hoekstra

Valentina Achermann	Lukas Gutzwiller	Barbara Nyffeler
Timur Akçasayar	Bernadette Häfliger	Halua Pinto de Magalhães
Lena Allenspach	Erich Hess	Simone Richner
Ruth Altmann	Thomas Hofstetter	Mirjam Roder
Ursina Anderegg	Matthias Humbel	Sarah Rubin
Mirjam Arn	Seraphine Iseli	Kurt Rügsegger
Tom Berger	Ueli Jaisli	Vanessa Salamanca
Lea Bill	Bettina Jans-Troxler	Mahir Sancar
Laura Binz	Anna Jegher	Judith Schenk
Gabriela Blatter	Raffael Joggi	Florence Schmid
David Böhner	Nora Joos	Nicole Silvestri
Michael Burkard	Barbara Keller	Chandru Somasundaram
Eva Chen	Ingrid Kissling-Näf	Ursula Stöckli
Dolores Dana	Anna Leissing	Irina Straubhaar
Milena Daphinoff	Corina Liebi	Therese Streit-Ramseier
Sibyl Eigenmann	Maurice Lindgren	Bettina Stüssi
Vivianne Esseiva	Simone Machado	Michael Sutter
Alexander Feuz	Salome Mathys	Johannes Wartenweiler
Jelena Filipovic	Matteo Micieli	Lukas Wegmüller
Sofia Fisch	Tanja Miljanovic	Janosch Weyermann
Katharina Gallizzi	Niklaus Mürner	Marcel Wüthrich
Lionel Gaudy	Dominic Nellen	Paula Zysset
Claude Grosjean		

Stadtrat entschuldigt

Yasmin Amana Abdullahi	Franziska Geiser	Szabolcs Mihalyi
Janina Aeberhard	Thomas Glauser	Claudio Righetti
Diego Bigger	Fuat Köçer	Michael Ruefer
Francesca Chukwunyere	Nora Krummen	Sara Schmid

Gemeinderat anwesend

Alec von Graffenried PRD	Franziska Teuscher BSS	Reto Nause SUE
--------------------------	------------------------	----------------

Stadtkanzlei anwesend

Nora Lischetti, Vizestadtschreiberin

Ratssekretariat anwesend

Nadja Bischoff, Ratssekretärin	Mago Flück, Ratsweibel	Cornelia Stücker, Sekretariat
--------------------------------	------------------------	-------------------------------

2023.SR.0112

1 Begrüssung und Mitteilungen

Präsident: Ich begrüsse Sie herzlich zur 13. Sitzung in diesem Jahr. Mir sind aktuell bis heute keine Rücktritte bekannt, ich darf aber heute dann hoffentlich noch bekannt geben oder begrüssen das neue Mitglied der SVP-Fraktion. Niklaus Mürner, ist ein Wiedereintritt als Nachfolger von Thomas Fuchs, den wir letzte Woche verabschieden durften oder verabschieden mussten. Er ist schon einmal von 2019 bis 2020 im Stadtrat gewesen. In einem nächsten Traktandum wird er, sofern er gewählt wird, dann auch in die Schulkommission des Gymnasiums Neufeld gewählt werden. Er ist schon gewählt? Entschuldigung. Herzlich willkommen in dem Fall. Jetzt ist er gerade eingetroffen und ich wünsche ihm einen guten Start in der SVP-Fraktion. Ich darf auch einen runden Geburtstag melden, und zwar vom ältesten Ratsmitglied in diesem Saal, er ist heute ein Jahr älter geworden und hat gleichzeitig noch einen Runden geschafft. Kurt Rüeeggger, ich wünsche dir alles Gute zum 70. Geburtstag. Ich habe dir als kleines Danke, dass du an so einem runden Geburtstag heute bei uns trotzdem vertreten bist, noch ein kleines Präsent mitgenommen von meinem Schwiegervater, Schweizer Honig aus dem Sensebezirk. Herzliche Gratulation. Weitere Mitteilungen, die nicht so spannend sind. Natürlich wie immer das Badgen nicht vergessen, beim Ein- und Ausstempeln wie bei jeder Sitzung. Einzureichende Vorstösse wie immer: die Dringlichen bis um 21 Uhr und die übrigen Vorstösse bitte bis spätestens um 21.30 Uhr beim Vizepräsidium abgeben. Dann noch in eigener Sache der Reminder für die Anmeldung vom Stadtratsausflug: Wir bitten, dass sich alle die mitkommen wollen, spätestens bis am 10. Juli, also bis Ende der Woche, noch anmelden, damit wir auch ein bisschen planen können und wissen, wie viel Verpflegung wir dann organisieren müssen. Wir stimmen zuerst über den Ordnungsantrag gemäss Antragsliste ab. Es geht hier um die reduzierte Debatte wie gehabt. Die offenen Vorstösse, die von Ihnen eingereicht wurden, ermöglichen es, dass wir sie in dieser entsprechenden reduzierten Debatte durchführen können. Es geht hier um das Traktandum 7 bis 30, die wir so abhandeln würden. Wir stimmen ab.

Ordnungsantrag

1. Büro Die Traktanden 7 – 30 werden unter folgender Verhandlungsordnung beraten:

BERATUNG:

- 1 Einreichende der Motion / des Postulats 3 Min.
- 2 Fraktionserklärungen 3 Min.
- 3 Einzelvoten 1 Min.
- 4 Gemeinderat 3 Min.

ABSTIMMUNG:

Über die Erheblicherklärung der Motion / des Postulats

Abstimmung

2023.SR.0112: Ordnungsantrag für die verkürzte Debatte

Annahme

Ja	48
Nein	0
Enthalten	0

[Namensliste 004](#)

Präsident: Danke vielmals! Der Antrag ist einstimmig angenommen worden. Damit wären wir beim Traktandum Nummer 2. Hier geht es um die Protokollgenehmigung des Protokolls vom 25. Mai. Es sind bei uns keine Änderungen eingegangen. Ist das Protokoll bestritten? Dies scheint nicht der Fall zu sein. Dann gilt das Protokoll somit als genehmigt, und ich danke den Verfasserinnen für das Erstellen. Wir kommen zum Traktandum Nummer 3: es geht hier um die Kommission für Ressourcen, Wirtschaft, Sicherheit und Umwelt. Das ist eine Wahl gemäss Tischaufgabe.

2022.SR.000193

3 Kommission für Ressourcen, Wirtschaft, Sicherheit und Umwelt (RWSU): Ersatzwahl

Präsident: Den Vorschlag sehen Sie vor Ihnen, es geht um die Wahl für den zurücktretenden Thomas Fuchs. Nominiert von der Fraktion SVP ist das neue Stadratsmitglied Niklaus Mürner. Gibt es weitere Wahlvorschläge? Das scheint nicht der Fall zu sein.

Antrag

1. SVP Für den zurücktretenden Thomas Fuchs (SVP) nominiert die Fraktion SVP als Mitglied Niklaus Mürner (SVP).

Dann stimmen wir darüber ab, mittels Handerheben. Wer für die Wahl ist, erhebt die Hand. Gibt es Enthaltungen? Damit wäre die Wahl somit bestätigt. Ich gratuliere herzlich zur Wahl in die Kommission.

Wir sind bereits beim Traktandum Nummer 4. Hier kommen wir zur ersten Lesung für die Teilrevision des Geschäftsreglements des Stadtrates. Ich gebe das Wort der Kommissionssprecherin der GPK, Vivianne Esseiva.

2023.SR.0111

4 Geschäftsreglement des Stadtrats (GRSR); Teilrevision; Anträge des Büros des Stadtrats betreffend Zustellung und Publikation der Sitzungsunterlagen und Antragsliste (Art. 42 GRSR) sowie betreffend Verzicht auf den Druck von Sitzungsunterlagen; 1. Lesung

Vivianne Esseiva (FDP) für die GPK: Gerade ein bisschen bezeichnend für das Traktandum, in dem es um «keine Druckvorlagen» geht. Ich habe es ausgedruckt, weil ich mich noch nicht im Internet angemeldet habe. Also, worum geht es hier? Die Ausgangslage ist so, dass wir eigentlich 2 Sachen zusammengenommen haben, und zwar ist es darum gegangen in der Aufsichtskommission, dass wir einerseits eben die ganzen Drucksachen so in unserem Geschäftsreglement anpassen, dass nicht mehr darin enthalten ist, dass man sie ausdrucken muss. Zusätzlich haben wir auch noch vom Büro den Antrag bekommen, unser Geschäftsreglement so zu ändern, dass es die Verpflichtung nicht mehr gibt. Im ersten Entwurf, den wir in der Aufsichtskommission diskutiert haben, ist es auch noch darum gegangen, dass wir eigentlich die parlamentarische Initiative auch klarer regeln, indem wir unser Geschäftsreglement anpassen. Es ist aber

so, dass wir nachher in der Geschäftsprüfungskommission beschlossen haben, dass man die parlamentarische Initiative weglässt, denn das ist etwas komplexer, und jetzt das einfache Geschäft eigentlich damit den ganzen Druckvorlagen möglichst schnell versucht durchzubringen.

Präsident: Ich bitte um mehr Ruhe hier, denn hier versteht man Vivianne nicht mehr.

Vivianne Esseiva (FDP) setzt ihr Votum fort: Denn wir haben das schon in der Budgetdebatte eigentlich gestrichen, dass wir unsere Drucksachen haben. Darum ist es wichtig, dass wir das möglichst schnell durchbringen, damit die Verpflichtung des Büros wegfällt, dass sie immer die Sachen drucken müssen und so eigentlich auch die Budgetkürzung vornehmen können. Wir haben das zweimal in der Geschäftsprüfungskommission diskutiert das erste Mal im November, das zweite Mal nachher im Juni. Und schlussendlich war es ziemlich einstimmig, wie wir vorgehen. Es geht darum, dass wir immer mindestens 14 Tage vor der Sitzung in Kenntnis gesetzt werden müssen, was die Traktanden sind. Es ist aber neu so, dass wir das nicht unbedingt schriftlich machen müssen, sondern dass man auf die Zustellung im Papierformat verzichtet kann. Das heisst, zukünftig wird es so sein, dass einfach eine Mail kommt: «Die Sachen sind aufgeschaltet». Das ist genau die Publikation der Antragsliste. Es ist auch so, dass die Hälfte von uns hier drinnen das auch nicht mehr in Papierform hat. Es ist also noch rund die Hälfte, die das hier in Papierform braucht. Man sieht es hier im Vortrag, dass es ein bisschen verwirlich ist, weil es eigentlich etwas sehr Simple ist, aber es sind ein bisschen viele Seiten vorne. Das Büro hätte es zum Beispiel sehr gerne gehabt, dass man die Anträge nicht erst wie heute am Donnerstag um 12 Uhr, sondern am Mittwoch am Morgen einreicht. Das haben wir in der Geschäftsprüfungskommission diskutiert und gesehen, dass es hier wirklich Sachen gibt, die wichtig wären. Das heisst, man sollte viel mehr Zeit haben, um die ganzen Anträge anzuschauen, aber es ist auch so, dass wir uns auch einig gewesen sind, dass, wenn man eine Frist hat, die Frist immer bis am Ende genützt wird. Viele Fraktionen haben zum Beispiel noch am Dienstagabend Sitzung und darum haben wir gesagt, wäre es für uns wichtig, dass bis am Mittwoch vor der Stadtratssitzung um 12 Uhr eine Möglichkeit besteht, die Anträge noch einzureichen. Nachher haben wir gesagt, wir möchten gerne, dass das Büro einen Nachmittag lang Zeit hat, diese Anträge noch zu bereinigen, allenfalls auch zu schauen, welche schliessen sich aus, welche ergänzen sich und nachher muss einfach bis am Abend die Antragsliste verschickt werden. Logisch, es ist auch nur ein Tag vorher, also nur einen Abend vorher, an dem sie verschickt würden, und die meisten Fraktionen haben ihre Fraktionssitzungen dann schon gehabt. Nichtsdestotrotz hat zum Beispiel die Person, die für dieses Traktandum zuständig ist, etwas mehr Zeit als jetzt, als nur einen ganzen Nachmittag, um die Sachen anzuschauen. Also wir haben das Gefühl, es gibt hier eine wesentliche Verbesserung, wenn wir uns hier so versuchen zu disziplinieren, dass die Anträge bis am Mittwoch vor der Stadtratssitzung um 12 Uhr beim Ratssekretariat eintreffen und dass nachher das Ratssekretariat einen Nachmittag Zeit hat und um zu schauen und dass es am Abend, also am späteren Nachmittag, um 17 Uhr verschickt wird. So können wir die Qualität verbessern. Wir können das Ratssekretariat entlasten, sodass sie nicht am Tag der Stadtratssitzung, an dem sie am Abend auch noch da sind, noch den Mittag opfern müssen, sondern wirklich, dass sie sich Zeit lassen und vielleicht auch noch Rücksprache mit den Einreichenden halten können, wenn etwas nicht klar ist. Sodass wir qualitativ besser unterwegs sind und wir als Milizparlament leicht mehr Zeit haben. Was aber natürlich ist, das Antragsrecht wird nicht geschmälert. Es ist immer noch so, dass, wenn ich heute finde, ich möchte, gleich noch

einen Antrag stellen, kann ich den auch immer noch mündlich stellen, und es ist auch so, dass wenn etwas nach der Frist eingereicht wird, das auch noch gilt. Auch hier wird es schlussendlich so sein, dass die die es verschicken, es nicht schaffen werden. Aber wir hoffen wirklich sehr, dass wir uns ein bisschen selber dann disziplinieren können und dass wir das irgendwie schaffen, bis am Mittwoch vor der Stadtratssitzung einzureichen. Was eben sonst noch wichtig ist, ist der ganze physische Versand. Und aktuell ist im Geschäftsreglement das so drin, dass das Ratssekretariat, das in physischer Form verschicken muss. Also es ist so drinnen. Es muss im Postversand versendet werden, plus das da hier vorne, was ihr dort alles seht. Es werden mehrere grössere Kartonschachteln mit allen Geschäften hierhergebracht, sodass diese ausgedruckt sind. Dass das verschwindet, dass das nicht mehr gemacht werden muss – Auch hier haben wir diskutiert –, damit werden vielleicht 2-3 nicht umgehen können. Ich gehöre auch noch ein bisschen zur älteren Generation, die die Sachen recht gerne ausgedruckt. Da ist es halt so, man kann es selbst ausdrucken oder man kann es nachher noch hinten drucken gehen, wenn man jetzt am Abend etwas unbedingt ausdrucken muss. Die finanziellen Auswirkungen. Ich habe es ganz am Anfang schon gesagt, wir haben eigentlich die Budgetkürzung schon vorgenommen, das heisst für das 2023 ist das eigentlich schon drin, dass wir den Versand nicht mehr haben, dass wir diesen Druck nicht mehr haben. Deshalb wird das Büro mit grösster Wahrscheinlichkeit einen Nachkredit beantragen, weil die Hälfte des Jahres schon vorbei ist und wir immer noch mit Papier unterwegs sind. Hier vielleicht auch ein kleiner Appell an uns. Jeder Einzelne von uns sagt doch dem Ratsbüro, dass er oder sie das nicht mehr braucht. Dann kann man das nämlich jetzt schon per sofort abstellen. Auch in den Kommissionen muss man halt noch einzeln sagen: «Nein, man braucht es nicht.» So würde das nämlich auch gleich wegfallen. Genau, das ist eigentlich alles. Es ist eigentlich ein sehr simples Geschäft, aber ich denke, es wird uns ein bisschen disziplinieren, sodass wir diese Dinge ein bisschen früher einreichen und wir auch nicht mehr alles im Papierformat haben werden.

Präsident: Danke vielmals. Ich gehe davon aus, dass damit auch alle Anträge der Kommission gleich begründet worden sind. Dann kommen wir direkt zu den Fraktionsvoten, zu denen man sich anmelden kann. Das wäre für die SVP-Fraktion Alexander Feuz.

Alexander Feuz (SVP) für die Fraktion: Ich danke der Kommissionsreferentin für die Vorstellung. Wir stehen dem Geschäft sehr differenziert gegenüber. Wir haben diverse Anträge eingereicht. Dieses Mal kann man der SVP nicht den Vorwurf machen, wir hätten sie zu spät eingereicht. Wir haben es sehr frühzeitig eingereicht, weil es uns hier wirklich um Parlamentsrecht geht, und es geht uns darum, dass wir überhaupt nicht gegen Effizienz sind. Das sehen Sie. Wir haben da durchaus Verständnis und ich brauche gewisse Sachen nur noch elektronisch, aber für gewisse Sachen scheint es mir einfach wichtig, weil mir geht es immer ein bisschen um die Minderheit, dass die Leute, die es ausgedruckt haben wollen, es auch ausgedruckt haben können. Jetzt sind wir doch ehrlich, das sage ich als Vorbemerkung, ihr müsst doch nicht glauben, dass Leute irgendeine Planungsvorlage mit 64 Seiten nachher immer ausdrucken. Das ist einfach eine grosse Gefahr. Das habe ich im Grossen Rat gesehen. Früher haben die Leute, die das Couvert nicht aufgerissen haben, die haben es meistens nicht gelesen, das hat man dann festgestellt in der Fraktionssitzung. Aber jetzt mit dem Computer hat es solche gehabt, die dann zuerst Mühe hatten, sich in den Traktanden zurechtzufinden. Man sieht dann weniger, wenn man es dann gar nicht gelesen hat. Deshalb ist das eine wichtige Vorbemerkung im Sinne des Minderheitenschutzes. Das ist eigentlich unser

erster Antrag auf Seite 3, in dem wir eben sagen, dass man auf Wunsch, ich sage nicht für alle, das ist einfach ein bisschen das umgekehrte System, als wir jetzt haben. Ich sage, dass die, die es weiterhin in Papierform wollen, die sollen es in Papierform haben, ohne dass man da gross begründen muss. Ich gehe davon aus, das werden vielleicht um 10 oder 11 Leute sein, und ich bin der Meinung, es ist für das Ratssekretariat einfacher, wenn die Leute das vorher schriftlich haben, als dass sie nachher dem Nachrennen und irgendeinen Vorstoss suchen müssen. Darum scheint mir das wichtig, dass wir das drin haben, dass sie es postalisch bekommen. Wir haben nachher einen Eventualantrag, der befindet sich auch auf der Seite 4, in dem drinsteht, wo wir differenzieren, wo wir erklären, dass es nicht um einen kleinen Vorstoss geht, der nur eine Seite hat, sondern wenn der Umfang 4 Seiten übersteigt. Aber das scheint mir wichtig. Das wäre der Eventualantrag, der festhält, dass die umfangreicheren Dokumente, gleichwohl diesen Leuten, die es wirklich wollen, zugestellt werden. Sie sehen dann den Ergänzungsantrag der SP/JUSO. Ich befürchte, dass sie gegenübergestellt werden. Ich bin der Meinung, es sei nicht zulässig, und wir möchten einfach hier auch fragen: Was ist ein begründeter Fall? Da beginnt dann die grosse Diskussion. Und häufig gibt es Leute, die beispielsweise berufstätig sind, die vielleicht nicht im Büro sind und die können die Antragsliste am Mittag nicht ausdrucken, je nachdem, ob man Förster oder jemand, der nicht im Büro arbeitet oder jemand, der im Baugewerbe arbeitet oder jemand, der unterwegs ist. Er hat keine Möglichkeit, die Sache auszudrucken. Vielleicht jemand, der Teilzeitarbeit in einem Büro in Zürich hat oder was auch immer und nachher geht, er hat noch Kinderbetreuungsaufgaben. Denkt an diese Fälle, dann muss man es noch nicht differenziert begründen. Unser Vorschlag ist einfach. Jetzt habe ich das mit der Aktualisierung auch, dort auf der Seite 5. Man sieht so ein bisschen am Antrag der Mitte, denkt immer daran, dass wenn man die Anträge dann mündlich stellt, wir ein Riesenchaos während der Sitzung haben. Teilweise werden dann diese Anträge alle mündlich vorgelesen und schriftlich abgeben, teilweise handschriftlich und dann muss man dann die noch gegenüberstellen. Sie sehen auch den Antrag, den wir später stellen, dass in der ersten Lesung über gewisse Anträge entscheiden werden kann. Es gibt ein Riesenchaos. Dann ist es mir lieber, dass man die Anträge vorher einreicht. Für mich ist auch klar, wenn sie erst um 12 Uhr kommen, ist es zu spät. Einverstanden. Darum haben wir einen Hauptantrag. Ich glaube, dass ich bis um 12 Uhr gesagt habe. Wir haben nachher einen Eventualantrag, in dem wir dann ziemlich zurückgehen bei der Zeit bis um 11 Uhr. Sie haben es heute auch gesehen beim Feuz: Der hat sie frühzeitig eingereicht, weil ich wollte, dass man die Anträge auch in den Fraktionen besprechen kann. Aber wie oft haben wir den Fall gehabt ... Sie haben es heute Vormittag gesehen, die SVP hat wirklich frühzeitig diese Anträge eingereicht. Die SP hat heute gegen Mittag einen eingereicht, es gibt teilweise die Tischauflage, der von der Milena ist früher gekommen, der ist darauf, aber das erschwert die Situation, wenn ihr nachher eine Tischauflage habt und noch eine Auflage. Darum biete ich diese Zeiten an. Ich bin der Meinung, 11 Uhr. Ich glaube, ich habe dann auch einen Eventualantrag gestellt auf 9 Uhr, bei dem es mir einfach darum geht, dass, wenn die Fraktionen sich noch miteinander absprechen wollen, dann haben sie Zeit. Dann haben wir am Sitzungstag bis um 9 Uhr Zeit. Und sind wir ehrlich: Wie viele von Ihnen schauen die Anträge viel früher an. Ich bin ja der Meinung, mit 9 Uhr hätten wir eine effiziente Sache, die meines Erachtens mehr bringt, als wenn wir das nachher so auflegen. Ich komme zum Antrag auf der Seite 7, Artikel 45 «liegen für interessierte Ratsmitglieder in genügender Anzahl im Grossratssaal auf». Dieser geht ein bisschen weiter als der von der Mitte, aber mir scheint es ebenfalls wichtig. Da vergisst vielleicht einmal einer die Unterlagen. Es kann sein, dass bei einem Laptop der Akku leer ist, es kann sein, dass

einer abstürzt, es kann sein, dass sonst einer eine Krise hat oder was auch immer, dass der Laptop kaputt geht oder irgendwo vergessen wird, dann sind die Leute abgenabelt in der Sitzung. Und so scheint es mir, dass man genügend Auswahl hat. Ich gehe hier davon aus, dass es 79 Stück sein werden. Das werden eine Handvoll sein. Denkt immer daran, die Effizienz hat auch ihre Grenzen. Und ihr seht den Antrag der Mitte und ich gehe davon aus, sie werden gegenübergestellt. Ich bin zwar der Meinung, sie schliessen einander nicht aus. Wenn sie dann die Antragsliste, die aktuelle, nicht im Ratssaal haben, dann fängt das Riesenchaos an und denken Sie immer daran: Wir sind ein Parlament, wir haben Effizienz. Die Grundsätze der Effizienz sind wichtig, aber es darf nicht sein, dass die Effizienz uns aushebelt und uns alle Rechte wegnimmt und wir dann das Ratssekretariat noch vielmehr beüben, weil die Anträge chaotisch sind. Denken Sie daran, wenn man dann diese einander gegenüberstellt und es kommen noch weitere Anträge rein, die man auch mündlich stellen kann, und die Begründung ist dann sowieso abgegrenzt. Sie sehen es bei meinem Fraktionsvotum. Ich halte kein grosses Votum zur Vorlage selber. Ich beschränke mich wirklich auf die Anträge, damit Sie einfach sehen, dass es noch komplizierter wird. Es ist für mich eine kontraproduktive Sache, Sie erschweren die Arbeit des Ratspräsidenten und des Ratssekretärs extrem, wenn Sie nachher mit den Tischvorlagen und mündlichen Anträgen und handschriftlichen Anträgen operieren. Darum bitte ich Sie, unseren Anträgen im Rahmen der Demokratie und eines wirksamen Parlaments zuzustimmen.

Präsident: Merci vielmals, Alex. Wir kommen zu Dominic Nellen von der SP/JUSO-Fraktion.

Dominic Nellen (SP) für die Fraktion: Die SP/JUSO-Fraktion stimmt dieser Teilrevision zu. Wenn wir auf unsere Pulte schauen, dann haben wir eigentlich die Antwort auf den ersten Teil schon vor uns. Es haben nämlich ziemlich alle aufgeklappt, einen Laptop oder ein Tablet und somit ist das eigentlich schon erfüllt. Die elektronische Zustellung der Unterlagen ist ökologisch, die ist der Digitalisierung zuträglich und dort müssen wir uns vielleicht auch selber ein bisschen einen Schubs geben. Wir stimmen dem klar zu, und auch die Frist für das Einreichen der Anträge finden wir eine gute Sache zwischen den Fraktionssitzungen und den Stadtratssitzungen, sodass das Büro einerseits genug Zeit hat, aber dann auch wir und die Fraktionen, um auch neue Anträge noch zu diskutieren. Den GPK-Anträgen stimmen wir zu, den SVP-Anträgen nicht. Sie haben gesehen, dass wir in der Fussnote 4 einen Ergänzungsantrag eingereicht haben. Es geht dort darum, dass in begründeten Fällen die Unterlagen auch in gedruckter Form zuzustellen sind. Das bedeutet eben in Ausnahmefällen. Wir denken insbesondere an Ratsmitglieder mit Beeinträchtigungen, die wir irgendwann haben können oder an irgendeinen begründeten Fall, in dem das notwendig ist. Nur weil man es einfach gerne schriftlich hätte, wäre nicht so ein Ausnahmefall, wie wir uns das vorstellen. Dementsprechend stimmen wir diesem Geschäft so zu. Ich danke für die Aufmerksamkeit.

Präsident: Vielen Dank, Dominic. Wir kommen zu Michael Burkart von der GFL/EVP-Fraktion.

Michael Burkard (GFL) für die Fraktion: Auch die GFL/EVP-Fraktion stimmt dieser Teilrevision grundsätzlich zu, aber mit 2 Ausnahmen. Und die Ausnahmen sind Artikel 42 und Artikel 45 und dort – man höre und staune – stimmen wir den Anträgen der SVP zu. Ich danke übrigens Alexander Feuz, der jetzt nicht zuhört, dass er ausnahmsweise einmal die Anträge rechtzeitig eingereicht hat, sodass wir es diskutieren konnten. Und

wir sind nachher klüger geworden und fanden, dass dieser radikale Systemwechsel komplett von analog auf digital ohne Ausnahmen, der geht zu weit. Und die Apologet*innen der brave new digital World haben hier über das Ziel hinaus geschossen, ausnahmsweise ist es nicht die SVP. Warum? Wenn man sagt, es gebe gar keine Ausnahmen, schliesst man einerseits die aus, die sich mit diesen neuen Hilfsmitteln schlicht nicht zurechtfinden. Und es ist eben nicht ganz so Dominic, es hat immer noch ein paar Pulte, auf denen eben keine Laptops aufgeklappt sind. Ich, zum Beispiel, ich bin ein analoger Saurier, der sich in die digitale Welt noch retten konnte. Ich bin am Aussterben. Es ist so, aber solche gibt es immer noch. Schon früh hat es die Arbeitnehmer- und Rentnerpartei gegeben, vielleicht kommen sie wieder einmal, aber es gibt die, die sich effektiv nicht zurechtfinden. Aber dann gibt es auch andere, die sich da nicht zurechtfinden wollen. Es gibt den Autor Tom Hodgkinson oder so, der hat zum Beispiel bewusst auf ein Smartphone verzichtet. Das würde uns auch nicht schaden. Der will das nicht, er will in dem System nicht eingebunden sein und es gibt andere, die aus politischen Gründen den «Microsoft Karsumpel» ablehnen. Die gibt es auch. Dann gibt es noch die, die sich die Tablets gar nicht unbedingt leisten können. So eins kostet mindestens 1000 Franken aufwärts mit dem Apple auf dem Deckelchen und dann gibt es Leute, die sagen: «Ja also das ist für mich ein Problem.» Man kann denen ein Tablet zur Verfügung stellen, vielleicht vom Ratssekretariat, aber dann sind die Kostenersparnisse auch nachher an einem kleinen Ort. Also hier fragt sich, wenn man das zusammenzählt, ob sogar, wenn man es genau nimmt, nicht das passive Wahlrecht tangiert ist. Wenn nämlich Leute, selbst wenn sie gewählt würden, da gebe ich der Begründung von Alexander Feuz durchaus recht, dass sie faktisch davon ausgeschlossen werden, sich am Ratsbetrieb aktiv zu beteiligen. Das wäre zu prüfen. Kommt dazu: Es gibt auch einen politischen Preis, den wir zahlen, nämlich die totale Abhängigkeit von einem Tech-Giganten, wie wir in einem anderen Zusammenhang diskutiert haben, die man noch in die Waagschale werfen müsste. Und nachher hat es auch noch IT-Betriebe, die hier munter saugen. Wir haben zwar gehört, dass die Kostenersparnisse so wahnsinnig sind, auf der anderen Seite haben wir grosse Ausgaben mit Lizenzgebühren und so weiter, die sich aufsummieren werden. Also der politische Preis wird nicht diskutiert, müsste man aber allenfalls auch noch erwähnen. Deshalb darf man niemanden vom Ratsbetrieb ausschliessen. Wir sind dafür, dass Ausnahmen möglich sind. Ein Opting Out soll gewährleistet sein. Darum werden wir bei den Artikel 42 und 45 als Hauptanträgen der SVP zustimmen. Eventualiter werden wir den Mitte Antrag unterstützen, der immerhin bei Reglementen eine Ausnahme möchte ermöglichen. Merci vielmal.

Präsident: Merci vielmals Michel, dann käme als nächstes Sibyl Eigenmann für die Mitte-Fraktion.

Sibyl Eigenmann (Mitte) für die Fraktion: Die Mitte hat keinen Sitz in der GPK, aber wir beanspruchen nach wie vor für uns, dass der erfolgreiche Antrag auf Streichung des Papierversands im Rahmen der Budgetdebatte, dass der aus unserer Feder stammt. Wir sind nach wie vor der Meinung, dass es zu Zeiten von Sparmassnahmen und Entlastungspaketen definitiv ein simpler Beitrag von uns Stadträtinnen und Stadträten ist, den Papierversand zu streichen und so zur Entlastung des Sekretariats beizutragen. Wir unterstützen auch aus Effizienzgründen, dass im vorliegenden Geschäft auch weitere Massnahmen vollzogen und integriert wurden. Wir finden die Änderungen gut und unterstützen das. Sie sind sinnvoll, und wir bevorzugen auch die Frist von 12 Uhr gegenüber 10 Uhr. Auch wir haben am Dienstagabend unsere Fraktionssitzung

und sind manchmal auch froh, können wir am Mittwochmorgen noch Abklärungen machen oder andere Fraktionen kontaktieren. Und deshalb wäre uns eine leicht spätere Frist hier sehr willkommen. Noch ein Wort zu unserem Antrag. Die Vergangenheit hat uns gelehrt, dass Ratsmitglieder gerade bei grossen Geschäften, bei Gegenüberstellungen und Kaskadenabstimmungen nicht immer ganz auf der Höhe sind und auch manchmal den Überblick verlieren. Das kann mal passieren, aber meistens ist es sehr peinlich. Damit wir das verhindern können, sind wir der Meinung, dass es doch sinnvoll wäre, bei grossen Reglementen die Antragsliste vorzulegen und noch eine Tischauflage zu machen. Man kann noch diskutieren, ob das in der zweiten Lesung in der Kommission so sein soll. Auch das möchte ich der Kommission mitgeben, ob das noch für die Zweitlesung des Reglements so sein soll. Bei der ersten Lesung ist es ja noch nicht so wichtig, wenn man dann noch nicht darüber abstimmt. Aber ich denke, es wäre allen gedient und auch für die Arbeit und die Glaubwürdigkeit des Rats wäre das sicher nicht schlecht, wenn man bei grossen Abstimmungsreglement nach wie vor eine Antragsliste vorliegen hätte. Wir hoffen auch auf eure Unterstützung für unseren Antrag gegenüber dem Antrag der SP. Sie haben das Wort «begründete Fälle» angenommen. Es stellt sich halt schon die Frage: Wer bestimmt denn, was ein «begründeter Fall» ist und wann bestimmt wird, was begründet ist. Insofern ist unser Antrag klarer, und wir danken ihnen für ihre Unterstützung.

Präsident: Merci vielmals, Sibyl. Ich sehe keine weiteren Fraktionsvoten. Gibt es Einzelvoten? Das wäre Claude Grosjean von der GLP/JGLP-Fraktion.

Claude Grosjean (GLP), Einzelvotum: Eine Bemerkung kann ich mir nicht verkneifen. Es mag sehr viele individuelle Gründe geben, wieso jemand weiterhin mit Papier arbeiten will, aber einfach eine Begründung finde ich schwierig, und das ist die mit dem Alter. Es ist absolut altersunabhängig, und ich finde, das ist einfach wirklich unsinnig, wenn man immer sagt, es gibt ältere Leute, die die Technik nicht beherrschen. Das stimmt nicht.

Präsident: Merci Claude. Als nächstes Erich Hess von der SVP.

Erich Hess (SVP) Einzelvotum: Ich will Ihnen doch empfehlen, von dem papierlosen Weg wegzukommen. Man kann es auf freiwilliger Basis machen. Die, die kein Papier wollen, sollen halt darauf verzichten. Ich selber habe keinen Computer, will mir auch keinen kaufen. Ich kann ihn nicht einmal einschalten und bedienen. Darum schliessen Sie Leute im Prinzip aus, wie das von einem Vorredner schon gesagt wurde. Und gerade bei grösseren Vorlagen – schaut einmal den kleinen Bildschirm an. Wie wollt ihr denn die Übersicht zwischen dem bisherigen Gesetz, zwischen der Version des Gemeinderats, den Anträgen der Kommission und allenfalls noch Einzel- und die Fraktionsanträgen gegenüberstellen können? Wie wollt ihr nachher garantieren, dass jeder die richtige Version auf seinem Computer hat? Deshalb ist es auch so, wie es heutzutage läuft, richtig, dass das Ratssekretariat eine aktuelle Liste jeweils auf den Pulten verteilt. Es ist aber bei Vorstössen auch so. Hier muss man wissen, über was man abstimmt und es ist nicht gut, wenn man einen Teil der Bevölkerung aus dem politischen System ausschliesst. Besten Dank für die Aufmerksamkeit.

Präsident: Vielen Dank, Erich. Als nächste Ruth Altmann.

Ruth Altmann (parteilos) Einzelvotum: Ja mir fällt der Vorstoss des Redners der SP hier auch sehr negativ auf. Im Sinn vor allem von, es reiche dann nicht, wenn man sage, man habe es gerne in Papierform. Man müsse das dann schon begründen. Gott, was für eine Arroganz und was ist das denn für eine schulmeisterliche Partei, die hier bestimmen will. Man muss eine juristische Begründung einreichen und sie bestimmen dann wahrscheinlich, was ausreichend ist, dass es dann reicht, um es in Papierform zu erhalten. Danke schön, ich rate euch, solche fast faschistischen Wünsche abzulehnen.

Präsident: Ruth das geht ein bisschen weit. Ich sehe keine weiteren Voten. Wenn gewünscht, hat jemand vom Gemeinderat noch das Wort. Der Gemeinderat verzichtet. Dann ginge das Geschäft in die zweite Lesung. Aktuell ist dazu noch nichts abzustimmen. Wir kommen zum Traktandum Nummer 5. Wir bleiben bei einer Teilrevision der GRSR.

Anträge zuhanden der zweiten Lesung

GPK¹:

Art. 42 ~~Zustellung und Publikation~~ Sitzungseinladung

¹~~Die~~ **Als Einladung zu einer Stadtratssitzung werden spätestens 14 Tage vor der Sitzung mit**

- a. ~~der~~ **die Traktandenlisten;**
- b. ~~den~~ **die Unterlagen zu den einzelnen Traktanden und**
- c. ~~den~~ **die bis zu diesem Zeitpunkt eingegangenen Anträge**

durch das Stadtratssekretariat im Ratsinformationssystem publiziert. ~~Verbehalten bleibt eine kurzfristige Einberufung des Stadtrats unter besonderen Umständen.~~

~~Den Mitgliedern des Stadtrats, dem Gemeinderat und der Stadtkanzlei werden als Einladung zur Sitzung die Traktandenliste sowie die Vorträge und Anträge des Gemeinderats zugestellt. Das Stadtratssekretariat versendet diese Unterlagen mindestens 14 Tage vor der Sitzung und publiziert gleichzeitig eine Antragsliste, mit allen bis zu diesem Zeitpunkt eingegangenen Anträgen zur betreffenden Sitzung, im Ratsinformationssystem. Die Antragsliste wird eine Woche vor der Sitzung und am Mittag des Sitzungstags aktualisiert.~~

~~Gleichzeitig bringt das Stadtratssekretariat den Medien den Versand der Sitzungsunterlagen elektronisch zur Kenntnis.~~

Antrag SVP²:

Art. 42 Sitzungseinladung

¹~~Die~~ **Als** Einladung zu einer Stadtratssitzung ~~wird~~**werden** spätestens 14 Tage vor der Sitzung mit

- a. ~~der~~ die Traktandenlisten;
- b. ~~den~~ die Unterlagen zu den einzelnen Traktanden und
- c. ~~den~~ die bis zu diesem Zeitpunkt eingegangenen Anträge

durch das ~~Stadt~~**Rats**sekretariat im Ratsinformationssystem publiziert.

Auf Wunsch einzelner Ratsmitglieder werden die Unterlagen, wie die Einladung zur Sitzung, die Traktandenliste sowie die Vorträge und Anträge des Gemeinderats weiterhin postalisch zugestellt. Das Stadtratssekretariat versendet diese Unterlagen mindestens 14 Tage vor der Sitzung an die betreffenden Ratsmitglieder, die dies wünschen. Die zusätzliche postalische Zustellung muss mindestens 28 Tage vorher verlangt werden. Die postalische Zustellung gilt bis Widerruf.

Eventualantrag SVP³:

Art. 42 Sitzungseinladung

¹~~Die~~ **Als** Einladung zu einer Stadtratssitzung ~~wird~~**werden** spätestens 14 Tage vor der Sitzung mit

- a. ~~der~~ die Traktandenlisten;
- b. ~~den~~ die Unterlagen zu den einzelnen Traktanden und
- c. ~~den~~ die bis zu diesem Zeitpunkt eingegangenen Anträge

durch das Stadtratssekretariat im Ratsinformationssystem publiziert.

Auf Wunsch einzelner Ratsmitglieder werden die Unterlagen Vorträge und Anträge des Gemeinderats, soweit im Seitenumfang 4 Seiten übertreffend, weiterhin postalisch zugestellt. Das Stadtratssekretariat versendet diese Unterlagen mindestens 14 Tage vor der Sitzung an die betreffenden Ratsmitglieder, die dies wünschen.

Die zusätzliche postalische Zustellung muss mindestens 28 Tage vorher verlangt werden. Die postalische Zustellung gilt bis Widerruf.

Ergänzungsantrag SP/JUSO:⁴

[...] In begründeten Fällen sind die Unterlagen auf Antrag in gedruckter Form zustellen.

Antrag SVP⁵:

² Die Antragsliste wird eine Woche vor der Sitzung und bis zum Sitzungstag spätestens 12.00 Uhr im Ratsinformationssystem aktualisiert. Auf die Antragsliste aufgenommen wird, was bis 11.00 Uhr des entsprechenden Tages elektronisch beim Ratssekretariat eingegangen ist.

Eventualantrag SVP⁶:

² Die Antragsliste wird eine Woche vor der Sitzung und bis Donnerstag spätestens 12.00 Uhr im Ratsinformationssystem aktualisiert. Auf die Antragsliste aufgenommen wird, was bis 09.00 Uhr des entsprechenden Tages elektronisch beim Ratssekretariat eingegangen ist.

GPK⁷:

² Sachgeschäfte sind in einem schriftlichen Vortrag zu begründen. Sie werden in der Regel traktandiert, wenn die Kommission sie verabschiedet hat. Die Antragsliste wird eine Woche vor der Sitzung und bis Mittwochmittag **am Mittwochnachmittag vor dem Sitzungstag, bis spätestens 17.00 Uhr, im Ratsinformationssystem aktualisiert. Auf die Antragsliste aufgenommen wird, was bis 12.00 Uhr am des entsprechenden Tages elektronisch beim Stadtratssekretariat eingegangen ist. Die Antragsliste wird jeweils eine Woche vor der Sitzung und am Mittag des Sitzungstags aktualisiert**

GPK⁸:

³⁻⁴ Das Stadtratssekretariat Stadtratssekretariat lässt die an die Mitglieder des Stadtrats gehenden Unterlagen **informiert die Mitglieder des Stadtrats, den Gemeinderat, die Stadtkanzlei und die gleichzeitig den Medien, wenn sobald es die Unterlagen zu einer Sitzung gemäss Absatz 1 im Ratsinformationssystem publiziert oder aktualisiert hat. den Parteien und, zum Selbstkostenpreis, weiteren Interessierten zukommen.**

GPK⁹:

^{4 3} In dringenden Fällen können **Unterlagen Vorträge oder Anträge, mit einer entsprechenden Ergänzung der Traktandenliste, nach dem in **den Absätzen 1 und 2** erwähnten Zeitpunkt **zugestellt im Ratsinformationssystem publiziert im Ratsinformationssystem publiziert** werden. Vorbehalten bleibt die kurzfristige Einberufung des Stadtrats unter besonderen.**

Antrag SVP¹⁰:

Art. 45 Auflage der Sitzungsunterlagen

Die Sitzungsunterlagen liegen für interessierte Ratsmitglieder in genügender Anzahl im Grossratssaal auf.

Mitte¹¹:

Art. 45 Auflage der Sitzungsunterlagen

Bei Revisionen zu Reglementen liegt die Antragsliste im Ratssaal auf.

2020.SR.000383**5 Geschäftsreglement des Stadtrats (GRSR); Teilrevision; Antrag von Erich Hess, SVP: Auftrag zur Erarbeitung eines neuen Systems bei der Beratung von Reglementen um 1. und 2. Lesung besser abzustimmen; 1. Lesung****Präsident:** Ich gebe das Wort der Kommissionssprecherin Lea Bill.

Lea Bill (GB) für die GPK: Die vorliegende Teilrevision geht zurück auf einen Antrag von Erich Hess, der sehr allgemein gehalten war. Es ist nämlich einfach gefordert worden, dass es eine bessere Abstimmung der ersten und zweiten Lesung gibt. In Anlehnung an die Bestimmung des Kantons Berns schlägt jetzt die GPK dem Stadtrat folgende Änderungen vor: Neu soll es so sein, dass man am Schluss der ersten Lesung bereits über alle bis dahin gestellten Anträge abstimmt, unabhängig davon, von wem sie gestellt werden. Danach geht die Vorlage so bereinigt zurück in die Kommission zur zweiten Lesung. Und in der zweiten Lesung können ebenfalls wieder alle Anträge stellen. Nicht nur in der Kommission, sondern auch im Rat können noch Anträge gestellt werden. Und in der zweiten Lesung stimmt man logischerweise am Ende über alle neu eingereichten Anträge ab. Dann folgt die Schlussabstimmung. Nach der Schlussabstimmung soll es eine redaktionelle Bereinigung durch das Büro geben, aber das geht nachher in Kraft. Es ist selbstverständlich weiterhin möglich, dass man in der ersten Lesung auch mit der Zweidrittelmehrheit auf eine zweite Lesung verzichten kann. Und es ist so – das haben wir relativ lange diskutiert, darum erwähne ich es hier – dass eine Bedingung an die Anträge geknüpft ist, nämlich, dass sie einen konkreten Artikel betreffen und sich auf einen konkreten Inhalt beziehen müssen. Es muss also für die Abstimmungen klar sein, welche Konsequenzen dieser Antrag hat. Es darf nicht einfach eine Anregung sein. Damit möchten wir ermöglichen, dass auch in der zweiten Lesung so, wie es ja auch der Antragsteller gewünscht hat, im Rat noch Anträge gestellt werden können, zum Beispiel auch Korrekturanträge zu den Kommissionsanträgen. Es ist aber so, dass wir in der Kommission abgelehnt haben, quasi Fallnetze einzubauen; also das heisst, wenn unüberlegte Anträge im Rat angenommen werden, man die irgendwie rückgängig machen könnte. Das lehnten wir als Kommission ab, aus dem Grund, dass eigentlich alle Systeme an Kommissionen, die das überarbeiten und uns in den Sinn gekommen sind, uns sehr aufwändig gedünkt haben. Und wir haben das Gefühl, dass der Aufwand und der Nutzen nicht in einem guten Verhältnis stehen. Eigentlich nicht vom Antragstellenden gewünscht, aber in diesem Zusammenhang stehend, hat es für einen Teil der GPK Sinn ergeben, dass wir auch noch das Abstimmungsverfahren und die Gegenüberstellungen von Anträgen überarbeiten. Das sind keine riesigen Änderungen, aber es soll einfach klarer werden, wie das Ganze bei Abstimmungskaskaden genau abläuft. Und auch dort waren das nationale Parlament und das Parlament des Kantons Bern Vorbilder. Es soll neu so sein, dass unbestrittene Anträge, also wenn kein Gegenantrag vorliegt, automatisch genehmigt werden. Es gibt also auch nicht mehr die Frage des Präsidiums, ob der Antrag bestritten sei. Es gibt auch keine Abstimmung mehr. Vielmehr sind die einfach so genehmigt. Bei der Gegenüberstellung von sich ausschliessenden Anträgen ist es neu so, dass die Abstimmungsreihenfolge klar geliefert wird. Grundsätzlich werden zuerst die Anträge von der kleinsten bis zur grössten Differenz einander gegenübergestellt, unabhängig davon, von wem sie eingereicht werden. Das heisst, Anträge der Kommission oder auch des Gemeinderats werden nicht mehr Vorrang haben. Und wenn die Reihenfolge aufgrund dieser Unterschiede nicht

gemacht werden kann, wenn irgendwie nicht klar ist, was genau die grössere und was die kleinere Differenz ist, dann ist die Abstimmungsreihenfolge so, dass zuerst die Anträge der Ratsmitglieder, dann die Anträge der Kommissionsminderheiten, dann die Anträge des Gemeinderats ausgemehrt werden, und zum Schluss der obsiegende Antrag dem Antrag der Kommissionsmehrheit gegenübergestellt wird. Was auch noch wichtig ist in dieser ganzen Geschichte: Eventualanträge haben keinen Einfluss auf die Abstimmungsreihenfolge. So steht das neu im Geschäftsreglement. Es ist also nicht so, dass jeder Eventualantrag einem allenfalls mehrheitsfähigen Antrag gegenübergestellt wird, wie das jetzt zum Teil passiert, und diese dann immer wieder in den Abstimmungen unterliegen. Vielmehr werden mit sehr grosser Wahrscheinlichkeit zuerst die Eventualanträge einander gegenübergestellt, weil die auch die kleinsten Differenzen haben. Und nachher geht man über zu den grösseren Differenzen. Die GPK hat das Geschäft einige Male beraten, einfach auch, weil es recht viel Grundlagenarbeit brauchte. Ich danke dem Ratssekretariat sehr für die Unterstützung. Sonst hätten wir das, glaube ich, mit dieser allgemeinen Anregung nicht hingebraucht. Schlussendlich waren wir in unserer Kommission aber sehr einig über die jeweiligen Vorschläge. Und es ist jetzt so, dass auch nur noch ein einziger Antrag vorliegt. Jetzt in dieser ersten Lesung bedauern sie an dieser Stelle auch ein bisschen, dass das Büro noch etwas gefunden hat, das wir übersehen haben, so dass wir jetzt noch in die zweite Lesung gehen müssen, und wir das nicht einfach in der ersten Lesung verabschieden können. Aber wir nehmen das sehr gerne zurück in die Kommission und werden es wohl vermutlich so schnell wie möglich in der zweiten Lesung wieder in den Rat bringen.

Präsident: Danke vielmals. Wir sind bei den Fraktionsvoten, Erich Hess von der SVP-Fraktion.

Erich Hess (SVP) für die Fraktion: Die Revision geht grundsätzlich in die richtige Richtung und das demokratische System wird ein bisschen so wiederhergestellt, wie man es vielleicht früher gekannt hat. Es kann nicht sein, dass man im Schnellzugstempo eine Lesung eines Reglements durchführt, und nicht die Möglichkeit hat, sei das von den Parteien her oder über die Parteigrenzen hinweg, in einer zweiten Lesung noch weitere Anträge zu stellen. Deshalb geht es grundsätzlich in die richtige Richtung. Die Frage ist aus meiner Sicht, ob man nicht noch hätte herausnehmen müssen, dass man auf eine zweite Lesung verzichten kann. Denn man kann allenfalls auch bei mehr oder weniger unbestrittenen Vorlagen in einer zweiten Lesung vielleicht schlauer werden und noch etwas dazulernen oder allenfalls Fehler entdecken, die sonst nicht entdeckt würden. Und eine Zweidrittelmehrheit ist natürlich in diesem Parlament keine sehr hohe Hürde, denn Rotgrün hat die Zweidrittelmehrheit in den meisten Fällen schon fast zusammen. Darum bin ich ganz klar der Meinung, man sollte immer auf eine zweite Lesung eingehen müssen. Die muss ja nicht einen Monat oder zwei später sein. Die kann man ja auch, wenn es unbestritten ist, relativ rasch bringen. Aber damit würde man wirklich ein demokratisch sauberes Reglement im Rat verabschieden. Die SVP wird dem Reglement grundsätzlich zustimmen, obwohl es noch Böcke enthält. Es ist aber eine Verbesserung gegenüber dem heutigen. Besten Dank für die Aufmerksamkeit.

Präsident: Merci vielmals, Erich. Ich sehe keine weiteren Fraktionsvoten. Gibt es Einzelvoten? Das scheint auch nicht der Fall zu sein. Dann hat hier das Wort, wenn gewünscht, der Gemeinderat. Er verzichtet, Auch hier geht die Teilrevision zuhanden der zweiten Lesung wieder zurück in die Kommission. Wir kommen zum nächsten Traktandum Nummer 6.

Antrag zuhanden der zweiten Lesung

Büro¹

Art. 79 Rückkommen / Wiedererwägung

¹ Mit einem Rückkommensantrag kann vor der Schlussabstimmung zu einer Vorlage verlangt werden, auf einzelne Teile der Vorlage zurückzukommen. ~~Für ein Rückkommen im Rahmen einer zweiten Lesung gilt Artikel 50 Absatz 4.~~

²⁻⁴ [unverändert]

2023.SR.0114

6 Dringliches Postulat Fraktion SP/JUSO (Lena Allenspach / Johannes Wartenweiler, SP): Ausserordentliche Gewinne sind der Stadt und den Konsument:innen weiterzugeben

Präsident: Zum dringlichen Postulat der SP/JUSO-Fraktion. Der Antrag des Gemeinderates hat Ablehnung empfohlen. Das heisst das Postulat ist bestritten und ich übergebe deshalb das Wort den Einreichenden der SP. Das wäre Johannes Wartenweiler.

Johannes Wartenweiler (SP) für die Einreichenden: Zuerst mal: Worum geht es hier nicht? Es ist kein EWB-Bashing. Das stadteigene Unternehmen macht einen guten Job zur Versorgung der städtischen Bevölkerung mit Strom und Gas. Der Atomausstieg ist beschlossen und die Energiezentrale ist gebaut. EWB investiert wahnsinnig viel in den Ausbau von Fernwärme im Westen. Und auch in anderen Teilen der Stadt wünscht man sich Engagement in diesem Bereich. Was hier zur Debatte steht, ist der Inhalt der Medienmitteilung vom 13. April 2023, als EWB einen Gewinn von 69,6 Millionen Franken bekanntgegeben hat. Der ist im Vergleich zum Vorjahr 2021 um rund 1/3 besser ausgefallen. Damals waren es 42,6 Millionen. Den doch erheblichen Gewinn finden wir vor dem Hintergrund der aktuellen Verwerfungen erklärungsbedürftig. Ihr erinnert euch: Krieg, Russland – Ukraine im Februar 2022 und totale Veränderungen und Verwerfungen auf dem Energiemarkt in Verbindung mit höheren Energiepreisen, mit höherer Inflation, mit der Diskussion über Kaufkraft und auch mit der Belastung für die einzelnen Haushalte. Ihr wisst, die Preise sind gestiegen, haben im August 2022 bei Gas und Strom ein Allzeithoch erreicht. Ich würde jetzt sagen: Im Vergleich zu heute war es etwa der Faktor 8 bis 10. Und auch EWB hat reagiert und den Gaspreis um 50 Prozent und den Strompreis um 20 Prozent erhöht. Das ist beim Gas relativ klar. In der Schweiz gibt es keine eigene Produktion, EWB produziert einen vernachlässigbar kleinen Teil an Naturgas, der Rest muss importiert werden. Man ist dort auf den internationalen Markt angewiesen. Beim Strom ist es ein bisschen anders. EWB hat einerseits eine grosse eigene Produktion, unter anderem auch durch die neue Energiezentrale, aber auch Beteiligungen unter anderem an der Kraftwerke Oberhasli AG (KWO) und jetzt noch ein paar Jahre auch am Kernkraftwerk Gösgen. Während der Bezug der Leute, die im Konzessionsgebiet sind, stabil geblieben ist, ist die Eigenproduktion gesunken – dank dem relativ guten Wetter, auch dem Stress, der gemacht wurde wegen dieser Energiemangellage und Sparmassnahmen, die die Leute gemacht haben. Insgesamt interessant ist aber vor allem die Aufschlüsselung der Energieabgabe von EWB, soweit sie im Jahresbericht ausgewiesen ist. Und ich sage es einfach hier auch einmal: In jedem Jahresbericht, der hier rausgeht, kann man etwas lesen, aber viele Details, viele wichtige Details

erfährt man nicht. Deswegen muss man halt auf den bestehenden Zahlen ein paar Annahmen treffen mit der Möglichkeit, dass man dann halt auch nicht ganz genau gewesen ist. Auf jeden Fall: Die Handelsverkäufe sind von 0,82 Millionen Kilowatt auf über 1 Million Kilowatt gestiegen, und – ihr könnt euch vorstellen – in einer Zeit, in der der Peak der Energie um eben einen Faktor 8 bis 10 höher ist. Also jetzt sind damit enorme Gewinne zu machen. Ob EWB die wirklich realisiert hat oder nicht, geht nicht aus den Daten des Jahresberichts hervor, aber ich würde sagen: Es ist gut möglich. EWB hat also wie viele andere Unternehmen im Energiesektor durchaus auch von dieser Situation profitiert. Der Gemeinderat hat in seiner Antwort auf das Postulat auf verschiedene buchhalterische Sonderfaktoren verwiesen, die zu diesem Gewinnsprung beigetragen haben. Er hat allerdings über das operative Ergebnis kein Wort verloren und das würde ich doch als Bestätigung meiner Annahmen sehen. Jetzt gehört aber EWB der Stadt Bern und der Bevölkerung. Und damit ist es das Mindeste, dass wir uns überlegen, wie der hohe Gewinn der Elektrizitätswerke die zusätzlichen Belastungen für die Bevölkerung abfedern soll. Und es ist natürlich für viele Menschen in der Stadt auch etwas unverständlich und ein bisschen stossend, dass EWB in dieser Situation Gewinne ausweist. Wir wollen aber den Begriff Krisengewinnler vermeiden, weil wir EWB nicht als Schurken des Systems sehen, höchstens als Teil eines Systems, das unter bestimmten Umständen seine Schurkenseite zeigt. Wir haben 3 Pfade vorgeschlagen, um die ausserordentlichen Profite teilweise der Öffentlichkeit beziehungsweise besonders betroffenen Bevölkerungsschichten zurückzugeben: Höhere Abschöpfung der Gewinne, tiefere Tarife und spezifische Massnahmen für besondere Gruppen. Der Gemeinderat lehnt alle 3 Massnahmen ab. Und er verweist auf ein Postulat der GFL/EVP, das wir überwiesen haben, das zur sozialen Abfederung der hohen Energiepreise Massnahmen des Gemeinderats verlangt. Wir verstehen die Antworten, die der Gemeinderat ausführt. Die Gewinnabschöpfung bei EWB hat man vor ein paar Jahren limitiert, um EWB als investierendes Unternehmen nicht allzu stark zu belasten. Wir sind durchaus interessiert, dass EWB weiter investieren kann. Bei den allgemeinen Tarifen gibt es einen gewissen Zielkonflikt. Es ist sehr wünschenswert, dass die Preise klar nicht allzu stark steigen. Andererseits ist es natürlich eine Lenkungsabgabe, die auch Sparmassnahmen mobilisieren soll. Und der Griff zu billigem Gas und Öl – das haben wir halt auch in den letzten Jahren gesehen – hat sich eigentlich als fatal erwiesen. Daher können wir auch verstehen, wenn der Gemeinderat dort lieber nichts sieht. Und EWB als Institution, die besonders Betroffenen direkt zu Hilfe kommt, ist vielleicht auch ein bisschen eine komplizierte Geschichte, die man vielleicht auch bürokratisch und administrativ nicht handeln kann. Daher, wenn das so wäre und das Postulat überwiesen wäre, könnten wir uns mit den Antworten des Gemeinderats einverstanden erklären. Aber – und das einfach zum Schluss – wir drängen doch den Gemeinderat mit aller Entschlossenheit, das überwiesene Postulat zur sozialen Absicherung der besonders betroffenen Bevölkerungsschichten wegen den hohen Energiepreisen jetzt zügig anzugehen und in den Rat zu bringen. Danke vielmals.

Präsident: Wir kommen zu den Fraktionsvoten: Für die SP/JUSO-Fraktion Lena Allenspach.

Lena Allenspach (SP) für die Fraktion: Für die SP/JUSO-Fraktion ist völlig klar, dass EWB grosse Investitionen in den Umbau der städtischen Energieversorgung tätigen muss und das auch soll. EWB ist ein zentraler Akteur in der Energiewende. Gerade der Ausbau des Fernwärmenetzes ist mit grossen Kosten verbunden, wie man auch der Antwort des Gemeinderates entnehmen kann. Aber wir befinden uns momentan nicht

nur in einer Klima-, sondern auch in einer Kaufkraftkrise: Explodierende Prämien, hohe Lebenshaltungskosten, steigende Zinsen und auf der anderen Seite stagnierende Löhne. Die Energiekrise belastet vor allem Mieterinnen und Mieter zusätzlich zum steigenden Referenzzinssatz. Und gerade bei tieferen Einkommen macht die Miete mit den Nebenkosten den grössten Posten im Haushaltsbudget aus. Der ärmste Fünftel der Bevölkerung gibt gemäss den Zahlen des Bundes fast die Hälfte des Einkommens für Wohnen, Energie und Nahrungsmittel aus. Aufgrund der Inflation gelten in der Schweiz voraussichtlich weitere 78 000 Menschen neu als arm – eine Zunahme von 11 Prozent. Im Kanton Bern sind 5 800 Menschen betroffen. Die Belastung wird immer grösser und der Bevölkerung bleibt immer weniger zum Leben. Fast genau vor einem Jahr hat man bereits im Zürcher Gemeinderat eine Energiezulage für einkommensschwache Haushalte – gezahlt durch den städtischen Gasversorger Energie 360° – beschlossen. Klar Energie 360° gehört zu 96 Prozent der Stadt, und auch dort ist diskutiert worden, ob nicht alle die Preisreduktionen erhalten sollten, weil alle davon betroffen sind, und ob das dann nicht auch eine Subventionierung von fossilen Energien ist. Doch in Bern haben wir heute eine andere Situation. EWB hat, während Strom- und Gaspreise in die Höhe geschossen sind, einen ausserordentlich hohen Gewinn gemacht. Für die SP/JUSO-Fraktion ist es angezeigt, gerade bei einem ausserordentlichen Gewinn während einer Energie- und Kaufkraftkrise auch darüber zu reden, wie dieser Gewinn zustande gekommen ist und was damit passiert. Heute befinden wir also darüber, welche Optionen zur Verwendung dieses aussergewöhnlich hohen Gewinns einer öffentlich-rechtlichen Anstalt geprüft werden sollen. Natürlich hat die Stadt nur beschränkten Einfluss darauf, die Bevölkerung zu entlasten, gerade wenn es um die Krankenkassenprämien oder die sinkenden Reallöhne geht. Mit diesem Postulat soll zumindest bei den Energiepreisen das Feld geöffnet werden, um die Bevölkerung zu entlasten, die Kaufkraft zu stärken und Bestrebungen in diese Richtung zu fordern. Wir danken dem Gemeinderat auch für seine ausführliche Antwort und die entsprechenden Ausführungen, wie dieser Gewinn bei EWB zustande gekommen ist, und unterstützen selbstverständlich auch alle Bestrebungen, im Rahmen des überwiesenen Postulats entsprechende Entlastungsmassnahmen zu treffen. Die SP/JUSO-Fraktion stimmt diesem Postulat klar zu.

Präsident: Dann kommt jetzt Claude Grosjean von der GLP/JUSO-Fraktion.

Claude Grosjean (GLP) für die Fraktion: Es erinnert mich irgendwie ein bisschen an die Debatte um die Rechnung 2022. Man hat Geld und sofort muss das Geld irgendwie raus. Ja, EWB hat 70 Millionen Gewinn gemacht, aber wenn man eben schaut, woher der Gewinn kommt, dann sieht das schon ganz anders aus. Das eine ist die Aufwertung der Energiezentrale Forsthaus. Das ist eigentlich das Gegenteil von Abschreibungen, die man bei Investitionen macht. Wenn eben plötzlich die Energiepreise steigen, kann es sein, dass eine Energieproduktionsanlage mehr Wert ist und man die aufwerten muss. Und die Aufwertung ist erfolgswirksam, so wie eben die Abschreibungen auch erfolgswirksam sind, aber im negativen Sinn. Und darum führt das nachher zu einem Gewinn. Aber der ist in den Büchern nicht verfügbar, den kann man nicht ausgeben und das andere ist genau dasselbe. Das ist die Auflösung von Wertberichtigungen, also frühere Rückstellungen, die man gemacht hat, weil man das Gefühl hatte, man habe etwas zu teuer in den Büchern. Und vor allem sieht man das am Cashflow. Der Cashflow ist das Geld, das hineinkommt. Und dort sind wir 53 Millionen im Negativen. Auch der Zielwert bei der Eigenkapitalquote hat nicht erreicht werden können. Das heisst also, man kann EWB nicht wirklich Geld entziehen. Dazukommt – und das kritisieren

wir Grünliberalen schon seit je her –, dass die Stadt seit 2001 inzwischen mindestens 16,2 Millionen Franken für den allgemeinen Haushalt aus EWB herausnimmt. Das ist ganz eindrücklich, denn auf diesem Weg sind EWB 730 Millionen Franken entzogen worden. Und das Geld fehlt EWB für einen Umbau hin zu klimaverträglichen Strategien. Es gibt immer noch verschiedenste Quartiere in der Stadt Bern, bei denen es keine Strategie gibt, wie sie CO₂-neutral beheizt oder mit anderer Energie versorgt werden sollen. EWB hat die Mittel nicht und diese Mittel werden herausgenommen und in den allgemeinen Haushalt überführt. Das stört uns und deshalb wollen wir das nicht noch mehr machen. Ich will noch ganz kurz auf die 3 Forderungen eingehen, die in diesem Postulat gestellt werden. Die erste Forderung, eine Abgabe zu erheben und sie zurückverteilen: Das mag auf den ersten Blick gut aussehen, aber wie soll das denn genau funktionieren? Das ist ja wie eine Lenkungsabgabe. Und wenn ich jetzt zum Beispiel in einer Altbauwohnung wohne, die günstig ist, aber halt nicht so gut isoliert. Wenn ich jetzt hohe Gaskosten habe, kann ich das nicht beeinflussen, solange ich nicht umziehen will. Und dann würde ich dort nachher umso mehr zahlen als Konsument*in. Aber auf der anderen Seite würde ich dann noch den Sockelbetrag zurückbekommen. Oder generell kann man sagen: Unternehmenssteuern – wer bezahlt die? Die bezahlen normalerweise die Konsumierenden, die Arbeitnehmerschaft und die Eigentümerschaft. Und da die Stadt Bern die Eigentümerschaft ist, fällt das schon mal weg. Also haben wir 2 Gruppen, die es trifft. Die Löhne kommen unter Druck und die Konsumierenden müssen mehr bezahlen. Irgendwie ist das nicht durchdacht. Punkt 1, weil eben eine Lenkung nur dann möglich ist über Steuern, wenn man wirklich das Verhalten anpassen kann. Punkt 2 ist die klassische Giesskanne. Es wird einfach mal eine allgemeine Preissenkung – zwar zum Glück auch nur einmalig – gemacht. Wo das hinführt, haben wir sehr eindrücklich in Ungarn gesehen. Ungarn hat den Benzinpreis gedeckelt, bis es an den Tankstellen kein Benzin mehr gegeben hat. Es ist absolut widersinnig, im Zeitpunkt einer steigenden Nachfrage die Preise deckeln zu wollen. Nachher haben wir den Punkt 3. Und dort wären wir dabei. Eine gezielte Unterstützung jener Leute, die das wirklich nötig haben. Aber wie der Gemeinderat ausführt, und wie wir hier im Rat wissen, gibt es ein Postulat, das überwiesen ist und genau das verlangt. Aus dem Grund lehnen wir alle 3 Punkte ab. Merci.

Präsident: Merci vielmals Claude. Dann käme Erich Hess für die SVP-Fraktion.

Erich Hess (SVP) für die Fraktion: Ich gehe davon aus, dass ein Grossteil des Gewinns, den EWB gemacht hat, den sie aus dem Stromhandel vor allem gemacht haben, wahrscheinlich wie bei anderen Elektrogesellschaften schweizweit nicht ganz richtig zustande gekommen sind, sprich, dass sie die gebundenen Kunden mehr oder weniger ein bisschen betrogen haben, sprich: die Kleinkonsumenten, die haben den Strompreis nehmen müssen, wie er von EWB angeboten wurde. Ich gehe davon aus, dass viele Energieversorgungsfirmen hier in der Schweiz günstigen Strom, den sie selbst produziert haben, den Vertragskunden abgegeben und den teuren Strom dem normalen Kunden gegeben haben, der zu keinem anderen Elektrounternehmen gehen kann. Ich gehe davon aus, dass aus dem Grund, Punkt 2 ein guter Punkt ist, dass man dem zustimmen kann, dass der Endkonsument, der normale gebundene Konsument, dort nicht in die Bresche springen muss, sprich, dass die übermässigen Gewinne – in Anführungszeichen –, die gemacht wurden, rückvergütet werden können. Die Punkte 1 und 3 lehnt die Fraktion ganz klar ab. Das geht in ein sozialistisches System hinein und ist in diesem Fall ganz klar der falsche Weg. Deshalb beantragen wir auch eine punktweise Abstimmung. EWB zahlt alle Jahre einen grossen Betrag an die Stadtkasse. Schon das

ist grundsätzlich falsch. Man kann nicht einen fixen Betrag abmachen, wie viel bezahlt werden soll. EWB gehört der Stadt Bern, spricht, den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern der Stadt Bern und deshalb kann man nicht einen fixen Betrag abmachen, den eine Firma zahlt. Das muss immer nach dem Erfolg oder eben Misserfolg wie eine Dividende abgegolten werden. Und dort hat aus meiner Sicht die Stadt Bern jetzt schon übermässig viel von EWB profitiert. Es ist aber nicht so, wie Vorreferenten gesagt haben, dass EWB viel Geld brauche, um die Fernwärme zu installieren. Das ist ein ganz anderes und neues Geschäftsfeld und es kann nicht sein, dass der Gas- und der Stromkonsument oder der Kunde schlussendlich das Fernwärmenetz finanziert. Das ist nicht richtig. EWB soll keine Quersubventionierung machen, sonst ist das auch wieder Sozialismus. Sozialismus ist sowieso das, was EWB die ganze Zeit macht, nämlich die Privatwirtschaft konkurrenzieren mit ihren Firmen, die EWB kreuz und quer zusammengekauft hat. Damit konkurrenziert EWB die Handwerksbetriebe preislich massiv, damit EWB zu Aufträgen kommt. Und EWB hat in den letzten Jahren auch diverse Firmen hopsgehen lassen. Und das hat dann unter dem Strich wieder der Gebühren- und die Steuerzahler finanziert. Ich bitte euch Punkt 1 und 3 abzulehnen und den Punkt 2 anzunehmen. Besten Dank für die Aufmerksamkeit.

Präsident: Vielen Dank Erich. Als nächstes käme Florence Schmid von der FDP/JF-Fraktion.

Florence Schmid (JF) für die Fraktion: Vorweg: Die Fraktion FDP/JF lehnt das Postulat der SP/JUSO ab. Die Gründe dafür sind ziemlich technisch, und deshalb werde ich zuerst allgemein auf die Sachlage und danach auf die einzelnen Forderungen im Postulat eingehen. Ich wiederhole teilweise auch ein bisschen Claude Grosjeans Ausführungen. Zuerst einmal zum Allgemeinen. Die Fraktion FDP anerkennt, dass die Teuerung ein Problem ist. Das gilt aber nicht nur für Armutsbetroffene und Armutsgefährdete. Denn was sind Armutsbetroffene und Armutsgefährdete überhaupt? Das ist nirgends definiert. Eine Mittelstandsfamilie, die wegen der Teuerung in Geldnot kommt und ihre Hypothekarzinsen nicht mehr zahlen kann, ist auch armutsgefährdet. Ich behaupte, viele in der Fraktion SP/JUSO würden das verneinen. Schliesslich hat eine Mittelstandsfamilie Eigentum. Konkret: Die Teuerung betrifft auch den Mittelstand und in der Stadt Bern ist der grösste Teil der Einwohnenden Mittelstand. Damit also eine Senkung von Strom- und Gasstarifen allen Betroffenen und nicht nur wenigen zugutekommt, müsste sie für alle Kundinnen und Kunden der Elektrizitätswerke gelten. EWB hat 2022 zwar einen Gewinn von fast 70 Millionen Franken gehabt. Bevor wir über eine Verteilung von Gewinnen reden, ist es sehr wichtig, dass wir verstehen, wie der vergleichsweise hohe Gewinn zustande gekommen ist. Und da wiederhole ich mich. Er ist nämlich mehrheitlich rechnerisch zustande gekommen. Der Grund für diesen höheren Gewinn ist also nicht, dass EWB von ihren Kunden Mehreinnahmen bekommen hat, und ich hoffe wirklich, dass das verstanden wird. Stattdessen hat EWB Anpassungen von Bewertungen vorgenommen. Sie hat die Bewertung der Energiezentrale Forsthaus erhöht und eben weiter entschieden, dass eine Wertberichtigung, also eine Wertverminderung, einer Beteiligung nicht mehr begründet ist. Die Bewertungsanpassungen haben zu einem Gewinn von 30 Millionen geführt, ohne dass ein einziger Franken mehr in die Kasse von EWB geflossen ist. Darum sind die Gewinne eben rechnerisch und nicht auf Kosten der Kundinnen und Kunden entstanden. Und jetzt zu den einzelnen Punkten des Postulats: Ihr merkt, ich habe meinen Bürocomputer, der nicht so gut ist wie mein privater. Ich muss immer ein wenig «herumshiften». In Punkt Nummer 1 wird

gefordert, dass die Stadt Bern eine höhere Gewinnabgabe bekommen soll, um die Kaufkraft der Bevölkerung zu stärken. Die Forderung macht keinen Sinn. Die Kaufkraft stärken kann das Gemeinwesen nur mit tieferen Steuern oder eben mit zum Beispiel tieferen Preisen für Strom und Gas. Leute mit tiefen Einkommen zahlen aber kaum Steuern. Darum wird die Steuersenkung nicht allen gleich zugutekommen. Tiefere Preise für Strom und Gas kann EWB gewähren, indem die Preise gesenkt würden. Darum würde die Fraktion FDP/JF Punkt 2 des Postulats, der eben genau das fordert, grundsätzlich unterstützen. Aber ich habe ausgeführt, dass EWB eben eigentlich gar keinen höheren Gewinn im Sinn von höheren Einnahmen erwirtschaftet hat und es soll den Profis von EWB vorbehalten sein, die Gas- und Strompreise zu senken. Sobald das wirtschaftlich möglich und sinnvoll ist. Das soll nicht die Politik entscheiden. Dass es schwierig ist, die Preise für Strom und Gas zu senken, zeigt eben der negative Free Cashflow. 2022 hat EWB 50 Millionen weniger Geld eingenommen, als dass es ausgegeben hat. Die hohen Ausgaben fliessen insbesondere in den Ausbau der Fernwärme. Gerade die linke Ratshälfte sollte ein grosses Interesse daran haben und zeigen, dass dieser Ausbau weiterhin sichergestellt ist. Und jetzt noch zum letzten Punkt, der die Kompensation der höheren Strom- und Gaspreise für besonders betroffene Personengruppen fordert. Der Gemeinderat sagt es richtig. Subjekt bezogene finanzielle Unterstützung kann nicht EWB vornehmen. Das ist ein Institut des öffentlichen Rechts. Die haben dort keine Kompetenz. Vielmehr muss das die Stadt selbst machen. Und weil dieser Punkt gar nicht umsetzbar wäre, lehnen wir diesen ab. Danke vielmals.

Präsident: Merci vielmals, Florence. Als nächste käme Anna Leissing von GB/JA!.

Anna Leissing (GB) für die Fraktion: Bevor ich auf das Kernanliegen des vorliegenden Postulats eingehen kann, muss ich kurz ausholen: Im Jahr 2021 waren schweizweit rund 750 000 Menschen von Armut betroffen. 1,244 Millionen haben als armutsgefährdet gegolten. Wir müssen davon ausgehen, dass seither die Zahlen noch gestiegen sind. Im September 2022 hat man zum Beispiel lesen können, dass allein im Kanton Bern rund 6 000 Personen aufgrund der Teuerung neu in die Armut gerutscht sind. Darum hat die GB/JA!-Fraktion zusammen mit AL/PdA schon im Oktober 2022 in einer Motion gefordert, dass die steigenden Preise für Strom und Gas sozial abgedeckt werden müssen. Der Gemeinderat betont in der Antwort, dass er das Anliegen teilt. Er hat im Januar 2023 ein Pilotprojekt mit niederschweligen Überbrückungshilfen gestartet. Damit werden armutsbetroffene Menschen entlastet, die aus Angst vor negativen Konsequenzen den Kontakt zu den Behörden meiden, also auch keine Sozialhilfe oder Ergänzungsleistungen beziehen und dadurch in finanzielle Notlagen geraten. Wie es vorher schon gesagt wurde, betreffen die Teuerung, steigende Krankenkassenprämien und höhere Energiepreise schon längst nicht nur die finanziell Schwächsten, sondern immer mehr auch die Mittelschicht. Familien und Haushalte, die nur ganz knapp über der Armutsgrenze leben, Working Poor, also Menschen, die trotz Vollzeitanstellung oder mehreren Jobs ihren Lebensunterhalt nicht oder nur knapp bestreiten können, leiden besonders unter den aktuellen Preisentwicklungen. Dazu gehören in der Stadt Bern mehr als 20 000 Menschen. Sie bekommen vom Kanton individuelle Prämienverbilligungen und haben ein Jahreseinkommen unter 38 000 Franken. Man muss sich zudem klarmachen, dass die Bedrohung durch die steigenden Energiekosten viel weiter geht, als einfach die Strom- und Heizrechnung nicht mehr zu zahlen. Wenn Menschen ihre Nebenkosten nicht zahlen können, folgt nicht selten schon bald darauf die Wohnungskündigung. Eine neue Wohnung zu finden, ist oft ein Ding der Unmöglichkeit. Die Leerwohnungsziffer ist auf einem historischen Tiefstand von 0,45 Prozent. Die Mietzinsen

steigen und steigen. Mit dem Verlust der Wohnung fehlt dann häufig die sichere Grundlage, die es braucht, damit Menschen an Gesellschaft und Arbeitsleben teilhaben können. Im schlimmsten Fall führt also der Wohnungsverlust auch zum Verlust des Arbeitsplatzes, der sozialen Beziehungen, also in die totale finanzielle und soziale Prekarität. Für die GB/JA!-Fraktion ist klar, dass die Stadt Bern dieser drohenden Abwärtsspirale etwas entgegensetzen muss. Und damit komme ich zum Kern des vorliegenden Postulats. In einer Situation, in der eine beachtliche Zahl von Berner*innen aufgrund von Teuerung, Prämien und Energiepreisen vor einer bedrohlichen Abwärtsspirale steht, macht die städtische Energieversorgerin EWB fast 70 Millionen Gewinn. Die GB/JA!-Fraktion befürwortet, dass dieser Gewinn zumindest teilweise in die soziale Abfederung der steigenden Energiepreise gesteckt werden soll. Wir stimmen dem Postulat deshalb zu. Wir gehen aber gleichzeitig mit dem Gemeinderat einig, dass diese Entlastung nicht einfach gleichermassen auf alle Einkommensstufen verteilt werden soll, sondern gezielt an diejenigen gehen soll, die diese Unterstützung benötigen. Aus unserer Sicht ist darum besonders Punkt 3 des Postulats von Interesse, der fordert, wir haben es gehört, dass die gestiegenen Strom- und Gaspreise bei besonders betroffenen Personen kompensiert werden sollen. Dazu den Kreis der Bezugsberechtigten für die genannten Überbrückungshilfen auszudehnen, scheint uns ein vielversprechender Weg. Es freut mich zu hören, dass auch die GLP das so sieht, denn es ist wahrscheinlich auch der GLP klar, dass das nicht gratis zu haben ist. Die Stadt Zürich hat im Dezember 2022 eine sogenannte Energiekostenzulage beschlossen und hat damals mit rund 34 000 bezugsberechtigten Haushalten und Kosten von rund 17 Millionen gerechnet. Die Stadt Luzern hat gerade im Juni dieses Jahrs einen Kredit von 9,2 Millionen gesprochen, um einkommensschwache Haushalte zu entlasten. In beiden Städten sind Personen bezugsberechtigt, die vom Kanton individuelle Prämienverbilligungen erhalten. Dies scheint uns auch für Bern notwendig und sinnvoll. Das Geld muss entweder im städtischen Budget eingestellt werden oder aus einer anderen Quelle kommen. Und mit dem ausserordentlichen Strompreisgewinn diejenigen zu entlasten, die unter diesem hohen Strompreis leiden, scheint uns schlüssig. Auch wenn wir, wie die Postulant*innen selber auch, anerkennen, dass EWB viel in die energetische Transformation der Stadt Bern investiert und dafür ebenfalls Geld benötigt. Trotzdem werden wir das Postulat überweisen und bitten den Gemeinderat um eine zügige Überprüfung dieser verschiedenen Möglichkeiten, insbesondere Punkt 3, damit die Stadt Bern im kommenden Winter ein Instrument in der Hand hat, um Armut und Prekarität vorzubeugen und ihrer Identität als solidarische Stadt gerecht werden kann. Danke vielmals.

Präsident: Dann käme Lionel Gaudy für die Mitte-Fraktion. Ich frage vorher noch schnell die Einreichenden: Es ist punktweise Abstimmung begehrt worden? Sie wird nicht gewährt. Wir stimmen über das gesamte Postulat ab. Lionel Gaudy von der Mitte-Fraktion.

Lionel Gaudy (Mitte) für die Fraktion: Vielleicht mal vorweg: Auch die Mitte-Fraktion und Die Mitte allgemein anerkennt die Herausforderungen, die entstanden sind durch die grosse Teuerung, durch die Steigerung der Energiepreise, durch die Erhöhung der Prämien, die wieder ansteht. Und Die Mitte setzt sich insbesondere auf nationaler und kantonaler Ebene vehement für eine sinnvolle und nachhaltige Sozialpolitik ein. Ich erspare es euch jetzt, noch einmal die gleichen Ausführungen zu machen, die Claude und Florence vor mir schon gemacht haben. Es reicht, glaube ich, kurz zusammenzufassen. Der Gewinn von fast 70 Millionen ist rein buchhalterisch und nicht in effektivem, zusätzlichem Geld vorhanden, das EWB jetzt wieder ausgeben könnte. An dieser Stelle

vielleicht auch kurz – spannend zum Festhalten: Die Einreichenden schreiben, dass es mit EWB so vereinbart wurde, dass EWB jährlich rund 16 Millionen abliefern muss. Ich glaube, das wurde eher von der Stadt vorgeschrieben und nicht in gegenseitigem Einvernehmen abgemacht. Mit dieser jährlichen Abschöpfung von über 16 Millionen hat man EWB ohnehin schon einen Riesenstecken zwischen die Beine geworfen, der das Unternehmen massgeblich auch daran hindert, wirklich die nötigen Investitionen tätigen zu können. Ich glaube, hier bei diesem Postulat zeigt sich ziemlich exemplarisch, dass man eine Grundsatzentscheidung fällen muss: Entweder möchte man die Energiewende vorantreiben oder man möchte auf dem Rücken eines Energieunternehmens Sozialpolitik betreiben. Die Mitte sagt klar: Das erste ist der Fall. Hier gilt es, die Energiewende weiter voranzutreiben, EWB zu ermöglichen, die anstehenden Investitionen zu tätigen, damit wir einmal die Energiewende auch erreichen, und nicht hier Sozialpolitik zu betreiben. Klar, sind die hohen Energiepreise für die Bevölkerung schwer zu tragen, und gleichzeitig kann man nicht einfach von einem Unternehmen, das auch am privaten Markt arbeiten muss, verlangen, dass man grundsätzlich die Preise senken soll. Die Mitte Fraktion wird darum das Postulat in allen 3 Punkten ablehnen, und wir bitten euch, das gleiche zu machen. Merci.

Präsident: Merci vielmals Lionel, dann käme Tanja Miljanovic für die GFL/EVP-Fraktion.

Tanja Miljanovic (GFL) für die Fraktion: Die GFL/EVP-Fraktion findet die Idee einer Umverteilung von ausserordentlichen Gewinnen spannend. Die Frage ist sehr aktuell und greift auch eine international geführte Debatte zurecht auf. Dürfen und sollen teilweise massive Übergewinne allein in privater Hand bleiben, auch dann, wenn sie aufgrund und dank Krisen erwirtschaftet wurden? Oder soll ein Teil dieser Übergewinne über den Staat an die Gesellschaft zurückvergütet werden? Das ist eine wichtige Frage und erst recht in einer Zeit, in der Krankenkassenprämien steigen, Mieten steigen. Uns ist das gerade heute ins Haus geflattert. Gleichzeitig sinkt die Kaufkraft. Und doch gibt es einen ganz wesentlichen Unterschied zwischen dieser internationalen Debatte, die wir eigentlich begrüssen, und der Situation in der Stadt Bern. Denn EWB ist kein reiner Privatkonzern, sondern ein öffentlich-rechtliches Unternehmen im Eigentum der Stadt Bern. Gegen die Annahme des Postulats spricht aus unserer Sicht, dass die Aufteilung des EWB-Erfolgs laut reglementarischen Vorgaben zu verwenden ist und EWB die Vorgaben der städtischen Eignerstrategie zu befolgen hat. Ferner hat EWB in der Zukunft massive Investitionen zu tätigen, gerade genau im Bereich der erneuerbaren Energien, die wir dringendst fordern. Und diese Massnahmen müssen auch mit etwas finanziert werden. Und doch haben wir uns teilweise an gewissen Aussagen in der Antwort des Gemeinderates gestört. Die wichtigste davon ist, dass EWB grundsätzlich keinen sozialpolitischen, sondern einen energiepolitischen Leistungsauftrag hat. Dieser Satz ist irritierend und aus persönlicher Sicht ein bisschen peinlich. Denn es zeigt ein Unternehmen in einer modernen Stadt, aber mit einem extrem veraltetem Selbstbild. Jedes Unternehmen hat eine sozialpolitische Aufgabe – jedes. Und ein öffentlich-rechtliches sowieso. Aber zurück zum Postulat. Die GFL/EVP-Fraktion scheint das eigentliche Begehren des Postulats, also die Prüfung der gestellten Fragen, beantwortet. Entsprechend würden wir die Annahme der Gemeinderatsantwort als Prüfungsbericht begrüssen. Wir haben eine Debatte geführt. Es gibt gewisse Pro-Gründe gewisse Kontras. Die GFL/EVP-Fraktion hat Stimmfreigabe beschlossen, aber in einem Punkt sind wir uns alle sehr deutlich einig. Das ist Punkt 2. Wir finden, dass es in einer Klimakrise bessere

Wege gibt, die Kaufkraft zu stärken oder vor Armut zu schützen, als ausgerechnet die Energiepreise zu senken. Danke.

Präsident: Danke vielmals. Ich sehe keine weiteren Fraktionsvoten, so wären wir jetzt bei der Einzelvoten, Alexander Feuz.

Alexander Feuz (SVP), Einzelvotum: Ich wende mich vor allem an die Postulanten. Wir würden Ziffer 2 zustimmen. Ihr könnt jetzt ein bisschen rechnen. Ich bin der Meinung, Ziffer 2 wäre wichtig. Es kann ja nicht sein, dass wir in der Stadt Bern plötzlich wesentlich höhere Preise zahlen, damit nachher EWB teilweise auch weniger geschickte Investitionen vornehmen kann. Für mich ist das ganz klar. Sie haben gesehen, wie viel man hier verlangt hat. Ich bin klar der Meinung, wie auch unsere Fraktion, es wäre wichtig, punktweise abzustimmen. Dann haben wir hier sogar gute Chancen, dass Punkt 2 durchkommt. Die SVP würde hier helfen. Wenn wir hier hören, möglichst hohe Energiepreise für alle, dann frage ich mich, ob das der richtige Weg ist. Man hat uns vor der Klimaschutzabstimmung gross versprochen, es werde alles nicht teurer. Heute haben wir schon den ersten Nagel, bei dem wir sehen, wie lange das Versprechen eingehalten wurde. Es soll alles teurer werden. Hier könnten wir eine Korrektur vornehmen. Wir werden jetzt die Nagelprobe sehen, ob es eben so ist, wie wir befürchtet haben, dass wir vor der Abstimmung angelogen wurden, oder ob man eben jetzt hier eine Korrektur macht.

Präsident: Vielen Dank Alexander Feuz. Es hat keine weiteren Einzelvoten. Es hätte das Wort Gemeinderat Reto Nause.

Reto Nause, Direktor SUE: Ich will 3 Punkte gerade einmal klarstellen. Vorweg: Punkt 1 ist: EWB erzielt keine Übergewinne. Punkt 2 ist: Am Tarfkunden wird keine Abzocke veranstaltet. Und Punkt 3: Unsere Preise in der Stadt Bern und im EWB-versorgten Gebiet sind also die letzten 3 Jahrzehnte deutlich tiefer gewesen als die der BKW, die im Besitz des Kantons und einer bürgerlichen Eigentümerschaft ist. Dem Herrn Hess muss ich einfach eines sagen: Sie sind Nationalrat. Und eigentlich solltest du, lieber Erich, wissen, dass die Tarife der grundversorgten Kunden von der Elcom genehmigt werden. Also die Tarfkunden sind 100 Prozent reguliert und mit den Tarfkunden könnt ihr per Gesetz gar keine Übergewinne erzielen. Das ist schlicht und ergreifend ein Märchen, das hier erzählt wird. Wir haben gehört, der Gewinn von EWB, die 69 Millionen, ist fast zur Hälfte ein buchhalterischer Gewinn, der zustande gekommen ist über die Aufwertung der Energiezentrale Forsthaus und auch über gewisse Auslandsbeteiligungen. Das ist nicht Geld, das in der Kasse ist. Im Gegenteil: EWB hat, um alle Investitionen tätigen zu können, einen negativen Free Cashflow von über 50 Millionen gehabt. Was ist ein negativer Free Cashflow? Das heisst nichts anderes, als dass ihr Schulden machen müsst, Schulden für Investitionen, die wir tätigen mit dem Ziel, Netto-Null möglichst bald und möglichst schnell auch zu erreichen. Die Investitionen, die EWB aus der Firmenkasse heraus tätigen, die würden in anderen Städten durch den Steuerhaushalt, durch die Städte getragen. Es war schon so beim Glasfasernetz. Das hat EWB selbst bezahlt. In St. Gallen, in Zürich hat es die Allgemeinheit bezahlt. Das Fernwärmenetz genau dasselbe: In Bern bezahlt das EWB mit den eigenen erwirtschafteten Mittel. In anderen Städten waren es öffentliche Kredite, da hat die öffentliche Hand die Realisierung von Fernwärmenetzen finanziert. Und einen kleinen Blick zurück in die Vergangenheit mögt ihr mir jetzt auch noch erlauben. Es ist etwa 12 Jahre her. Damals hat EWB über sogenannte ausserordentliche Gewinnablieferungen 250 Millionen, also eine

Viertelmilliarde, in die Stadtkasse abgeliefert. Die Gewinnablieferung, ausserordentlich. Das Dumme daran ist nur, dass es keine Gewinne waren, sondern dass man sich verschulden musste, um die Viertelmilliarde an die Stadtkasse abdrücken zu können. Das wiederum hat dann auch zur Folge gehabt, dass die Eigenkapitalquote von EWB auf magere 34 Prozent gesunken ist. 34 Prozent Eigenkapitalquote in einer Zeit, in der ihr eine halbe Milliarde investieren müsst, um Netto-null zu erreichen, ist verdammt dünn. Und darum sagt euch der Gemeinderat auch: Hört auf, das Unternehmen mit sozialpolitischen Zielvorstellungen an die Wand zu fahren. Wir können nicht beides. Wir werden nicht die Energiewende umsetzen, realisieren und gleichzeitig als EWB noch Sozialpolitik machen können. Die soziale Verantwortung übernimmt das Unternehmen und es nimmt sie wahr, indem es eben die Versorgungssicherheit für alle im Gebiet Bern garantiert, und in dem es uns eine bessere Zukunft im Sinn und Geist der Energiewende und dem Ausbau der erneuerbaren Energien gewährleistet. Wenn ihr – und ich habe durchaus Verständnis, dass es Haushalte gibt, die Mühe bekommen mit Krankenkassenprämien, mit steigenden Strompreisen etc. – die entlasten wollt, dann könnt ihr das und müsst das mit sozialpolitischen Instrumenten machen, dann könnt ihr nicht in die Tarife eines Energieversorgers hineinfunktionieren oder irgendwie versuchen, dort Substanz, im Sinn von Geld, abzügeln. Vielmehr muss man das wie die Prämienverbilligungssysteme der Krankenkasse aus dem allgemeinen Steuerhaushalt heraus machen. Es gibt das Postulat GFL/EVP, das bereits überwiesen wurde. Das ist aber ein anderes Instrumentarium, als hier auf dem Rücken des Energieversorgers eingreifen zu wollen. Der Gemeinderat beantragt euch darum die Ablehnung des Postulats. Und der Gemeinderat beantragt, wenn das Postulat angenommen wird, dass die Antwort gleichzeitig als Prüfungsbericht gilt. Herzlichen Dank.

Präsident: Vielen Dank Reto Nause. Wir stellen fest, dass der Gemeinderat beantragt, die Antwort des Gemeinderates gleichzeitig als Prüfungsbericht vorzulegen. Wir kommen zur Abstimmung über das Postulat.

Abstimmung

2023.SR.0114: Postulat		
Annahme		
Ja	35	
Nein	28	
Enthalten	3	Namensliste 005

Präsident: Das Postulat ist erheblich erklärt worden. Wir stimmen entsprechend ab über den entsprechenden Prüfungsbericht.

Abstimmung

2023.SR.0114: Prüfungsbericht		
Annahme		
Ja	52	
Nein	14	
Enthalten	0	Namensliste 006

Präsident: Der Prüfungsbericht Ist angenommen worden.

2019.SR.000158

7 Motion Fraktion GFL/EVP (Manuel C. Widmer, GFL) - übernommen durch Marcel Wüthrich (GFL): Veranstaltungsbewilligungen auch mit Werbe-Regeln verknüpfen

Präsident: Wir steigen mit Traktandum 7 ein in die reduzierte Debatte. Das ist eine Motion der GFL/EVP-Fraktion. Vielleicht vorab noch schnell, nicht dass sich Leute vorbereiten mit entsprechenden Fraktionsvoten: Traktandum Nummer 9 ist in der Sitzung zurückgezogen worden. Traktandum 9 ist zurückgezogen worden und Traktandum 12 ist auch zurückgezogen worden. 27 ist auch zurückgezogen worden, aber wir kommen wie gesagt zum Traktandum Nummer 7. Das ist bestritten. Ich übergebe das Wort für die Einreichenden Marcel Wüthrich.

Marcel Wüthrich (GFL) für die Einreichenden und die Fraktion: Ich rede gleichzeitig für die Einreichenden und für die GFL/EVP-Fraktion, weil das schliesslich in diesem Fall deckungsgleich ist. In unserer Motion geht es um die Verbindlichkeit der Kleber «Keine Werbung» an den Briefkästen, die gestützt von der Konsumentenschutzorganisationen wird.

Präsident Ich bitte um Ruhe. Man versteht Marcel fast nicht.

Marcel Wüthrich (GFL) setzt das Votum fort: Der GFL/EVP-Fraktion stösst es sauer auf, dass der Stopp-Werbung-Grundsatz zu oft umgangen wird, insbesondere auch dann, wenn die Werbung von kommerziellen Veranstaltern stammt, die von der Stadt eine Veranstaltungsbewilligung erhalten haben. Ich danke an dieser Stelle der Direktion SUE für weitere Auskünfte, die ich vor 2 Monaten eingeholt habe. Wir fordern mit dieser Motion, dass das Werbeverbot an Briefkästen mit Stopp-Werbung-Klebern eingehalten werden kann, wenn die Veranstalter eine Veranstaltungsbewilligung der Stadt erhalten haben. Es geht aber nicht darum, dass die Stadt die Einhaltung überwachen müsste oder sogar darauf basierend jemanden sanktionieren müsste. Das Einfordern einer Selbstdeklaration der Veranstalter bei der Bewilligungserteilung, die geht dahin, dass er die Grundsätze der Stopp-Kleber und auch des Wildplakatierens beachtet – alleine das könnte reichen. Und auch, wenn keine Kontrollen stattfinden und die Stadt auf Hinweise aus der Bevölkerung angewiesen ist, um einen Verstoss festzustellen zu können. Ein entsprechender verbindlicher Passus in der Veranstaltungsbewilligung mittels Androhung, dass die Veranstalter im nächsten Jahr vielleicht keine Bewilligung mehr erwarten dürfen, könnte rein präventiv schon seine Wirkung entfalten. Wir wünschen uns deshalb diesbezüglich von der Stadt ein bisschen mehr Mut. Es besteht doch ein Hebel, auch ohne, dass die Gemeinde rechtssetzend tätig werden muss; zum Beispiel wie gesagt, mit der Androhung, für die Veranstaltung im nächsten Jahr unter Umständen keine Bewilligung mehr zu erteilen. Es müsste also schon ein bisschen mehr sein, als nur zum Beispiel durch eine E-Mail den Veranstalter zu sagen, man möge doch die Briefkästen mit einem Stopp-Kleber von Werbung verschonen. Das ist nämlich das, was offenbar neu gedacht ist. Und es ist uns auch zu billig, wenn die Stadt bei einem Verstoss darauf verweist, dass die Bevölkerung ja die Gelegenheit hätte, gemäss Artikel 2 des Bundesgesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb (UWG), Klage oder Strafanzeige einreichen könnte, umso mehr, als dass dazu wirtschaftliche Interessen tangiert sein müssen. Unsere Interessen an der Motion entspringen aber primär umweltpolitischen Motiven. Zum Beispiel bei gastronomischen Veranstaltern ist es doch auch so –

und ganz zu Recht – dass verbindliche Auflagen zum Umweltschutz und zu der Abfallbewirtschaftung gemacht werden, zum Beispiel Stichwort Mehrweggeschirr: Wir verstehen nicht, dass Auflagen in geeigneter Form zu einem Werbeverbot in klar gekennzeichneten Briefkästen nicht möglich sein sollen. Um den Handlungsspielraum jetzt aber zu öffnen, sind die Einreichenden mit dem Gemeinderat einverstanden, dass die Motion in ein Postulat gewandelt wird, aber wir behalten uns vor, den Prüfungsbericht abzulehnen. Besten Dank.

Präsident: Merci Marcel, wir wären bei den Fraktionsvoten. Dominic Nellen für die SP/JUSO-Fraktion.

Dominic Nellen (SP) für die Fraktion: Die SP/JUSO-Fraktion lehnt diese Motion ab. Auch wir finden Flyer oder manchmal Flyer im Briefkasten, je nach Inhalt, vor allem mühsam. Aber es ist nicht eine gute Idee, eine Bewilligungsvoraussetzung zu verschärfen. Das kann nicht die Lösung sein dieses Problems. Wir schliessen uns hier der Begründung des Gemeinderates an und lehnen diese Motion ab.

Präsident: Ich sehe keine weiteren Fraktionsvoten. Gibt es Einzelvoten? Das scheint auch nicht der Fall zu sein. Dann hätte das Wort Reto Nause. Er verzichtet. Dann wären wir direkt bei der Abstimmung. Ich habe keine Wandlung. Du hast eine Wandlung gemacht? Dann stimmen wir über den Vorstoss als Postulat ab. Wir stimmen ab.

Abstimmung

2019.SR.000158: als Postulat	
Ablehnung	
Ja	7
Nein	54
Enthalten	1
	Namensliste 007

Präsident: Das Postulat ist abgelehnt. Wir kommen zum Traktandum Nummer 8 in der reduzierten Debatte.

2019.SR.000177

8 Motion Fraktion GFL/EVP (Lukas Gutzwiller, GFL/Matthias Stürmer, EVP): Roadmap erneuerbare Wärmeversorgung

Präsident: Ist dieser Vorstoss bestritten? Er ist bestritten, dann hätte das Wort für die Einreichenden Lukas Gutzwiller,

Lukas Gutzwiller (GFL) für die Einreichenden: Heute ist ein Freudentag. Unsere Richtlinienmotion ist heute genau 4-jährig. In diesen letzten 4 Jahren ist vieles passiert, energie- und klimapolitisch. Was ein bisschen weniger Freude bereitet, ist, wenn man die Massnahmen anschaut, die uns der Gemeinderat vor dreieinhalb Jahren versprochen hat. Um eine Massnahme herauszupicken: Es heisst hier: «Mit der Umsetzung des Massnahmenblattes 1a der Energie- und Klimastrategie werden Teile des Richtplans Energie in die baurechtliche Grundordnung überführt und dadurch grundeigentü-merverbindlich.» Das wäre ein sehr erstrebenswertes Ziel, aber dazu fehlt uns ganz

einfach die kantonale gesetzliche Grundlage. Und meines Wissens mussten wir das Projekt deswegen beerdigen. Also ist leider nichts passiert. Ein zweites Beispiel: Im Energierichtplan gibt es eine Massnahme 13, die genau die Gebäudesanierungen anspricht. Dort warten wir jetzt auch seit mehreren Jahren auf einen konkreten Vorschlag. Vor 2 Jahren hat es geheissen: Wir machen jetzt eine Public-private-Partnership mit den Banken zusammen, um die Finanzierungslücke für Gebäudesanierungen vorwärtszubringen oder zu schliessen, also die Finanzierungslücke zu schliessen. Dann ist das Projekt leider auch sang- und klanglos vor einem Jahr begraben worden. Wenn man genau hingeschaut hätte, hätte man gewusst, dass die grossen Mietliegenschaften in der Stadt Bern überhaupt kein Finanzierungsproblem haben. Dort kann man mit den hohen Mieteinnahmen gut Gebäudesanierungen vorwärtsbringen. Das Fazit ist, dass uns immer wieder viel versprochen, aber wenig Konkretes umgesetzt wird. Aus der Sicht der Fraktion GFL/EVP fehlt nämlich eine Hemmnisanalyse. Hat man einmal konkret untersucht, warum sich einige Gebäudebesitzer nicht an das Fernwärmenetz anschliessen wollen? Oder was sind die effektiven Hemmnisse für mehr energetische Gebäudesanierungen? Andererseits baut man das Fernwärmenetz jetzt bis ins Viererfeld aus. Das Viererfeld, Sie wissen es alle, ist ein Neubauquartier, wo Erdwärmesonden eigentlich geeignet wären, wo sie zulässig wären. Und genau bei Neubauprojekten müssen wir heute auf Wärmepumpen setzen. Stattdessen wird die Fernwärmeleitung direkt durch das Quartier, durch die Länggasse, gebaut. Und in verschiedenen Quartierabschnitten der Länggasse, wo es nötig wäre, dass man die auf Fernwärme umstellt, passiert das nicht.

Präsident: Kannst du bitte zum Ende kommen?

Lukas Gutzwiller (GFL) setzt sein Votum fort: Wichtig ist: Fernwärme ist nur zu einem Drittel erneuerbar, Erdwärmesonden sind 100 Prozent erneuerbar. Wir fordern den Gemeinderat auf, endlich eine robuste Energie- und Klimapolitik zu betreiben, anstatt Stop-and-Go mit falschen Versprechungen.

Präsident: Vielen Dank, Lukas. Wir wären bei den Fraktionsvoten. Jelena Filipovic für GB/JA!.

Jelena Filipovic (GB) für die Fraktion: Um unserem moderaten Klimareglement gerecht zu werden, müssen wir den fossilen Energieträgern ein für alle Mal den Rücken kehren. Da gibt es kein Wenn, kein Aber und kein Vielleicht. Darum unterstützt die GB/JA!-Fraktion den Vorstoss und empfiehlt ihn euch wärmstens zur Annahme. Der Vorredner hat es eigentlich schon gesagt. Jetzt diskutieren wir eine Forderung aus 2019. Und die Antwort des Gemeinderats, die dreieinhalb Jahre alt ist, ist schon in ihrer Prämisse nicht mehr aktuell. Der Gemeinderat ist nämlich in der Antwort der Meinung, dass in der Energie- und Klimastrategie mit den bestehenden Beratungsangeboten sowie ergänzenden Angeboten des Kantons bereits einiges gemacht wird, um den Umstieg von der fossilen zu einer erneuerbaren Wärmeversorgung zu gewährleisten. Well. In der Zwischenzeit zieht der Controlling-Bericht 2021 ein anderes Fazit: Der Wärmeverbrauch ist 2021 gestiegen und befindet sich auf dem Niveau von 2017. Beim Verbrauch von Erdgas hat man 2021 auch eine Zunahme gegenüber 2019 feststellen müssen. Man hat zwar die Zielvorgabe von 2025 erreichen können, aber die reicht leider bei Weitem nicht, um die Zielvorgaben zu erreichen, die wir uns im Klimareglement selber gesetzt haben. Die Bilanz im Controlling-Bericht ist ernüchternd. Deshalb reichen die bisherigen Beratungsangebote und die gesetzten Anreize offensichtlich nicht

aus, um unser Ziel auf dem Stadtgebiet zu erreichen. Deshalb empfehlen wir dem Gemeinderat, diese Alarmglocken ernst zu nehmen und endlich vorwärtszumachen. Man könnte ja zum Beispiel bei EWB in Auftrag geben, systematisch zu erfassen, wieso sich eigentlich die Heimhauseigentümer*innen immer noch gegen die erneuerbaren Alternativen entscheiden. So könnte man vielleicht auch die Massnahmen entsprechend optimieren. Denn weiter wie bisher ist, obviously keine Möglichkeit. Das Stadtgebiet und die Privaten sind ja das eine, aber stossend ist vor allem, dass auch die Stadtverwaltung kaum vorwärtsmacht. Der Wärmeverbrauch konnte seit 2019 in der Stadtverwaltung kaum gesenkt werden. Der Rückgang des Wärmeverbrauchs 2020 kann wahrscheinlich auf die Covidpandemie zurückgeführt werden. Der Rückgang ist aber 2021 gerade wieder kompensiert worden. Seit 2008 hat die Stadtverwaltung ihren Wärmeverbrauch um geschlagene 4 Prozent reduzieren können. 4 Prozent. Man fragt sich schon, wo der Wurm drin ist. Mir persönlich ist es nämlich ein grosses Rätsel, wie wir den Privaten weismachen sollten, dass sie endlich ihren Wärmeverbrauch senken sollten, wenn wir bei der Stadtverwaltung keine Vorbildfunktion einnehmen, obwohl diese mehr als nachdrücklich vom Stadtrat gefordert worden ist. Vielleicht ist auch hier noch ein Vorstoss nötig, um unsere Forderungen in Erinnerung zu rufen. Danke vielmals.

Präsident: Ich sehe keine weiteren Fraktionsvoten. Gibt es Einzelvoten? Das scheint nicht der Fall zu sein, Dann hat der Gemeinderat Reto Nause das Wort, wenn gewünscht.

Reto Nause, Direktor SUE: Der Gemeinderat empfiehlt Ihnen die Annahme dieser Motion als Richtlinie. Aber gewisse Voten, die jetzt da gekommen sind, muss ich schon ein bisschen in ein richtiges Licht stellen. Die Stadt tut ja nicht einfach nichts. Ich habe vorhin bei EWB gesagt, dass man investiert, dass man PS an den Boden bringt. Seit 2014 haben wir eine Energierichtplanung, die in Kraft ist, die jetzt schrittweise umgesetzt wird. Wir mussten aber auch warten, bis das kantonale Energiegesetz kam, und das kantonale neue Energiegesetz bringt jetzt auch die Möglichkeit, dass man Anschlusspflichten machen kann. Das Dekret gibt es aber erst seit Anfang dieses Jahres. Und eines muss ich auch noch sagen: Die Gebäudesanierung und die Gebäudesanierungsprogramme sind eigentlich in der Hoheit der Kantone. Wir hatten jetzt eine Volksabstimmung, wonach der Bund im Rahmen des Klimaschutzgesetzes auch noch einmal zusätzlich 200 Millionen Franken pro Jahr investiert und mit dem man die Gebäudesanierungen vorwärtstreiben will. Diese gesetzliche Grundlage, die hat es vorher auch noch nicht gegeben. Also ich erhoffe mir schon auch mit diesen Bundeslösungen und mit dieser Finanzspritze, die vom Bund kommt, dass der Sanierungsstau verstärkt abgebaut wird. Wenn ihr schaut: Es gibt seit dem 1. Januar dieses Jahres eine Meldepflicht, wenn ihr einen Heizungsersatz vornehmt. Seit dem Januar dieses Jahres hat es in der Stadt Bern 106 Liegenschaften gegeben, in denen ein Heizungsersatz gemacht wurde. Und alle haben einen erneuerbaren Heizungsersatz gemacht. Es gibt ein paar wenige, bei denen Gas im Sinn und Geist einer Spitzenlastabdeckung noch eine Rolle spielt. Aber 106 Heizungen sind durch erneuerbare Heizungen ersetzt worden. Also wir machen nicht nichts. Und die Instrumente, die vorhanden sind, fangen jetzt auch langsam an zu greifen. Wenn ihr nicht zufrieden seid, dass die Stadt in ihren eigenen Liegenschaften zu wenig schnell vorwärts macht, dann bin ich einfach der falsche Adressat.

Präsident: Danke vielmals Reto Nause. Wir sind in diesem Fall bereit für die Abstimmung. Wir stimmen über die Motion als Richtlinie ab.

Abstimmung

2019.SR.000177: als Richtlinie

Annahme

Ja	45
Nein	15
Enthalten	1

[Namensliste](#) 008

Präsident: Der Vorstoss ist als erheblich erklärt.

2019.SR.000206

10 Motion Fraktion SVP (Thomas Glauser/Alexander Feuz, SVP): Keine Zulassung von ausländischen Studienbewerberinnen und Studienbewerbern bei Terrorverdacht an der Universität Bern

Präsident: Traktandum 9 ist wie bereits erwähnt zurückgezogen worden. Wir kommen zum Traktandum Nummer 10. Das ist eine Motion der SVP-Fraktion. Der Gemeinderat hat die Ablehnung empfohlen. Es ist ergo bestritten und ich gebe das Wort Alex Feuz von der SVP-Fraktion.

Alexander Feuz (SVP) für die Einreichenden: Ich springe für Thomas Glauser ein. Er ist erkrankt. Wir haben vorhin mit ihm telefoniert, ob er es machen wolle. Er hat gesagt, es ist eine reduzierte Debatte, ich soll ihn vertreten. Sie haben die Forderungen der Motion gesehen. Wir sind der Meinung, man sollte daran festhalten, insbesondere auch an Punkt 3, wo es darum geht, dass man allenfalls eben hier die nötigen gesetzlichen Grundlagen machen oder sich eben bereit erklären würde, das zu machen. Für mich ist es nach wie vor wichtig. Schaut all die Vorfälle an, die wir haben. Ich bitte euch die Medienberichterstattung zu studieren. Ich bin wirklich der Meinung, das wäre etwas, woran wir arbeiten müssen. Es geht hier um unsere Sicherheit. Sie sehen die Probleme, die es überall gab – Afghanen, Syrier –, aber ich will jetzt da nicht irgendwie in die Details gehen. Aber Sie haben all die Problematik gesehen und wenn man dann überhaupt keine Kontrolle hat, wo diese Leute nachher sind, wenn sie eben unter falschen Identitäten oder unter einem Vorwand an der Universität studieren können, dann bin der Meinung, dass man etwas machen sollte. Ich weiss, wir haben mit dieser Motion einen schweren Stand. Ich würde allenfalls in Betracht ziehen, diesen Vorstoss in ein Postulat zu wandeln.

Präsident: Vielen Dank Alex. Wir wären bei den Fraktionsvoten. Dominic Nellen von der SP/JUSO-Fraktion wird sprechen.

Dominic Nellen (SP) für die Fraktion: Wir lehnen diesen Vorstoss, vor allem weil es kein Problem gibt in diesem Bereich. Wenn Alex sagt, «all die Vorfälle», können wir dem nicht ganz folgen. Es geht auch nicht um unsere Sicherheit. Uns ist nichts bekannt von der Universität, dass das irgendwie nicht richtig laufen würde. Die Stadt ist zudem auch nicht zuständig, wie es der Gemeinderat in der Antwort richtig ausführt. Plus: Es gibt eine gesetzliche Grundlage für die Bekämpfung extremistischer Personen und somit ist da auch kein Handlungsbedarf. Wir lehnen es ab.

Präsident: Danke vielmals Dominic. Ich sehe keine weiteren Fraktionsvoten. Gibt es Einzelvoten? Alexander Feuz für die SVP-Fraktion.

Alexander Feuz (SVP) für die Fraktion: Ich spreche für die Fraktion. Ich habe vorher als Motionär gesprochen. Keine Angst. Ich mache es auch hier relativ kurz. Ich will einfach festhalten, dass es darum geht, mögliche Risiken zu begrenzen. Wir haben bisher Glück gehabt. Es ist jetzt noch nichts passiert, aber wenn ihr über unsere Landesgrenze hinausschaut, seht ihr, was passiert ist. Ich gebe euch durchaus recht, dass gewisse Sachen rechtlich komplex sind. Wir haben uns entschlossen, den Vorstoss in ein Postulat zu wandeln und punktweise abzustimmen, um euch Gelegenheit zu geben, differenzierte Beurteilungen abzugeben. Aber denkt daran, es geht hier um Sicherheit. Ihr hättet hier mit dem Vorstoss die Gelegenheit, indem ihr zumindest gewissen Punkten als Postulat zustimmt, ein gewisses Zeichen zu setzen. Es ist mir klar: Ob das dann das Allerheilmittel ist, weiss ich nicht, aber wenn ihr dann plötzlich eben trotzdem einen Terroristen habt an der Universität Bern, der sich unter einer falschen Identität dort eingenistet hat, dann ist es dann euer Problem. Wir haben auf die Problematik hingewiesen.

Präsident: Danke vielmals Alex. Ich sehe keine weiteren Fraktions- oder Einzelvoten. Der Gemeinderat hat mir gesagt, dass er verzichtet. Dann wären wir auch hier bereit für die Abstimmung. Wir stimmen hier über den Vorstoss als Motion ab und über die Motion selbst als Richtlinie. Wir stimmen punktweise ab. Ich halte fest, wir stimmen ab als Postulat, das ist gewandelt worden, und punktweise Wir stimmen ab: Vorstoss Traktandum 10, Punkt 1 als Postulat.

Abstimmungen

2019.SR.000206: Punkt 1	
Ablehnung	
Ja	6
Nein	56
Enthalten	0
Namensliste 009	

Präsident: Wir kommen zum Punkt 2 als Postulat.

2019.SR.000206: Punkt 2	
Ablehnung	
Ja	6
Nein	56
Enthalten	0
Namensliste 010	

Präsident: Das ist abgelehnt. Wir kommen zum Punkt 3 als Postulat.

2019.SR.000206: Wandlung der Motion als Postulat, punktweise Abstimmung, Punkt 3 ist abgelehnt	
Ablehnung	
Ja	6

Nein	56	
Enthalten	0	Namensliste 011

Präsident: Wir kommen zum Traktandum 11.

2020.SR.000187

11 **Motion Fraktion FDP/JF (Bernhard Eicher/Barbara Freiburghaus; FDP) - übernommen durch Dolores Dana (FDP): Sanierungsoffensive der Berner Liegenschaften: Schaffung von Anreizen durch die Stadt Bern**

Präsident: Das ist eine Motion der FDP/JF. Der Vorstoss wird vom Gemeinderat ebenfalls bestritten beziehungsweise empfiehlt der Gemeinderat Ablehnung. Ich übergebe deshalb das Wort den Einreichenden der FDP. Das wäre Dolores Dana.

Dolores Dana (FDP) für die Einreichenden: Ich kann mich auch kurzhalten. Im Gegensatz zu Alex Feuz halte ich mich auch daran, dass ich mich kurzhalte. Also wir danken dem Gemeinderat für die Antwort. Die Reduktion des CO₂-Ausstosses ist nicht gratis zu haben. Und hätten wir eben eine bessere finanzielle Lage, dann könnten wir hier auch investieren und auch Anreize schaffen für Private. Aber eben, man muss sich auch selber bei der Nase nehmen, denn die Stadt steht mit dem Stromverbrauch nicht wunderbar da. Aber einmal mehr: Spare in der Zeit, dann hast du in der Not. Das können wir vergessen. Das ist ja bei uns nicht der Fall. Und eben: Nicht alle Liegenschaften in der Stadt sind vorbildlich unterwegs. Das wissen wir auch, aber wir sind der Ansicht, dass es auch keine One-Size-Fit-All-Lösung gibt. Man muss immer schauen: Was ist es für eine Liegenschaft? In welchem Zustand ist sie? Bei einer drängt sich die Renovation der Fenster auf. Bei einer anderen muss man das Dach reparieren und so weiter und so fort. Und es wäre natürlich schon eine grosse Hilfe, wenn man hier ein bisschen eine Anstossfinanzierung hätte oder wenigstens eine Unterstützung. Wir sind bereit, die Motion in ein Postulat zu wandeln, und sind auch mit dem Prüfbericht einverstanden. Danke.

Präsident: Danke vielmals Dolores. Wir kommen zu den Fraktionsvoten. Da käme für GB/JA! Katharina Gallizzi.

Katharina Gallizzi (GB) für die Fraktion: Wir sind mit den Einreichenden einverstanden: Es muss etwas gehen punkto Gebäudesanierungen, damit wir die Klimaziele erreichen können. Es reicht nicht, die Energieversorgung auf fossilfreie Energieträger umzustellen. Wir müssen in erster Linie Energie sparen. Und im Gebäudebereich bedeutet das vor allem Sanieren und Dämmen, um die benötigte Heizenergie massiv zu reduzieren. Dieser Vorstoss hat bei uns trotzdem einiges zu diskutieren gegeben, was unter anderem daran liegt, dass wir nicht ganz sicher waren, was er eigentlich fordert. Geht es darum, dass man einen Geldtopf für energetische Sanierungen einrichten will oder um Beratung und Informationskampagnen? Grundsätzlich sind wir der Meinung, dass alle möglichen Hebel in Bewegung gesetzt werden müssen, damit möglichst viele Häuser in der Stadt saniert werden. Es braucht verschiedene Ansätze, um verschiedene Eigentümerschaften abzuholen. Wenn das, wie der Vorstoss fordert, über die Kommunikation mit Branchenverbänden erreicht werden kann, sollte man sich diesem Weg auch nicht verschliessen. Aus unserer Sicht ist es nicht sinnvoll, einfach nur einen

zusätzlichen Fördertopf ins Leben zu rufen. Davon gibt es auf kantonaler und nationaler Ebene schon viele. Wie der Vorstoss fordert, müsste ein solches Programm subsidiär sein. Zudem müsste das Geld an zusätzliche Forderungen gekoppelt werden, wie beispielsweise, dass nach einer Sanierung die Mieten nicht steigen dürfen oder zumindest nicht überproportional. Das würde verhindern, dass Gebäudebesitzende Förderbeträge dazu missbrauchen können, ihre Rendite auf Kosten der Mietenden zu maximieren. Wichtig scheint uns zudem, dass bei der Umsetzung eines solchen Gebäudeprogramms auch die Kapazitäten in der Verwaltung geschaffen werden müssen. Momentan fehlen im Amt für Umwelt zum Beispiel Ressourcen, damit man mit den Hauseigentümer*innen einen guten Dialog führen kann. Das heisst, wenn man jetzt ein neues Programm – ich sehe, die FDP schaut mich ganz kritisch an – aber, wenn man ein neues Programm machen will, dann müsste es aus unserer Sicht auch genug Ressourcen haben in der Verwaltung, damit man das auch umsetzen kann. Unter diesen Voraussetzungen und auch weil wir finden, es braucht eine Diversifizierung der Strategie, wären wir bereit gewesen, das sogar als Motion anzunehmen. Als Postulat nehmen wir es sowieso an.

Präsident: Danke Katharina. Ich sehe keine weiteren Fraktionsvoten. Gibt es Einzelvoten? Das scheint auch nicht der Fall zu sein. Der Gemeinderat hat auch gesagt, dass er darauf verzichten wird. So wären wir auch bei diesem Vorstoss bereit für die Abstimmung. Die Motion wurde gewandelt. Wir stimmen über das Postulat ab.

Abstimmungen

2020.SR.000187: als Postulat	
Annahme	
Ja	45
Nein	17
Enthalten	1
	Namensliste 012

Präsident: Das Postulat ist angenommen worden. Wir stimmen dementsprechend über den entsprechenden Prüfungsbericht ab.

2020.SR.000187: Prüfungsbericht ist genehmigt	
Annahme	
Ja	62
Nein	0
Enthalten	0
	Namensliste 013

Präsident: Einstimmig angenommen worden. Traktandum Nummer 12 ist zurückgezogen worden.

2021.SR.000182

13 Postulat Simone Machado (GaP), Zora Schneider (PdA), Jemima Fischer (AL): Wird Gesichtserkennungssoftware auch in der Stadt Bern eingesetzt?

Präsident: Wir kommen zum Traktandum Nummer 13, das Postulat von Simone Machado. Ist das Postulat bestritten? Es ist bestritten, dann geht das Wort an die Einreichenden, Simone Machado.

Simone Machado (GaP) für die Einreichenden: Die Probleme der Gesichtserkennungssoftware sind im Postulat erwähnt. Es geht um eine Kombination von Videoüberwachung und Gesichtserkennung. Wenn man diese breit einsetzt, ist das eine Massenüberwachung. Die ganze Bevölkerung gerät ins Visier. Das ist selbstredend ein Verstoß gegen die Privatsphäre der betroffenen Menschen und eine Einschränkung der Ausübung der Meinungsfreiheit und der Versammlungsfreiheit. Zum Punkt 1 der Antwort des Gemeinderats: Danke für die Abklärungen bei der Kantonspolizei. Die Antwort ist positiv. Warten wir weitere Entwicklungen ab. Die Frage, ob auch Private Gesichtserkennungssoftware einsetzen, insbesondere auf öffentlichem Grund oder in öffentlich zugänglichen Einrichtungen, hat der Gemeinderat aber nicht geprüft. Das neue Datenschutzgesetz stuft im Übrigen biometrische Daten, also Gesichtserkennungssoftware-Ergebnisse, als besonders schützenswert ein, wenn eine Person identifizierbar ist. Deshalb ist die Erfassung nur mit der Einwilligung der betroffenen Person zulässig. Der Gemeinderat muss also prüfen, ob die Gesichtserkennungssoftware auf bernischem Boden eingesetzt wird, zum Beispiel durch die Kontrollen von Kameras und technischen Ausrüstungen. Das ist machbar durch Befragung und Kontrollen in Restaurants und Diskotheken. Zum Punkt 2: Danke auch hier für die Abklärung. Das nehmen wir zur Kenntnis. Zum Punkt 3: Es fehlt offenbar der politische Wille in der Stadt Bern, Gesichtserkennungssoftware entschieden zu bekämpfen und dafür eine Safe Zone zu schaffen. Rechtlich wäre das möglich, weil es weder ein umfassendes Verbot noch eine umfassende Erlaubnis für die Gesichtserkennungssoftware gibt. Deshalb können wir hier legislieren und sollten unbedingt ein Reglement schaffen. Zum Punkt 4: Die Dringlichkeit, die Gesichtserkennung aktiv zu bekämpfen, habe ich dargelegt. Im Rahmen des Leistungsvertrags mit der Kantonspolizei kann diese auch dazu angehalten werden, die Kameras auf öffentlichem Grund oder in öffentlich zugänglichen Einrichtungen zu kontrollieren. Deshalb beantrage ich dem Stadtrat die Erheblichkeitsklärung des Postulats und die Ablehnung des Berichts des Gemeinderates. Bei diesem Prüfungsbericht gibt es noch Luft nach oben.

Präsident: Merci vielmals Simone. Raffael Joggi für die AL/PdA.

Raffael Joggi (AL) für die Fraktion: Wir folgen der Vorrednerin. Wir werden das Postulat gerne erheblich erklären und den Bericht ablehnen. Der Bericht ist interessant, aber er geht aus unserer Sicht zu wenig weit respektive lässt die rechtlichen Möglichkeiten, die sich in diesem Thema ergeben könnten, einem Thema, in dem man zugeben jetzt rechtlich noch nicht so sattelfest ist – ausser Acht. In der Lehre ist man auch noch uneins, wie man mit Gesichtserkennungssoftware umgehen soll. Aber das EU-Parlament macht vorwärts. Es hat jetzt eine recht strenge Verordnung erlassen, die eigentlich die Gesichtserkennung als solches verboten oder als gefährliche Technolo-

gie eingestuft hat. Das bedeutet, dass es eigentlich nur unter strengsten Auflagen überhaupt möglich ist, im öffentlichen Raum, ob durch Behörden, Private oder wen auch immer Gesichtserkennungssoftware anzuwenden. Also die EU geht dort einen grossen Schritt voraus. Das revidierte Datenschutzgesetz, das haben wir gehört, enthält eigentlich auch eine Verschärfung, indem es heisst, es seien besonders schützenswerte Personendaten. Andere Städte wie St. Gallen, Lausanne, Zürich und auch die Zivilgesellschaft machen vorwärts. Da sind Vorstösse verabschiedet worden in diesen Städten, die jetzt eigentlich angehen wollen, es einfach sicher einmal für die Behörden auf kommunaler Ebene zu verbieten. Wir sollten eigentlich dort nicht abseitsstehen. In diesem Sinn finden wir, dass der Bericht des Gemeinderates sicher Möglichkeiten prüfen sollte, um das Videoreglement zu überarbeiten. Schliesslich haben wir ein Videoreglement. Wir würden sonst andernfalls auch noch planen, zu diesem Thema eine parlamentarische Initiative zu machen, weil wir denken: Wenn man so etwas hat, könnte man es eigentlich auch nützen, um ein generelles Verbot für städtische Überwachungskameras zu bewirken. Eine weitere Möglichkeit wäre, dass man rechtlich prüfen würde, ob Videokameras von Privaten im öffentlichen Raum nicht einen gesteigerten Gemeingebrauch darstellen würden. Und man könnte hier eigentlich über das entsprechende Reglement auch das offensichtliche Filmen mit Gesichtserkennungssoftware bewilligungspflichtig machen, so dass der Gemeinderat dann durchaus eine Handhabe hätte, dem auch nachzugehen. Ich glaube, das wäre alles. Vielen Dank.

Präsident: Merci vielmals Raffael. Er hat nur 2 Minuten gebraucht, die Lea sagt, sie braucht 30 Sekunden. Lea Bill für GB/JA!

Lea Bill (GB) für die Fraktion: Ich kann mich wirklich meinen beiden Vorredner*innen anschliessen. Wir werden ebenfalls dem Postulat zustimmen und den Prüfungsbericht ablehnen. Wir finden die Antwort des Gemeinderates gerade sehr unmotiviert, dafür, dass es ein brandaktuelles Thema ist. Wir verstehen auch nicht ganz, wieso er bei der Beantwortung nur die Kantonspolizei gefragt hat und nicht zum Beispiel die Datenschutz- und die Ombudsstelle. Die befassen sich seit längerem mit solchen Fragestellungen. Deshalb reicht uns die Prüfung so nicht und wir bitten Sie, den Prüfungsbericht ebenfalls abzulehnen, damit wir hier noch einmal eine neue Antwort erhalten können.

Präsident: Danke vielmals. Wir unterbrechen die Debatte und treffen uns wie immer rechtzeitig wieder. Ich wünsche allen einen guten Appetit.

Die Sitzung wird um 19.00 Uhr unterbrochen.

Namens des Stadtrats

Der Präsident

X

Michael Hoekstra

für das Protokoll

X

Anita Flessenkämper
Redaktion der Traktanden 1 bis 4:
Clara Rüsi

Anwesenheit in der Sitzung von 20.30 bis 22.30 Uhr

Stadtrat anwesend

Präsident Michael Hoekstra

Valentina Achermann	Lukas Gutzwiller	Dominic Nellen
Timur Akçasayar	Bernadette Häfliger	Barbara Nyffeler
Lena Allenspach	Erich Hess	Halua Pinto de Magalhães
Ruth Altmann	Thomas Hofstetter	Simone Richner
Ursina Anderegg	Matthias Humbel	Mirjam Roder
Mirjam Arn	Seraphine Iseli	Sarah Rubin
Tom Berger	Ueli Jaisli	Kurt Rügsegger
Lea Bill	Bettina Jans-Troxler	Vanessa Salamanca
Laura Binz	Anna Jegher	Judith Schenk
Gabriela Blatter	Raffael Joggi	Florence Schmid
David Böhner	Nora Joos	Nicole Silvestri
Michael Burkard	Barbara Keller	Chandru Somasundaram
Eva Chen	Ingrid Kissling-Näf	Ursula Stöckli
Dolores Dana	Fuat Köçer	Irina Straubhaar
Milena Daphinoff	Anna Leissing	Therese Streit-Ramseier
Sibyl Eigenmann	Corina Liebi	Bettina Stüssi
Vivianne Esseiva	Maurice Lindgren	Michael Sutter
Alexander Feuz	Simone Machado	Johannes Wartenweiler
Jelena Filipovic	Salome Mathys	Lukas Wegmüller
Sofia Fisch	Matteo Micieli	Janosch Weyermann
Katharina Gallizzi	Tanja Miljanovic	Marcel Wüthrich
Lionel Gaudy	Niklaus Mürner	Paula Zysset
Claude Grosjean		

Stadtrat entschuldigt

Yasmin Amana Abdullahi	Franziska Geiser	Claudio Righetti
Janina Aeberhard	Thomas Glauser	Michael Ruefer
Diego Bigger	Nora Krummen	Mahir Sancar
Francesca Chukwunyere	Szabolcs Mihalyi	Sara Schmid

Gemeinderat anwesend

Alec von Graffenried PRD	Reto Nause SUE	Marieke Kruit TVS
--------------------------	----------------	-------------------

Stadtkanzlei anwesend

Nora Lischetti, Vizestadtschreiberin

Ratssekretariat anwesend

Nadja Bischoff, Ratssekretärin	Mago Flück, Ratsweibel	Cornelia Stücker, Sekretariat
--------------------------------	------------------------	-------------------------------

2021.SR.000182

13 Fortsetzung: Postulat Simone Machado (GaP), Zora Schneider (PdA), Jemima Fischer (AL): Wird Gesichtserkennungssoftware auch in der Stadt Bern eingesetzt?

Präsident: Willkommen retour zur zweiten Sitzung. Wir würden wieder anfangen. Ich bitte um ein bisschen mehr Ruhe. Dann könnten wir wieder in die Diskussion zum Traktandum 13 einsteigen: Wir hatten die Fraktionsvoten. Ich frage darum noch einmal, bevor wir zu den Einzelvoten gehen: Gibt es weitere Fraktionsvoten zum Traktandum 13? Das scheint nicht der Fall zu sein. Gibt es Einzelvoten? Das scheint auch nicht der Fall zu sein. Dann hätte Gemeinderat Reto Nause das Wort.

Reto Nause, Direktor SUE: Im Sinne der Ratseffizienz bitte ich euch, den Prüfungsbericht als Prüfungsbericht auch zu akzeptieren. Ich habe absolut Verständnis dafür, wenn man sagen will, die Gesichtserkennungssoftware und den Einsatz dieser Gesichtserkennungssoftware müsse man reglementarisch regulieren, aber dann, meine Lieben, macht doch bitte eine Motion mit konkreten Motionsforderungen darin, damit der Gemeinderat nachher weiss, was er umsetzen soll, was er gesetzlich reglementarisch verankern soll etc. Wenn ihr jetzt einfach den Prüfungsbericht ablehnt, kommt ihr diesem Anliegen keinen Millimeter weit entgegen. Dann wird es einfach einen neuen Bericht geben, dann werdet ihr unsere Verwaltung, die ohnehin schon stark belastet ist, einfach wieder mit neuen Berichten belasten. Also, das bringt gar nichts. Macht eine Motion und sagt, was ihr genau wollt, aber nehmt den Prüfungsbericht an.

Präsident: Vielen Dank, Reto Nause. Wir sind in diesem Fall beschlussfähig. Wir stimmen ab über das Postulat unter Traktandum 13.

Abstimmungen

2021.SR.000182		
Annahme		
Ja	44	
Nein	11	
Enthalten	0	Namensliste 014

Präsident: Der Prüfungsbericht ist angenommen worden. Sorry, das Postulat. Wir stimmen jetzt über den entsprechenden Prüfungsbericht ab.

2021.SR.000182: Prüfungsbericht		
Annahme		
Ja	37	
Nein	15	
Enthalten	2	Namensliste 015

Präsident: Der Prüfungsbericht ist angenommen worden. Wir kommen in der reduzierten Debatte zum Traktandum 14.

2021.SR.000195

14 Motion Alexander Feuz (SVP) und Simone Machado (GaP): Veranstaltungen in Bern: die Quartiere dürfen nicht total abgeriegelt werden!

Präsident: Das ist eine Motion von Alexander Feuz und Simone Machado. Sie ist bestritten. Ich gebe das Wort Alexander Feuz.

Alexander Feuz (SVP) für die Einreichenden: Das ist ein Vorstoss von Simone Machado und mir: «Veranstaltungen in Bern – die Quartiere dürfen nicht abgeriegelt werden» – Sie sehen also von ganz rechts bis ganz links, von der freien Linken und der SVP. Wir sind der Meinung, das sei effektiv ein Problem. Es ist schön, Veranstaltungen zu haben, aber man muss daran denken, es gibt immer auch die Quartierbevölkerung. Ich habe es x-Mal erlebt: Da seid ihr im Bus. Man hat mir zuerst sogar gesagt, der Bus halte an der Aegertenstrasse. Ich habe mich darauf verlassen. Was ist passiert? Er ist an der Aegertenstrasse vorbeigefahren, die Thunstrasse hinauf bis zum Thunplatz. Dann musste ich etwas über 2 Kilometer wieder zurückgehen. Und wenn dann einfach Bernmobil diese Sache nicht im Griff hat – 5 Minuten später wäre der Bus wiederum direkt gefahren –, dann sind das wahnsinnige Belastungen für das Quartier. Wenn Sie nur allein sind, wie ich damals mit der Zeitung und irgendwie einer kleinen Einkaufstasche, ist das etwas anderes, als wenn Sie vielleicht von einem Ausflug nach Haus kommen mit einem Kind, das quengelt, oder von den Ferien mit Koffern, mit denen Sie nachher runterlaufen müssen. Dann haben Sie gewaltige Probleme. Für mich ist ganz klar, Veranstaltungen sind etwas Schönes, und die, die mich kennen, wissen, dass ich durchaus ein festfreudiger Mensch bin und Freude an solchen Sachen habe. Aber es gibt immer 2 Seiten. Man muss immer ein bisschen abwägen und das sind ja genau die Forderungen, die wir gestellt haben. Und es ist für mich wichtig, eine Auflage zu machen, dass ganze Quartiere möglichst nicht während Stunden abgeriegelt werden. Sie sehen: möglichst nicht während Stunden. Es ist also nicht eine Maximalforderung, sondern etwas, das dann vielleicht auch die Linken mal betreffen könnte und die Grünen und die Leute der Mitte, wenn man dann während Stunden nicht nach Hause kommen kann. Man war vielleicht in den Ferien oder hat einen Ausflug an den Vierwaldstättersee gemacht, und möchte gerne nachhause. Und dann heisst es: Ja, ihr könnt erst in 2 oder 3 Stunden zum Haus. Zur zweiten Forderung: Man soll bei sämtlichen Veranstaltungen die Auflage machen, dass möglichst viele Haltestellen weiterhin bedient und angefahren werden. Mir ist klar: Man kann nicht alle Haltestellen haben, da muss man im Sinne der Veranstaltung handeln. Ich gebe ihnen sogar recht: Ein paar können vielleicht nicht angefahren werden. Aber es kann nicht sein, dass man ganze Quartierteile abschneidet, so dass Sie dann irgendwie mit den Koffern, den schweren Einkaufssäcken oder was auch immer, gar nicht mehr nach Hause kommen können. Denken Sie daran. Ich bin jetzt ein Vater. Das war früher anders. Wenn Sie ein kleines Kind haben und noch Einkäufe oder was auch immer und dann können Sie während anderthalb oder 2 Stunden nicht nachhause, dann ist das eine relativ grosse Belastung. Das betrifft nicht nur den rechten Mann, das betrifft auch die linke Frau. Die nächste Ziffer. Der Gemeinderat habe im Hinblick auf die Grossveranstaltungen dahingehend einzuwirken –

Präsident: Alex, bitte zum Schluss kommen.

Alexander Feuz (SVP) für die Einreichenden und die Fraktion: Ich würde das Fraktionsvotum gerade anhängen. Der Gemeinderat soll darauf einwirken, dass Streckenverläufe so gewählt werden, dass die Auswirkungen für die Quartiere möglichst gering ausfallen; auch da wiederum keine Maximalforderung. Dass es Einschränkungen gibt, ist den Motionären völlig klar. Aber ich sage: möglichst geringe. Das ist nicht eine Maximalforderung. Es geht einfach darum, dass wir hier eine gewisse Flexibilität haben für den Veranstalter. Aber die Leute in den Quartieren sollen nicht einfach ausgesperrt werden von Tisch, Bett und Garten. Ziffer 4: Der Gemeinderat habe bei Bernmobil daraufhin zu wirken, dass nach Schluss der Veranstaltungen die Beschränkungen möglichst rasch aufgehoben werden und der normale Betrieb eingeleitet wird. Ich kann Ihnen wieder Beispiele sagen. Ich bringe Ihnen immer gerne praktische Beispiele. Ich selbst war kein guter Sportler, das wissen Sie. Ich habe durchaus jeweils Mitleid mit denen, die vom Besenwagen nachher irgendwo eingeholt werden. Aber ich muss wiederum auch mal sagen: Es soll mit Augenmass sein. Wenn Sie dann nur noch 2 Leute habt, die sich irgendwie kurz vor dem Besenwagen in das Ziel quälen, könnte man dann vielleicht auch schauen, dass nicht die ganze Jubiläumsstrasse während einer halben Stunde gesperrt wird und niemanden mehr nachhause kann. Darum geht es mir, nicht dass man das dann macht wie bei der Tour de France. Da hatten sie ja teilweise auch Sachen. Oder an der Tour de Suisse. Schon 2 Stunden vorher werden die Strassen gesperrt und wenn sie schon lange durchgefahren sind, – das habe ich mal in Frankreich, aber auch in der Schweiz erlebt ... Die Fahrer waren schon längstens in Salon-de-Provence und in Arles und trotzdem konnte man noch nicht Auto fahren. Da muss man einfach sagen: Wenn Sie es so übertreiben, dann kommt nachher Unmut auf. Ziffer 5: Bei Bernmobil soll darauf eingewirkt werden, dass bei Veranstaltungen die betroffenen Passagiere zeitgerecht – Sie sehen: Wir sind hier modern – via App, Twitter und andere Kommunikationskanäle, aber auch mit zusätzlichem Personal über die Ausfälle, Umleitungen und die Wiederaufnahmen des Betriebs orientiert werden. Das ist mir schon passiert. Ich war in der Stadt. Der Buschauffeur hat gesagt: Ja, wir halten dort. Aber sie haben nachher nicht dort gehalten. Hätte ich auf einer App gesehen, dass der Kurs in einer Viertelstunde wieder aufgeht, dann wäre ich wahrscheinlich mit der Tochter einen Glacé schlecken gegangen und hätte das noch lustig gefunden. Aber wenn man Sie einfach falsch informiert oder nicht informiert, dann haben Sie ein Problem. Genau darum geht es mir, genau das sind unsere Forderungen. Sie sehen, wie der Gemeinderat sagt, es sei eigentlich mehr oder weniger alles gut, und man solle den Prüfungsbericht annehmen. Ich sage Ihnen klar, ich bin nicht zufrieden. Ich möchte wirklich die Motion so durchbringen, wie ich gesagt habe. Ich sage es noch einmal: Es ist nicht ein linkes oder ein rechtes Anliegen. Es ist einfach ein pragmatisches Anliegen, dass die Leute in den Quartieren nicht immer zurückstehen wollen, dass man auch auf sie ein bisschen mehr Rücksicht nimmt. Deshalb werde ich im Gegensatz zu anderen Vorstössen nicht wandeln, sondern die Motion aufrechterhalten. Und da es ganz verschiedene Punkte sind, bestehe ich auf einer punktweisen Abstimmung.

Präsident: Das war eine Punktlandung, danke vielmals, Alex. Wir wären in dem Fall jetzt offen für die Fraktionsvoten. Ich sehe keine. Einzelvoten? Ich sehe auch keine. Dann hat Gemeinderat Reto Nause das Wort.

Reto Nause, Direktor SUE: Ich bitte Sie, diesen Vorstoss abzulehnen. Der Vorstoss bezieht sich auf den Grandprix von Bern 2021. Das war der Corona-Grandprix, den man über 2 Tage durchgeführt hat, damit man die Läuferinnen und Läufer quasi in Paketen

über die Strecke lassen konnte. Das war eine aussergewöhnliche Geschichte. Wir haben mit Corona auch eine aussergewöhnliche Situation gehabt, aber das ist nicht courant normal. Wenn Sie diesen Vorstoss so, wie er hier vorliegt, annehmen, dann ist es einfach ein Anti-Grandprix-Vorstoss. Es ist ein Anti-Frauenlauf-Vorstoss und es ist irgendwo auch ein Anti-Tour de Suisse- oder -Velorennen-Vorstoss. Wir müssen alles machen, damit wir die Sicherheit gewährleisten können und das bedingt halt zum Teil einfach auch Absperrungen der Strecke. Und die können wir auch nicht irgendwie einfach 5 Minuten später aufheben – einfach zu Gunsten und zum Schutz der Teilnehmenden. Wir bemühen uns allerdings zusammen mit Bernmobil, dass die Einschränkungen so minimal wie nur möglich gehalten werden. Vielleicht gelingt das nicht immer und vielleicht ist es tatsächlich im Coronajahr 2021 nicht gelungen.

Präsident: Danke vielmals, Reto. Wir wären in dem Fall auch hier beschlussfähig. Wir stimmen ab über Traktandum Nummer 14.

Abstimmungen

2021.SR.000195: ungültig	
Ablehnung	
Ja	1
Nein	53
Enthalten	0
Namensliste 016	

Präsident: Also. Punktweise abstimmen. Wir stimmen in dem Fall ab über Punkt Nummer 1.

2021.SR.000195: Punkt 1	
Ablehnung	
Ja	3
Nein	58
Enthalten	0
Namensliste 017	

Präsident: Der ist abgelehnt worden. Wir stimmen ab über Punkt 2.

2021.SR.000195: Punkt 2	
Ablehnung	
Ja	3
Nein	59
Enthalten	0
Namensliste 018	

Präsident: Der ist abgelehnt worden. Wir kommen zum Punkt 3.

2021.SR.000195: Punkt 3	
Ablehnung	
Ja	4

Nein	58	
Enthalten	0	Namensliste 019

Präsident: Der ist abgelehnt. Wir kommen zum Punkt 4.

2021.SR.000195: Punkt 4		
Ablehnung		
Ja	4	
Nein	58	
Enthalten	0	Namensliste 020

Präsident: Wir kommen zum Punkt 5.

2021.SR.000195: Punkt 5		
Ablehnung		
Ja	3	
Nein	59	
Enthalten	0	Namensliste 021

Präsident: Der ist abgelehnt. Wir kommen zum Traktandum 16. Das ist eine Motion der AL/PdA – aber es ist Traktandum 15, nicht 16.

2022.SR.000054

15 **Motion Fraktion AL/PdA (Matteo Micieli, PdA/Jemima Fischer, AL/Simone Machado, GaP): Bäume für Abwesenheit – Wer an den Sitzungen der Energie- und Klimakommission fehlt, pflanzt einen Baum**

Präsident: Der Gemeinderat empfiehlt die Ablehnung. Daher ist die Motion bestritten. Ich gebe das Wort Matteo Micieli.

Matteo Micieli (PdA) für die Einreichenden: Ich kann mich, glaube ich, kurzhalten, weil erstens das Geschäft wohl praktisch unbestritten ist und, weil zweitens auch schon 2 Fraktionen ihr Votum zu diesem Vorstoss gehalten haben. Und ich will nur schnell sagen oder möchte gesagt haben, dass ich es komisch finde, dass die SVP den Vorstoss ablehnen will, denn ihr Grossrat und Landwirt Markus Aebi setzt sich für mehr Biodiversität ein und fordert in diesem Zusammenhang, dass die Städter*nnen auch mehr für die Biodiversität machen, und das wäre jetzt ihre Chance.

Präsident: 39 Sekunden. Ich glaube, das ist neuer Rekord. Merci vielmal. Wir sind in dem Fall schon bei den Fraktionsvoten. Alexander Feuz für die SVP-Fraktion.

Präsident: Er verzichtet. Merci vielmals. Ich sehe keine weiteren Fraktionsvoten. Gibt es Einzelvoten? Das scheint auch nicht der Fall zu sein. Der Gemeinderat verzichtet ebenfalls. Dann wären wir hier bereits beschlussfähig.

Abstimmung

2022.SR.000054

Ablehnung

Ja	7
Nein	51
Enthalten	1

[Namensliste](#) 022

Präsident: Sie ist abgelehnt worden. Wir sind beim Traktandum 16. Das ist ein Postulat der SVP-Fraktion.

2019.SR.000261

16 Postulat Fraktion SVP (Alexander Feuz/Thomas Glauser, SVP): Wie nachhaltig ist die Zusammenarbeit Berns mit anderen Städten?

Präsident: Der Vorstoss ist vom Gemeinderat bestritten. Deshalb übergebe ich hier das Wort den Einreichenden. Das wäre für Alexander Feuz die SVP.

Alexander Feuz (SVP) für die Einreichenden: Ich bedaure, dass der Gemeinderat Punkt 1 ablehnen will. Punkt 2 bis 5 will er erheblich erklären. Uns hätte es wundergenommen, was es gebracht hätte. Aber ich wäre froh, wenn man die anderen Punkte – 2 bis 5 – erheblich erklären würde. Ich frage Sie: Kann ich alles miteinander machen oder wollen Sie punktweise abstimmen? Oder könnte ich die Punkte 2 bis 5 zusammennehmen und die Ziffer 1 separat? Wäre das möglich? Das als Frage an das Ratssekretariat.

Präsident: Vielen Dank. Dann stehen wir bereits bei den Fraktionsvoten. Ingrid Kissling-Näf für die SP/JUSO-Fraktion.

Ingrid Kissling-Näf (SP) für die Fraktion: Wie nachhaltig soll die Zusammenarbeit zwischen Städten sein? Das ist der Name dieses Postulats. Es ist sicher unbestritten, dass Städte voneinander lernen können, sollen und wollen. Das ist eigentlich ganz klar. Der Austausch läuft oft über «Copy-Paste» besserer Praktiken und das ist auch eine sinnvolle Sache. Und das Ganze nennt man ja Modell-Lernen über verschiedene Praktiken wie Städtepartnerschaften, Netzwerke, Plattformen, Erfahrungsaustausch und Lernreisen. Inhaltlich passiert das in ganz vielen Bereichen wie Städteplanung, Nachhaltigkeit, Kultur, Tourismus, wirtschaftliche Entwicklung, soziale Innovation und so weiter. Der Gemeinderat ist bereit, über sein Kontaktnetz, die Kosten wie auch die Nachhaltigkeit seiner Kontakte mit anderen Städten zu informieren. In dem Sinne sollen Punkt 2 bis 5 erheblich erklärt werden. Und wir sind seitens der Fraktion SP/JUSO wirklich auch der Ansicht, dass es keinen Sinn macht für die letzten 15 Jahre aufzuarbeiten, was die Kontakte gebracht haben. Es ist aber sicher sinnvoll zu wissen, wo Kontakte bestehen und wo man sie auch speziell pflegt. In dem Sinne schliessen wir uns dem Gemeinderat an und möchten die Punkte 2 bis 5 annehmen.

Präsident: Ich sehe keine weiteren Fraktionsvoten. Gibt es Einzelvoten? Das scheint nicht der Fall zu sein. Der Stadtpräsident Alec von Graffenried verzichtet. Dann wären wir auch hier beschlussfähig. Wir stimmen separat ab über Punkt 1.

Abstimmungen

2019.SR.000261: Punkt 1		
Ablehnung		
Ja	13	
Nein	49	
Enthalten	0	Namensliste 023

Präsident: Abgelehnt. Wir stimmen über die Punkte 2 bis 5 gemeinsam ab.

2019.SR.000261: Punkte 2 bis 5		
Annahme		
Ja	52	
Nein	11	
Enthalten	0	Namensliste 024

Präsident: Die Punkte Nummer 2 bis 5 sind angenommen worden.

2020.SR.000065

17 Motion Fraktion SVP (Alexander Feuz/Niklaus Mürner/Thomas Glauser, SVP): Sicherheitsvereinbarung: Einführung einer Kennzeichnungspflicht für die Security und das Wellness-Team der Reithalle!

Präsident: Wir kommen zum Traktandum 17. Das ist eine Motion der Fraktion SVP. Sie ist bestritten, weil der Gemeinderat die Ablehnung empfiehlt. Ich gebe das Wort den Einreichenden.

Alexander Feuz (SVP) für die Einreichenden: Ich komme zur Motion betreffend Einführung einer Kennzeichnungspflicht für die Security und das Wellness-Team der Reithalle. Sie haben gesehen, dass ich bereits im Vorstoss gesagt habe, dass ich eine punktweise Abstimmung will. Es ist ein alter Vorstoss von 2020, aber ich wollte bewusst eine Debatte auslösen. Wir möchten den Vorstoss hier als Motion haben, wir wandeln nicht. Es geht uns darum, dass wir hier diese Punkte durchsetzen. Und zwar ist für mich wichtig – Sie haben all die Vorfälle gesehen, bei denen man nicht weiss, sind es nun Securitys, sind es Besucher. In diesem Punkt sind wir hart. Wir sind der Meinung, dass wir eine Kennzeichnungspflicht brauchen. Das kann nicht sein. Ich war ja auch mal dort. Ich habe Hausverbot, auch Thomas Glauser, die aktiven Politiker. Da sind Securitys gekommen. Ich weiss auch heute noch nicht, ob es Securitys waren oder Besucher. Das ist doch eine absolute Selbstverständlichkeit. Bei den Polizisten verlangen Sie Uniform. Sie verlangen, dass sie gekennzeichnet sind, dass Sie genau wissen, mit wem Sie es zu tun haben. Und bei der Reithalle ist es einfach ein Wildwuchs. Hier spielt das keine Rolle. Darum sind wir in Ziffer 1 dafür, dass man hier eine klare Kennzeichnungspflicht vorsieht. Ich kenne ein bisschen die Problematik Stadt-Kanton-Statthalter oder was auch immer. Wir haben eben auch gesagt, dass man sich beim Regierungstatthalter dafür einsetzen soll, dass im Rahmen des Sicherheitskonzepts eine Bestimmung aufgenommen wird, die vorsieht, dass Mitarbeiter des Wellness-Teams der Reithalle

äusserlich klar gekennzeichnet werden müssen. Ebenfalls fordern wir mit Punkt 3, dass man das Dialogteam, das es auch gibt, klar erkennbar macht, damit man weiss: Ist das jetzt ein Besucher oder ist das irgendein Vermittler oder was auch immer. Das sind für mich Selbstverständlichkeiten. Bei der Polizei tragen die einen rote Leuchtwesten und die von der Seelsorge sind zu Recht anders gekennzeichnet, damit man genau weiss, wer wer ist. Das sind für mich Selbstverständlichkeiten und ich bitte hier alle, sich für das einzusetzen. So etwas dient dem Rechtssuchenden, dem Betroffenen. Es dient den Besuchern. Es ist ganz entscheidend, dass wir hier die Kennzeichnungspflicht drin haben, und wir gehen eben auch davon aus, dass man klare Sanktionsmöglichkeiten ergreift, wenn man sich da nicht daranhält. Gastrobetriebe, die das Rauchverbot nicht einhalten oder Hygienevorschriften, werden verwarnt. Nachher gibt es eine Busse und dann eine befristete Schliessung und eine definitive Schliessung. Ich bin wirklich der Meinung, dass man hier konsequent sein muss. Es kann nicht sein, dass man den einen Vorschriften macht. Wenn sie nicht nachweisen können, wann der Pfeffer in die Pfeffermühle eingefüllt wurde, haben sie ein Problem. Ich bin der Meinung, dass es hier um die Sicherheit geht. Es geht um die Sicherheit Ihrer Kinder. Es geht um die Sicherheit der Besucher der Stadt Bern, dass sie klar wissen, an wen sie sich wenden können, wenn sie in der Reithalle sind und ein Problem haben. Ich weiss nicht, wie der Reithalle-Badge aussieht. Der kann dann vielleicht auch irgendwie ein alternatives A auf schwarzem Grund sein. Wenn das Zeichen des Security -

Präsident: Alexander, schnell eine Frage: Machst du die Fraktionserklärung auch gerade?

Alexander Feuz (SVP) für die Einreichenden und die Fraktion: Ich hänge das Fraktionsvotum an. Ich mache es ganz kurz. Das waren meine Positionen, damit Sie klar sehen, worum es uns geht. Es geht hier um die Sicherheit, um eine Kennzeichnungspflicht. Und wenn Sie das eben nicht machen, dann haben Sie ein Chaos. Dann können eben genau die Rechtsbrecher von dieser Situation profitieren. Oder, was noch schlimmer ist, ein Rechtsbrecher gibt sich als Security aus, weil Sie ihn gar nicht identifizieren können. Und ich komme noch einmal darauf zurück: Bei der Polizei verlangen Sie alles – Namensschilder, klare Identifizierung. Bei der Reithalle wissen Sie nicht einmal, mit wem Sie es zu tun haben. Deshalb bitte ich Sie, dieser Motion zuzustimmen. Wie gesagt, wir stimmen punktweise ab.

Präsident: Vielen Dank. Ich stelle fest, dass wir punktweise abstimmen. Wir wären in diesem Fall bei den Fraktionsvoten. Für die SP/JUSO-Fraktion Michael Sutter.

Michael Sutter (SP) für die Fraktion: Ein gewisses Schmunzeln kann ich mir ja schon nicht verkneifen über diesen klassischen Briefträgervorstoss, wird das von der Absenderschaft doch bei Vorstössen aus dem linken Lager regelmässig scharf kritisiert, weil der Stadtrat ja gar nicht zuständig sei. Und dass die SVP dem rot-grünen Gemeinderat offenbar mehr vertraut oder zutraut als dem Regierungsstatthalteramt, ist zumindest bemerkenswert. Die SP/JUSO-Fraktion lehnt diese Motion aber aus inhaltlichen Gründen klar ab. Das Sicherheitskonzept der Reitschule wird zwischen der Regierungsstatthalterin und der Verein Interessengemeinschaft Kulturraum Reitschule (IKuR) ausgehandelt. Das betrifft auch die Frage, wie der Sicherheitsdienst erkennbar gemacht wird. Wir sind überzeugt, dass so eine gute Lösung gefunden werden kann, die den spezifischen Verhältnissen in der Reitschule angemessen Rechnung trägt, so wie das auch bei der Ausbildung des Sicherheitspersonals der Fall ist. Einfach gross «Security» auf

den Rücken zu schreiben oder gar uniformiertes Personal in der Reitschule einzusetzen, wäre sicher nicht die richtige Massnahme. Vielmehr wäre sie wahrscheinlich kontraproduktiv. Und ob sich das in anderen Betrieben dermassen bewährt hat, wie die Motionäre suggerieren, darf ebenfalls angezweifelt werden. Es ist auch nicht so, dass der Sicherheitsdienst in der Reitschule nicht erkennbar ist. Die Kennzeichnung des Wellness-Teams muss so ausgestaltet sein, dass es seine anspruchsvolle Aufgabe bestmöglich wahrnehmen kann, von der sehr heterogenen Kundschaft der Reitschule akzeptiert wird und sich die Besucherinnen und Besucher dabei auch wohlfühlen. Dafür ist die Lösungsfindung im Dialog zwischen der IKuR und der Regierungsstatthalterin der richtige Weg. Und die gespielte Dauerempörung, dass die erbittertsten Gegner der Reitschule dort nicht gerade willkommen sind, finden sie doch sicher selbst langsam etwas langweilig.

Präsident: Vielen Dank. David Böhner für die AL/PdA-Fraktion.

David Böhner (AL) für die Fraktion: Die SVP fordert in ihrer Motion eine Kennzeichnung des Sicherheitsdiensts auf dem Vorplatz der Reitschule. Die Motionäre finden, eine solche Kennzeichnungspflicht gäbe mehr Sicherheit für die Besucherinnen und Besucher. Und sie argumentieren damit, dass auch in anderen Betrieben das Sicherheitspersonal klar erkennbar ist. Die Fraktion AL/PdA lehnt diese Motion klar ab. Wir kennen den Betrieb der Reitschule und die Situation auf dem Vorplatz gut und sind klar der Meinung, dass in der Reitschule eine andere Ausgangslage vorliegt als in anderen Betrieben in der Stadt und darum auch nicht einfach so Eins-zu-eins damit verglichen werden kann. An einem Wochenende bei schönem Wetter treffen sich oft 1000 vorwiegend junge Leute aus der ganzen Region Bern auf dem Vorplatz. Dass es da ab und zu zu Konflikten kommt, ist nicht zu verhindern. Die Frage ist aber, wie man mit solchen Konflikten umgeht, damit sie beruhigt werden und nicht noch zusätzlich eskaliert. Da ist viel Fingerspitzengefühl gefragt und nicht uniformierte Gorillas, die beweisen müssen, dass sie die Stärksten auf dem Platz sind. Das Ziel der Reitschulbetreibenden ist es, dass sich alle Anwesenden auf dem Vorplatz mit diesem Ort identifizieren und sich verantwortlich fühlen und dass es friedlich bleibt. Diese Aufgabe kann und soll nicht einfach einem uniformierten Security Team delegiert werden. Das würde auf dem Vorplatz unweigerlich zu grösseren Konflikten und auch Schlägereien führen. Aber die Reitschule kann auch nicht einfach zuschauen, was auf dem Vorplatz passiert, insbesondere wenn gewalttätige Gangs sich zu etablieren versuchen und ein darwinistisches Recht des Stärkeren durchsetzen wollen. Darum ist die Reitschule mit ihrem Wellness-Team diskret präsent. Die kennen die Leute und können schnell reagieren, wenn die Stimmung zu kippen droht. Sie sind auch bereit, handgreiflich einzugreifen, wenn es nötig ist. Aber das ist nicht ihre eigentliche Aufgabe. Dabei sind sie immer auch darauf angewiesen, dass sie die Unterstützung und das Vertrauen von vielen der anderen Anwesenden haben, damit sie nicht in die Unterzahl geraten und es für sie gefährlich wird. In 99 von 100 Fällen läuft das auch gut und glimpflich ab. Das Wellness-Team bildet sich auch aus und weiter. Und vor allem hinterfragen sie immer wieder, ob sie richtig reagiert haben oder wie sie es besser hätten machen können. Eine sichtbare Kennzeichnung des Wellness-Teams als Security-Mitarbeiter*innen würde dem Konzept klar widersprechen und wäre auch kontraproduktiv auf dem Platz. Einig gehen wir mit dem Anliegen der SVP, dass es hilfreich wäre, wenn es am Wochenende eine gekennzeichnete Anlaufstelle auf dem Vorplatz oder auf der Schützenmarkt gäbe, wo sich die Besucherinnen und Besucher Hilfe holen könnten, wenn sie diese sonst nirgends erhalten. Das ist auch den Betreibenden der Reitschule ein Anliegen. Sie konnte aus mangelnder

Kapazität nicht umgesetzt werden. Aber vom Jugendamt gibt es jetzt einen Vorschlag für eine solche Anlaufstelle, der bald umgesetzt wird. Und wir hoffen sehr, dass dieser Pilotversuch längerfristig umgesetzt werden soll, und freuen wir uns darauf, dass die SVP dem zustimmen wird.

Präsident: Merci vielmals, David. Dann käme Tom Berger für die FDP/JF-Fraktion.

Tom Berger (FDP) für die Fraktion: Ich finde es ein bisschen speziell, in welcher Welt du unterwegs bist, dass du das Gefühl hast, dass eine Situation, in der die Security als solche erkennbar ist, direkt zu einer Massenschlägerei führt. Ich glaube, da haben eher die Leute ein Problem, die deswegen eine Schlägerei anfangen, als der Gastrobetrieb, der seine Security erkennbar macht. Wir sind uns aber einig, lieber David Böhner, dass in 99 von 100 Fällen die Situation gut funktioniert auch in der Reitschule und vor der Reitschule, auch auf dem Vorplatz, auch unter dem Eisenbahnviadukt und mittlerweile sogar auf der Schützenmatte. Aber wir regeln eben nicht nur 99 von 100 Fällen. Wir regeln auch den 100. Fall, in dem es eben nicht funktioniert, in dem es eben eskaliert, auch wenn die Security nicht sichtbar erkennbar ist, in dem Blaulichtorganisationen auf den Platz kommen müssen, weil es um Leib und Leben geht, weil es um Menschen geht, die schwerstens verletzt sind, Und dass die Blaulichtorganisationen in so einer Extremsituation situativ nicht klar wissen, wer für sie Ansprechperson ist und wer nicht, ist ein Problem. Lieber Michi Sutter, als dieser Vorstoss eingereicht wurde, gab es notabene noch eine Sicherheitsvereinbarung als Zusatz zum städtischen Kulturleistungsvertrag, der in der Zuständigkeit des Gemeinderates ausgehandelt wurde. Und es ist schade, dass Reto Nause nicht da ist. Er könnte das bestätigen. Natürlich ist nachher für die gastronomischen Kontrollen der Kanton und somit das Regierungsstatthalteramt zuständig, aber zur Zeit, als dieser Vorstoss eingereicht wurde, hat es eine städtische Zusatzvereinbarung mit Sicherheitsbestimmungen gegeben, die der Gemeinderat gemacht hat. Mittlerweile ist das ein bisschen überholt. Mittlerweile hat man den Sicherheitsbereich an den Kanton abgegeben. Wir werden als Fraktion FDP/Jungfreisinn diesem Vorstoss zustimmen. Wir wissen auch, dass er abgelehnt wird, denn auch die grössten Befürworter der Institution Reitschule und auch die grössten Befürworter der Arbeit der IKuR und des Wellness-Teams können nicht negieren, dass die Stadt Bern vor noch nicht allzu langer Zeit bei jungen Besuchenden auf dem Vorplatz eine Umfrage durchgeführt hat. Eines der Ergebnisse war, dass sie es schwierig finden, dass sie im Ereignisfall nicht wissen, an wen sie sich wenden können. Das können vielleicht langjährige Reitschulgänger wissen. Die können vielleicht wissen, wer im Wellness-Team ist und wer nicht. Aber wenn Sie als Jugendliche das erste oder das zweite Mal ein Wochenende auf dem Vorplatz verbringen wollen, die Strukturen eben noch nicht kennen, wissen Sie vielleicht im Ereignisfall nicht, wer Ihnen helfen kann und wer vielleicht noch schaden will. Darum verstehe ich nicht so recht, wie man sich hier derart gegen einen solchen Vorstoss sperren kann.

Präsident: Danke vielmals, Tom. Ich sehe keine weiteren Fraktionsvoten. Einzelvoten? In dem Fall David Böhner.

David Böhner (AL), Einzelvotum: Tom Berger, es stimmt nicht, dass, wenn es um Schwerverletzte geht, wenn Blaulichtorganisationen kommen müssen, weil es eben um Leib und Leben geht, dass die nicht wissen, wer anzusprechen ist. Wenn es um Schwerverletzte geht, werden die vom Wellness-Team selbst gerufen. Es gibt das Telefon, das Polizei oder Sanität anrufen und sagen: Wir kommen jetzt. Dann werden die in Empfang

genommen von jemandem aus dem Wellness-Team. Es stimmt auch nicht ganz, dass sie überhaupt nicht sichtbar sind. Sie haben immer Stecker im Ohr, ein Mikrofon, mit dem sie miteinander kommunizieren können. Das heisst, wenn man hinschaut, sieht man, wer dazugehört. Aber – da gebe ich dir Recht, das habe ich vorher auch noch sagen wollen, aber dann war die Zeit leider abgelaufen – es ist eine Anlaufstelle geplant vom Jugendamt, die wird demnächst über das Wochenende da sein und das wird sehr begrüsst von der Reitschule.

Präsident: Danke vielmals. Dann hätten wir das erste Mal Niklaus Mürner von der SVP.

Niklaus Mürner (SVP), Einzelvotum: Schön darf ich wieder da sein. Einige freuen sich mehr, andere weniger. Das ist klar. Vielleicht schnell zur Sache: Von mir aus gesehen geht es hier darum, ob man Transparenz schaffen will oder nicht. Will man Leute, die in Not sind – und dann bräuchten sie Transparenz – helfen oder nicht. Oder will man dort einfach in dem Sinn unter dem verdeckten Mantel agieren und sagen: Okay, sie kennen es oder sie kennen es nicht. Manche sind in Not, möchten dann Hilfe beanspruchen können und wissen nicht, an wen sie sich richten können. Deshalb bitte ich Sie, diese Transparenz anzunehmen.

Präsident: Danke vielmals. Ich sehe keine weiteren Fraktionsvoten. Dann hat jetzt noch Stadtpräsident Alec von Graffenried das Wort.

Alec von Graffenried, Stadtpräsident: Es ist eine Debatte, die vielleicht ein wenig aus der Zeit gefallen ist. Dieser Vorstoss wurde unmittelbar vor der Pandemie eingereicht. Und man muss gewisse Sachen auseinanderhalten zur Sicherheit innerhalb des Betriebs Reitschule. Innerhalb des Betriebs Reitschule war eigentlich die Sicherheitslage immer gut. Natürlich hat es viele Leute, es hat viele Junge, es hat viele Alkoholisierte. Das führt natürlich immer zu einem erhöhten Sicherheitsbedürfnis, aber innerhalb des Betriebs ist die Sicherheit gut gewährleistet gewesen. Wir haben grosse Sicherheitsprobleme gehabt – das wissen Sie, darüber haben wir auch geredet, darüber haben wir auch kommuniziert – im Umfeld, auf dem Vorplatz, auf der Schützenmatte, im Bereich zwischen Vorplatz und Schützenmatte und dann auch noch im weiteren Umfeld. Wir sind dort sehr, sehr, sehr aufmerksam gewesen, auch sehr sensibel bezüglich der Sicherheitsprobleme. Man hat dort auch intensiv nach den richtigen Massnahmen gesucht, um die Sicherheitsprobleme in den Griff zu bekommen. Wir haben heute eine Lage, die deutlich besser ist, als sie es im Februar 2020 war. Namentlich im Jahr 2018/2019 hatten wir grosse Probleme. Und das ist vermutlich auch teilweise auf die Massnahmen zurückzuführen, wie wir sie getroffen haben. Wir haben auf der einen Seite mit der Reitschule die Sicherheitsvereinbarung gemacht. Die Sicherheitsvereinbarung wurde schon damals vom damaligen Statthalter ausgehandelt, direkt mit der Reitschule. Auch die Umsetzung wurde von dieser gemacht. Das war damals, als der Vorstoss eingereicht wurde, gerade neu. Es musste noch anlaufen. Unterdessen hat sich eigentlich das System etabliert, dass der Sicherheitsdienst der Reitschule einer Vermittlungsperson, einem Anwalt die Daten offenlegt. Und dieser rapportiert dann der Regierungsstatthalterin, dass alles seine Ordnung hat. Das System hat sich unterdessen eigentlich recht gut etabliert und funktioniert auch. Grosse Schwierigkeiten hatten wir lange auf der Schützenmatte und es hat sich jetzt ergeben, dass dort ein privater Sicherheitsdienst auf den Plan getreten ist, der von allen Seiten sehr respektiert und akzeptiert wird. Wenn ich von allen Seiten sage, dann meine ich die Besucherinnen und Besucher der Gastrobetriebe und aller Betriebe rund um die Schützenmatte herum, die

Kantonspolizei und uns. Mit dem privaten Sicherheitsdienst hat sich jetzt in dieser Grauzone zwischen Vorplatz, zwischen Schützenmatt, also unter dem Viadukt, die Sicherheitslage auch markant verbessert, so dass wir heute eigentlich davon ausgehen können, dass wir eine gute Sicherheitssituation haben. Man muss immer aufmerksam sein, immer wachsam sein, auch bereit sein, die nötigen Massnahmen zu treffen. Was wir nicht wollen, ist, dass der ganze Perimeter dort zu einem Angst-Raum wird.

Präsident: Könntest du bitte zum Schluss kommen?

Alec von Graffenried, Stadtpräsident: Man soll sichere Orte haben, wo man hinkann. Dafür gibt es den Safe Space und dafür haben wir das Meldetool gemacht. Heute sind wir der Meinung, dass mit diesen Massnahmen, die man getroffen hat, eine gute Situation hat und die Motion ablehnen kann.

Präsident: Danke vielmals, Alec. Wir wären in dem Fall auch hier beschlussfähig. Wir stimmen punktweise über die Motion als Richtlinie ab. Wir starten bei Punkt 1.

Abstimmungen

2020.SR.000065: Punkt 1 als Richtlinie	
Ablehnung	
Ja	16
Nein	44
Enthalten	0
Namensliste 025	

Präsident: Punkt 1 ist abgelehnt. Wir kommen zum Punkt 2.

2020.SR.000065: Punkt 2 als Richtlinie	
Ablehnung	
Ja	16
Nein	45
Enthalten	0
Namensliste 026	

Präsident: Punkt Nummer 2 ist abgelehnt. Wir kommen zu Punkt 3.

2020.SR.000065: Punkt 3 als Richtlinie	
Ablehnung	
Ja	16
Nein	45
Enthalten	0
Namensliste 027	

Präsident: Punkt Nummer 3 wurde abgelehnt. Wir kommen zum Punkt 4.

2020.SR.000065: Punkt 4 als Richtlinie	
Ablehnung	
Ja	16

Nein	45	
Enthalten	0	Namensliste 028

Präsident: Der ist abgelehnt. Danke vielmals. Wir kommen zum Traktandum 18. Es ist ein Postulat der SVP.

2020.SR.000180

18 Postulat Fraktion SVP (Hans Ulrich Gränicher/Alexander Feuz, SVP): Schützenmatte Zwischennutzung neu denken

Präsident: Eine Frage in die Runde: Wird das Postulat bestritten? Es ist bestritten. Dann gebe ich das Wort den Einreichenden.

Alexander Feuz (SVP) für die Einreichenden: Ich habe eigentlich gehofft, dass das durchgehen würde. Wir von der SVP hätten sogar dem Prüfungsbericht zugestimmt. Wir haben zwar selbst Kritik an den Ausführungen des Gemeinderates, aber ich bin trotzdem der Meinung, dass es wieder einmal typisch ist: Der Vorstoss kommt von der falschen Seite. Genau das ist das Problem. Ich will die Forderung noch einmal wiederholen, denn häufig habe ich den Eindruck, es werde einfach bei euch immer abgelehnt, wenn der Adressat die SVP ist und dann liest man manchmal ein zweites Mal. Ich möchte in diesem Zusammenhang Michael Burkard danken, der im Rahmen der Debatte über das Geschäftsreglement unsere Anträge genau angeschaut hat und eben gewisse Punkte auch darunter gefunden hat, die er gut gefunden hat oder denen er zustimmen kann. Hier bitte ich Sie auch, genau zu schauen, was wir verlangen. Wir verlangen, dass der Gemeinderat gebeten wird, aufzuzeigen, wie dieser Platz in naher Zukunft entsprechend den vorerwähnten Vorgaben genutzt werden kann. Sollte er der Meinung sein, dass es nicht realisierbar ist, so beantragen die Unterzeichnenden, dass die aufgehobenen gebührenpflichtigen Parkplätze auf der Schützenmatte zumindest provisorisch wieder in Betrieb zu nehmen sind. Dann gibt es lange Ausführungen des Gemeinderates, von denen ich nach wie vor einer Meinung bin, es töne alles schön, was geschrieben ist. Wir werden dem Prüfungsbericht zustimmen. Aber wenn Sie die Polizeiberichte lesen und die Medienerstattung verfolgen – Sie haben vorhin auch gesehen, wir hatten ja keine Chance mit der Kennzeichnung von Security-Mitarbeitern –, dann sind das für mich alles einfache Faktoren, die dazu führen, dass ein Platz unsicher und gefährlich ist für gewisse Leute. Es wurde auch gesagt – ich habe gut aufgepasst, als Sie das gesagt haben, denn ich töggle nicht am Natel herum oder schreibe einen Vorstoss –, dass gewisse Leute von der SVP, die sich gegen die Reithalle stellen, dort nicht so willkommen seien, damit müsse man rechnen. Man sieht auch teilweise bei den Kleinen Anfragen, wie man darauf reagiert, dass man einfach akzeptiert, dass gewisse Leute sich dort nicht aufhalten sollen. Stellen Sie sich jetzt mal vor, wenn man sagen würde: Wir wollen im Rosengarten keine Leute asiatischer Herkunft. Dann hätten wir einen riesigen Aufschrei, wenn die Leute asiatischer Herkunft, jetzt nicht mehr schön im Rosengarten flanieren dürften, weil in China viel verschmutzt wird. Da käme ein Riesenaufschrei. Zu Recht. Aber hier wird kritiklos hingenommen, dass man gewisse Leute ausgrenzt. Man nimmt eben auch kritiklos hin, – ich danke allen, die unseren Vorstoss unterstützt haben –, dass man eben keine Kennzeichnungspflicht braucht. Und dabei ist es doch entscheidend, gerade in Tumulten, bei Unfällen – wieso haben die Sanitätspolizisten und die Helfer eine Schutzweste? –, dass man genau sieht, wer

das ist. Ich habe das Beispiel des Seelsorgers schon gebracht. Der trägt ebenfalls eine Schutzweste, damit man weiss, zu wem ich gehen muss, wenn ich ein Problem habe, wenn ich irgendwie Trost brauche. Oder die Psychologen. Die sind alle gekennzeichnet.

Präsident: Machst du noch das Fraktionsvotum?

Alexander Feuz (SVP) für die Einreichenden und die Fraktion: Ich versuche es gerade anzuhängen. Aber wie gesagt, es wird auch bald fertig sein. Einfach nur, damit Sie die Problematik sehen. Ich bin der Meinung, die Situation hat sich nicht im Geringsten verbessert. Man legt einfach hier immer ein bisschen das Mäntelchen der Entschuldigung darüber. Ich hoffe jetzt, dass Sie den Text noch einmal anschauen und auch schauen, was der Gemeinderat dazu geschrieben hat. Wir wären bereit, den Prüfungsbericht zu akzeptieren. Aber wenn Sie nicht einmal das durchgehen lassen wollen, dann habe ich wirklich das Gefühl, es gehe hier darum, die Zustände zu bagatellisieren statt einzugreifen. Und ich bin der Meinung, dass, wenn man eine Zwischennutzung machen will, sie auch sinnvoll sein soll. Ich hätte mein Auto nie auf der Schützenmatte abgestellt, weil ich einfach Angst gehabt hätte, es gehe kaputt. Aber ich denke, wenn wir jetzt als Steuerzahler – wir haben zwar keine Finanzdebatte – wissen, dass es Geld von Leuten gibt, die so unvorsichtig sind, ihren Wagen dort abzustellen, und dafür müssen Sie keinen Security-Dienst haben, dann finde ich, das wäre eine valable Alternative.

Präsident: Vielen Dank. Wir sind bei den Fraktionsvoten. Barbara Keller.

Barbara Keller (SP) für die Fraktion: Ich finde es spannend, dass ein Teil der Leute immer noch nicht den Unterschied zwischen der Schützenmatte und dem Vorplatz kennen. Hier geht es jetzt nämlich um die Schützenmatte. Tom Berger hatte letztes Mal in der Kommission ein Bild, auf dem man sieht, wo was anfängt. Vielleicht könnte man das nächstes Mal hier auch mitbringen, damit wirklich alle wissen, wovon wir reden. Ich möchte auch die Einreichenden einladen, einfach mal auf die Schützenmatte zu gehen, damit sie sich eben ein Bild davon machen können, zu was sie eigentlich Sachen einreichen. Jetzt aber inhaltlich: Die «Schütz» ist ein wichtiger und frei zugänglicher Begegnungsort. Als Knotenpunkt des Nachtlebens und Ort sehr unterschiedlichen Ausgangslokale, wenn wir das einmal so nennen wollen, ist die Aufenthaltsqualität auf der «Schütz» nicht immer einfach zu bewahren. Vor noch ein paar Jahren, das muss ich sagen, bin ich, wenn ich von der Schützenmatte nach Hause gelaufen bin, eigentlich immer mit dem Schlüssel in der Hand nach Hause gelaufen. Man wurde mehrmals blöd angemacht. Und es gab Menschen, denen man nicht ganz über den Weg getraut hat. Das ist bei mir zumindest heute besser geworden. Ich würde sagen, dass sich die Situation generell massiv verbessert hat in den letzten Jahren und das ist nicht zuletzt auch der Stelle Koordination und Bewartung Schützenmatte zu verdanken. An dieser Stelle möchte ich schon einmal ein grosses Danke für die gute Arbeit aussprechen. Ich glaube, man kann sagen, in den letzten 2 Jahren ist viel gegangen und vieles auch richtig gemacht worden. Wir haben zum Beispiel eine Sommerbühne mit vielen Anlässen und Veranstaltungen, die ein sehr unterschiedliches Publikum anziehen. Das geht vom veganen Food-Festival, über Märkte, über Märchenstunden für Kinder, Podiumsdiskussionen, Theater bis zu ganz verschiedenen Konzerten. Es hat und soll auch für alle Platz haben. Aber auch infrastruktur- und unterhaltstechnisch ist einiges gegangen: Zum einen die baulichen Massnahmen des Viadukts, zum anderen aber auch zum Beispiel der Sicherheitsdienst, der schon mehrfach erwähnt wurde, der von allen Beteilig-

ten gut akzeptiert wird. Dann gibt es auch Leute, die auf dem Platz sehr wichtige freiwillige Arbeit leisten. Und hier auch noch ein grosses Merci, zum Beispiel an den Verein Medina, der Sozialarbeit direkt auf dem Platz leistet. Und nicht zuletzt werde ich auch noch einmal das Projekt des Rückzugsorts erwähnen, das im August startet. Es wird ein Rückzugsort geschaffen, der sich an Besuchende der «Schütz» richtet, die körperliche, sexualisierte oder psychische Gewalt erlebt haben oder sich unsicher fühlen oder einfach einmal einen Ort brauchen, weil sie sich nicht ganz wohl fühlen. Sie werden von gutem Personal betreut und bei Bedarf an weitere Stellen vermittelt. Wir wollen eine partizipative, gemeinnützige und multikulturelle Nutzung des Perimeters Schützenmatte. Die «Schütz» soll noch vielmehr, als sie es heute schon ist, ein Spiel- oder Sportplatz werden, ein Begegnungs- und Aufenthaltsort, ein Veranstaltungsort und ein Kunstraum. Was wir sicher nicht wollen, ist eine Rückkehr zu irgendwelchen Parkplätzen. Im Gegenteil. Wir würden befürworten, dass die Parkplätze endlich ganz verschwinden; und zwar lieber heute als morgen. Darum lehnen wir das Postulat mit Überzeugung ab und danken allen Beteiligten, die täglich Arbeit leisten, damit die «Schütz» zu dem wird, was wir uns vorstellen, nämlich einem Ort für alle.

Präsident: Vielen Dank, Barbara. Jetzt Anna Leissing für GB/JA!.

Anna Leissing (GB) für die Fraktion: Merci für dein Votum, ich kann mich dem eigentlich anschliessen. Ich müsste fast gar nichts mehr sagen. Auch die GB/JA!-Fraktion wird das Postulat überzeugt ablehnen, und zwar nicht, weil es von der SVP kommt, sondern vor allem aus 2 Gründen. Einerseits, weil es absolut ein falsches Bild von der Schützenmatte vermittelt und weil wir ganz sicher nicht zurück zu den Parkplätzen wollen. Wir haben es heute Abend von verschiedenen Seiten gehört: Die Situation auf der Schützenmatte hat sich wirklich stark verbessert. Es kommen diverse Nutzungsgruppen zusammen. Medina wurde genannt. Medina leistet sehr wichtige niederschwellige Sozialarbeit direkt auf dem Platz. Jugendliche skaten. Es finden Pingpong-Turniere, Tangokonzerte statt. Monatlich treffen sich die Berner*innen auf dem Flohmarkt. Am Wochenende ist der Platz voll mit jungen Leuten, die die Nacht geniessen. Es ist ein Ort, der allen offensteht. Er ist zentral gelegen und ohne Konsumzwang. Es ist ein Ort, wo es noch Freiraum gibt, um auch Sachen zu entwickeln. Das Stichwort Freiraum möchte ich noch einmal aufgreifen, auch weil das Thema im Postulat zur Sprache kommt. Der Begriff Freiraum steht auch im Titel einer interfraktionellen Interpellation GB/JA!, AL/PdA von 2021, die fragt, wann es endlich Freiraum statt Parkplätze geben wird. Die Interpellation fragt, wann endlich der Stadtratsbeschluss aus dem Jahr 2016 umgesetzt wird, nämlich sämtliche Parkplätze auf der Schützenmatte aufzuheben. In der Antwort auf die Interpellation verweist der Gemeinderat auf die getroffene Vereinbarung von 2018, die einen Pilot für 3 Jahre vorsieht, laut dem 2/3 der Fläche für die Nutzung und 1/3 der Fläche für Parkplätze vorgesehen war. Der Versuch und diese 3 Jahre sind jetzt abgelaufen. Und es ist klar geworden in dieser Zeit, dass die Car-Parkplätze schon länger eher gemieden werden und dass es noch um 14 Handwerker*innenparkplätze geht, die auf der «Schütz» genutzt werden. Wenn jetzt aber in Zukunft noch die Baustelle von Zukunft Bahnhof Bern (ZBB) 1/3 der Fläche auf der Schützenmatte besetzen wird, wird es aus unserer Sicht endlich Zeit, auch die 14 verbleibenden Parkplätze aufzuheben, und zwar vor Beginn der Bauarbeiten. Wir haben dazu heute zusammen mit AL/PdA noch eine entsprechende Kleine Anfrage eingereicht, um zu erfahren, ob der Gemeinderat bereit ist, den Stadtratsbeschluss von 2016 auf der Schützenmatte endlich umzusetzen, und wir sind gespannt auf die Antwort und lehnen wie gesagt das vorliegende Postulat selbstverständlich ab.

Präsident: Danke vielmals, Anna Leissing. Dann käme David Böhner für die Fraktion AL/PdA.

David Böhner (AL) für die Fraktion: Ich muss sagen, ich bin ein bisschen irritiert vom Vortrag des Alex Feuz, in dem es um gebührenpflichtige Parkplätze gegangen ist und um Asiaten und Asiatinnen im Rosengarten. Das waren mir ein bisschen zu wilde Sprünge. Aber wir sind offenbar in der Reitschule-Viertelstunde oder vielleicht besser gesagt in der Reitschule-Halbstunde, die die SVP sich immer wieder wünscht. Ich kann es trotzdem nicht unwidersprochen lassen und nehme kurz Stellung für die Fraktion AL/PdA. Die Motion der SVP verlangt, dass auf der Schützenmatte wieder gebührenpflichtige Parkplätze geschaffen werden, weil die Globalbewilligung für die Zwischennutzung auf der «Schütz» wegen Einsprachen vor einigen Jahren nicht erteilt werden konnte. Die Fraktion AL/PdA sieht das Problem vor allem darin, dass immer noch nicht alle Parkplätze auf der Schützenmatte verschwunden sind, obwohl eine Motion des Grünen Bündnisses aus dem Jahr 2009, die hier angenommen wurde, genau das fordert. Im Jahr 2016 hat der Gemeinderat dann endlich die vollständige Aufhebung der Parkplätze auf der Schützenmatte beschlossen. Wegen Einsprachen der Wirtschaftsverbände ist die Schützenmatte aber immer noch zu einem Drittel ein Parkplatz. Und die Stadtverwaltung schafft es seit 7 Jahren nicht, endlich den Willen des Parlaments, nämlich die Aufhebung aller Parkplätze auf der Schützenmatte, umzusetzen. Wir sehen darin ein Armutszeugnis und fordern den Gemeinderat an dieser Stelle einmal mehr auf, vorwärtszumachen und endlich eine Lösung zu finden für die, wir haben es gehört, 14 Handwerkerparkplätze, die immer noch auf der Schützenmatte sind. Wir begreifen nicht, weshalb diese nicht in den zentralen Parkhäusern der Stadt eingerichtet werden können, an denen die Stadt sogar noch beteiligt ist. Es hätte genug Platz. Dafür wurden Parkhäuser ja gebaut, um Autos zu parkieren. Es braucht auch eine Lösung für die Parkplätze der SBB, die immer noch unter dem Eisenbahnviadukt vor der grossen Halle sind. Ich habe gehört, dass hierzu jetzt eine Lösung gefunden wurde, dass die demnächst aufgehoben werden. Vielleicht weiss der Stadtpräsident mehr darüber. Erst wenn wirklich alle Parkplätze auf der Schützenmatte verschwunden sind, kann die nötige Ruhe einkehren, damit auf der Schützenmatte die gewünschte Begegnungszone entstehen kann. Jetzt noch einmal warten, bis die Baustelle des ZBB fertig ist und dann langsam anfangen zu überlegen, wohin man mit diesen verbliebenen Parkplätzen gehen kann, finden wir keine Option. Aus all diesen Gründen lehnen wir die Motion der SVP selbstverständlich ab und fordern den Gemeinderat einmal mehr auf, in dieser Frage vorwärtszumachen.

Präsident: Merci vielmals, David. Tom Berger für die FDP/JF-Fraktion.

Tom Berger (FDP) für die Fraktion: Unsere Fraktion wird den Vorstoss ablehnen. Die Zwischennutzung auf der Schützenmatte die ist nicht gescheitert, weil es eine schlechte Idee gewesen wäre auf dem Ort eine Zwischennutzung zu machen, geschweige denn den Ort zu beleben und zu einem Begegnungsort zu machen. Die Zwischennutzung auf der Schützenmatte ist gescheitert an völlig weltfremden Auflagen und an einer Gesetzeslage, die sogenannten Anwohnenden, die nicht einmal Anwohnende sind, das Recht einräumt, solch eine Zwischennutzung «wegzuklagen». Wenn Sie ein Muster haben wollen, wie absurd diese Auflagen waren, kann ich noch einmal in Erinnerung rufen, dass in der ersten Bewilligung, die der Kanton für die Zwischennutzung auf der Schützenmatte ausgesprochen hat, eine Mittagsruhe verordnet wurde – eine Mittagsruhe auf

der Schützenmatte, das heisst, dass es zwischen 12 Uhr und 13.30 Uhr gefälligst still sein müsste an einem Ort, der umgeben ist von einer vierspurigen Strasse, der neben einem Eisenbahnviadukt liegt, über den Güterzüge fahren. Ja, natürlich scheitert eine Zwischennutzung in einem so sinnbefreiten gesetzlichen Rahmen. Die Motionäre wünschen sich, dass es ein Ort der Begegnung gibt mit Festivals. Darauf hat Barbara Keller schon geantwortet. Die Festivals gibt es ja genau dank dieser Zwischennutzung. Alex Feuz ist kulinarisch sehr offen. Das weiss ich. Vielleicht geht er halt trotzdem dann auch mal an so ein veganes Festival. Es braucht ein bisschen Mut, aber so schlimm ist es im Fall nicht. Und trotzdem muss ich auch an die linke Ratsseite sagen: Sie beweisen halt schon auch mal wieder, wie Sie funktionieren. Denn man bietet Hand zu einem Kompromiss. Man bietet Hand, indem man 2/3 des Platzes für Parkplätze räumt. Und alles, was Ihnen dazu in den Sinn kommt, ist sich darüber zu beschweren, dass das letzte Drittel bleibt. Lieber David Böhner, es geht um die Parkplätze für das Gewerbe und es geht um die Cars. Ich möchte mal sehen, wie du mit so einem Reiseкар in eine Einstellhalle hineinfährst. Das könnte im Fall relativ teuer werden, weil du dort garantiert nicht hineinkommst. Und ich möchte dich sehen als Gewerbebetreibender, der sein Auto irgendwo 2 Kilometer weiter in eine Einstellhalle stellt, damit du auch ja nicht noch auf einem kleinen Stückchen dieser «Schütz» parkieren musst. Also bitte. Daran scheitert keine Belebung des Ortes. Wenn Sie jedes Mal, wenn wir Ihnen die Hand zu einem Kompromiss bieten, so reagieren, indem Sie empört sind, weil ihre 100-Prozent-Forderung nicht eingehalten worden ist, dann bietet man keine Hand mehr zum Kompromiss. Dann sind wir wieder am Anfang meines Votums. Dann provozieren Sie bei jeder einzelnen, kleinen Massnahme rechtliche Einsprachen. Dann bewegen Sie in dieser Stadt innerhalb eines Zeithorizonts von 5 bis 8 Jahren wieder genau gar nichts. Und zum Schluss noch eine Kritik an den Gemeinderat: Die Schützenmatte ist das beste Beispiel, dass in der Stadt der Beteiligung etwas komplett zu Tode partizipiert werden kann. Wenn man zusammenzählt, was die letzten 10 Jahre auf diesem Perimeter ausprobiert wurde: und nochmals eine Runde Vernehmlassung und nochmals ein Labor und noch einmal irgendetwas. Meine Güte! In 10 Jahren baut Ostermundigen ein Hochhaus und wir wissen nicht einmal, was wir mit der Schützenmatte anfangen wollen.

Präsident: Ich sehe keine weiteren Fraktionsvoten. Gibt es Einzelvoten?

David Böhner (AL), Einzelvotum: Excusez. Es wird offenbar eine Reitschule-Dreiviertelstunde, aber ich kann das nicht unwidersprochen stehenlassen. Wenn dort Cars ausladen und einladen, so stört das nicht. Ich habe von den Handwerker*innen-Parkplätzen gesprochen. Und ich habe nicht gesagt, dass die 3 Kilometer weit weg parkieren müssen, sondern dass es in der Innenstadt Parkhäuser hat und dass man dort eine Lösung finden könnte. Das war mein Vorschlag.

Präsident: Alexander, du bist kurz angesprochen worden, das heisst, du kannst eine kurze Erklärung abgeben.

Alexander Feuz (SVP), Einzelvotum: Es wurde gesagt, wir hätten nie in die Reithalle gehen wollen. Ich möchte klar festhalten: Stadtratsausflug unter dem Präsidium von Philip Kohli – Thomas Glauser und ich haben gesagt, wir gehen in die Reithalle. Wir haben nachher am gleichen Tag ein Hausverbot erhalten. Wenn ich die Betreiber gewesen wäre, hätte ich den Feuz eingeladen auf ein Bier oder einen Gin Tonic, denn das hat er lieber. Aber das Gegenteil ist passiert. Ich habe einen Schritt gemacht. Ich habe seither ein Hausverbot. Ihr habt es vorher gehört: Der Gemeinderat will an dieser

Situation auch nichts ändern. Der Feuz und der Glauser haben den Schritt gemacht. Was war die Reaktion? Das möchte ich einfach festhalten.

Präsident: Ich sehe keine weiteren Einzelvoten. Dann hätte das Wort Stadtpräsident Alec von Graffenried.

Alec von Graffenried, Stadtpräsident: Danke für die sehr engagierte Debatte. Sie zeigt, dass der Trigger immer noch funktioniert. Ich bin beruhigt, ich habe gemeint, es laufe sich so langsam zu Tode. Es ist gut. Ich sehe das Problem nicht. Es hat einen Vorstoss gegeben. Wie gesagt erklären wir das Postulat erheblich. Wir haben einen Prüfungsbericht gemacht. Ich habe am Anfang gehört, der Prüfungsbericht sei in Ordnung. Der Gemeinderat beantragt Ihnen das nach wie vor. Aber Sie können natürlich auch ein nächstes Mal noch sehr gerne den Trigger wieder funktionieren lassen. Merci vielmals. Ich bin beruhigt.

Präsident: Kurz und knapp. Danke vielmals. Wir stimmen ab über das Postulat.

Abstimmung

2020.SR.000180: Postulat	
Ablehnung	
Ja	12
Nein	49
Enthalten	0
	Namensliste 029

Präsident: Das ist abgelehnt worden. Wir kommen zum Traktandum Nummer 19.

2020.SR.000380

19 Motion Fraktion FDP/JF (Barbara Freiburghaus/Vivianne Esseiva, FDP): Paritätische Vertretungen in Verwaltungsgremien und bei Wettbewerben

Präsident: Das ist die Motion der FDP-Fraktion. Sie wird zur Annahme empfohlen. Ist das bestritten? Das scheint nicht der Fall zu sein. Dann haben die Einreichenden die Möglichkeit, ganz kurz – Alex, also, wenn es bestritten ist, dann gebe ich das Wort den Einreichenden der FDP-Fraktion.

Vivianne Esseiva (FDP) für die Einreichenden: Also, ich halte mich ganz kurz, da es ja fast unbestritten ist. Für uns ist es einfach sehr wichtig, dass man die Gleichstellung hat, dass man überall eine gute Vertretung von Mann und Frau hat. Gerade hier soll die Stadt Bern auch ein gutes Vorbild sein. Ich kann nicht viel mehr dazusagen. Es nimmt mich wunder, was die SVP dagegen hat.

Präsident: Vielen Dank, Vivianne. Dann kommen wir direkt zu den Fraktionsvoten. Nora Joos für GB/JA!

Nora Joos (JA!) für die Fraktion: Die GB/JA!-Fraktion begrüsst, dass der Gemeinderat die Motion über die ausgeglichenen Frauenanteile in Gremien umsetzen will. Es ist

zwingend nötig, dass die Massnahmen des Aktionsplans für Gleichstellung weiter vorangetrieben werden. Eine angemessene Vertretung von Frauen in Verwaltungsgremien und Wettbewerben ist wichtig. Frauen müssen vermehrt eine Stimme erhalten, um zum Beispiel in der Stadtplanung aktiv mitgestalten zu können. Die Bedürfnisse von Frauen müssen in Projekte miteinfließen. Es darf nicht sein, dass die Stadtplanung zum Beispiel weiterhin grösstenteils von nichtbehinderten, gut ausgebildeten, erwerbstätigen, weissen Männern dominiert wird, sodass die Stadt tendenziell nur für diese Nutzungsgruppe gebaut wird, wobei damit ein Grossteil der Bevölkerung nicht mitgedacht wird. Neben einer angemessenen Frauenvertretung in diesen Gremien muss auch ein anderer wichtiger Aspekt erwähnt werden. Für eine gerechte Vertretung aller müssen festgefahrene Identitäten aufgebrochen werden. Städtische Projekte müssen so aufgelegt werden, dass sie die Bedürfnisse jener Menschen priorisieren, die in unserer Gesellschaft marginalisiert werden. Diese Bestrebungen dürfen also nicht bei der Gleichstellung von Männern und Frauen aufhören. Es muss eine möglichst vielfältige Zusammensetzung angestrebt werden. Konkret heisst das: In allen Gremien sollen Menschen mit möglichst diversen Hintergründen und verschiedenen Lebensentwürfen vertreten sein, mit dem Ziel, dass in diesen Gremien Projekte für eine möglichst inklusive Stadt aufgelegt werden, sodass zum Beispiel auch die Bedürfnisse von Menschen mit Beeinträchtigungen, Menschen mit Kinderwagen, junge Menschen mit Lebensmittelpunkt Gasse oder ohne Geschlechteridentität zum Zug kommen. Bezüglich des zweiten Punkts der Motion: Die GB/JA!-Fraktion ist nicht einverstanden mit dem Gemeinderat, wonach die Stadt bei der Zusammensetzung der Gremien wenig Einflussmöglichkeiten hat. Anstatt dass für viele Gremien weiterhin die Amtsleitung oder die Abteilungsleitung geschickt wird, könnte die Verwaltung zum Beispiel ihre Hierarchiestrukturen hinterfragen und jemand in einer anderen Funktion schicken, so dass einmal ein anderer Blickwinkel als jener des Chefs Einfluss nehmen kann. Eine andere Einflussmöglichkeit wäre, Frauen in 50 Prozent der Kaderpositionen zu befördern, so dass es nicht bei den jetzigen 20 Prozent bleibt, und so automatisch auch mehr Frauen in den Gremien...

Präsident: Ich bitte um etwas Ruhe. Ich verstehe Nora fast nicht mehr.

Nora Joos (JA!) für die Fraktion: Danke! – in den Gremien von Bund und Kanton vertreten sind.

Präsident: Vielen Dank, Nora. Für die SP/JUSO-Fraktion Bernadette Häfliger.

Bernadette Häfliger (SP) für die Fraktion: Die SP/JUSO-Fraktion dankt den Einreichenden für die Recherche zur Motion und wird diesen Vorstoss selbstverständlich unterstützen. Die Ausführungen sowohl der Motionärinnen wie auch des Gemeinderats zeigen exemplarisch, dass die Gleichstellung der Frauen auch 2023 noch weit davon entfernt ist, eine Selbstverständlichkeit zu sein. Es gilt weiter hinzuschauen und zwingende Regelungen vorzusehen. Sonst gibt es immer irgendeine Ausrede, wieso im konkreten Fall gerade keine Frau berücksichtigt werden kann. Obwohl die Stadt Bern in den letzten 13 Jahren erhebliche Fortschritte in Richtung paritätische Vertretung der Frauen gemacht hat, sind wir noch lange nicht dort, wo wir sein sollten. Richtigerweise stellt die Antwort des Gemeinderates fest, dass dies nicht primär in der Verantwortung der Gleichstellungsverantwortlichen liegt. Ich würde das Wörtchen «primär» in dieser Antwort sogar streichen, weil die Gleichstellungsverantwortliche weder die Kompetenz

hat, städtische Kommissionen und Gremien zu bestellen, noch die höchsten Kaderstufen der städtischen Amts- und Abteilungsleitungen besetzt. Das liegt einzig in der Verantwortung des Gemeinderates, und dieser hat in diesem Bereich noch viel Luft nach oben. Die Gleichstellungsbeauftragte trägt allerdings massgeblich dazu bei, das Thema präsent zu halten. Sie wird es auch sein, die die wirkungsvollen Prozesse definiert, den Fortschritt überprüft und die notabene auch diesen Vorstoss fundiert beantwortet haben wird. Die Fragen rund um die Gleichstellung müssen mit gesellschaftlichen Veränderungen regelmässig neu beurteilt und Lösungen laufend weiterentwickelt werden. Wenn die Stadt weiterhin die dringend notwendigen Fortschritte im Bereich Gleichstellung machen will, braucht es diese Stelle in der städtischen Verwaltung auch zukünftig unbedingt.

Präsident: Danke vielmals, Bernadette. Dann käme Erich Hess für die SVP-Fraktion.

Erich Hess (SVP) für die Fraktion: Wir alle sind wohl der Meinung, dass Frauen und Männer gleichberechtigt sind und das ist auch richtig so. Es gibt wahrscheinlich noch einen kleinen Teil, der hinter dieser Motion hier wahrscheinlich steht und nicht dieser Meinung ist. Dieser Teil ist wahrscheinlich der Meinung, dass die Mehrheit der Leute eine Minderheit unterdrücken soll. So kommt mir die Motion gerade vor. Was muss das Ziel sein in diesen Gremien, in die wir Leute entsenden? Das Ziel muss sein, dass wir die besten Leute im Fachgebiet in die Kommission schicken, und dabei spielt es keine Rolle, ob es Frauen oder Männer sind. Deshalb müssen wir diese Motion aus meiner Sicht zwingend ablehnen. Erstens, damit die Frauen, die in solchen Gremien Einsitz nehmen, wirklich das Gefühl haben, dass sie aufgrund von Fachkompetenzen in diesen Gremien sitzen und nicht aufgrund ihres Geschlechts, das sie per Zufall haben. Mit diesem Vorstoss diskriminieren Sie die Frauen massiv und eine Diskriminierung ist wahrscheinlich nie gut. Deshalb bitte ich Sie doch, diesen Vorstoss ganz klar abzulehnen. Wir wissen auch, dass es in vielen Fachbereichen mehr Frauen und in anderen Fachbereichen mehr Männer hat. Gerade bei Ingenieuren gibt es wahrscheinlich weniger Frauen als Männer oder es gibt fast keine Ingenieurinnen. Will man denn irgendjemanden als Frau in ein Gremium schicken, weil sie gerade die einzige Ingenieurin ist, gerade mit dem Fachwissen? Nein. Darum bitte ich Sie doch, diesen Vorstoss oder diese Motion ganz klar abzulehnen. Er ist diskriminierend gegen die Frauen. Besten Dank für die Aufmerksamkeit.

Präsident: Danke. Wir sind bei den Einzelvoten. Ich sehe keine Einzelvoten. Dann hätte das Wort Stadtpräsident Alec von Graffenried.

Alec von Graffenried, Stadtpräsident: Merci für den Vorstoss. Es ist so. Es ist eine Daueraufgabe. Wir arbeiten dauernd daran, probieren uns immer zu verbessern. Wir haben den Kaderanteil auf der Kaderstufe eines, der hier bemängelt wird, nicht so aktiv verfolgt. Ich bin nur einen Moment auch gerade ein bisschen stutzig geworden bei diesen 20 Prozent. Wir haben unterdessen in der gesamten Kaderstufe 1 und der Kaderstufe 2 einen Anteil von über 38 Prozent. Also wir haben dort eigentlich den Zielpfad, den wir uns vorgegeben haben, erreichen und sogar übertreffen können. Ein Problem, das auch genannt worden ist, liegt darin, dass eben Leute aufgrund ihrer Funktion in ein Gremium delegiert werden. Und man hat wenig Einfluss darauf, was das für Leute sind. Und das führt dann manchmal zu unbefriedigenden Zusammensetzungen dieser Gremien. Das kann in die eine oder andere Richtung ausschlagen und dort haben wir tatsächlich eine Schwierigkeit. Aber das wird sich auch erledigen, wenn wir dann eine

ausgewogene Vertretung in allen Gremien haben, und dann ist die Chance noch grösser, dass sich das Problem so auflöst. Aber wir bleiben selbstverständlich dran. Ich glaube, es ist gut, dass wir eine Fachstelle haben, die wir dauernd verfolgen, und via Aktionspläne eigentlich auch immer versuchen, die kritischen Massnahmen zu identifizieren nachher auch umzusetzen. Und das hat in der Vergangenheit gut geklappt und es gibt keinen Grund, davon auszugehen, dass wir das in Zukunft nicht auch schaffen werden. Ich danke Ihnen, wenn Sie diesen Vorstoss entsprechend überweisen.

Präsident: Merci vielmals, Alec. Wir kommen zu der Abstimmung zu Traktandum 19. Ich habe keine Wandlung mitbekommen. Wir stimmen über die Motion als Richtlinie ab.

Abstimmung

2020.SR.000380: als Richtlinie		
Annahme		
Ja	58	
Nein	5	
Enthalten	1	Namensliste 030

Präsident: Die ist angenommen worden.

2021.SR.000163

20 Postulat Fraktion FDP/JF (Ursula Stöckli, FDP/Florence Schmid, JF): Kosten von parlamentarischen Vorstössen müssen ausgewiesen werden

Präsident: Wir kommen zum Traktandum 20. Das ist ein Postulat der FDP/JF-Fraktion. Ich übergebe das Wort Florence Schmid von der FDP/JF-Fraktion.

Florence Schmid (JF) für die Einreichenden: Letzte Woche hat Alec ein bisschen enttäuscht gesagt: Wenn ihr Fragen zu Geschäften oder Sachen habt, dann könnt ihr mich ja anrufen, aber das wird fast nie gemacht. Vielleicht würde mehr zum Telefon gegriffen, wenn man wüsste, wie viel Aufwand und damit auch Kosten gerade Kleine Anfragen verursachen. Aus der Antwort auf unseren Vorstoss geht hervor, dass es etwa 2 000 Franken pro Vorstoss, also pro Kleine Anfrage sind. Vielleicht würden Vorstösse sorgfältiger darauf geprüft werden, ob sie überhaupt noch aktuell sind, wenn man wüsste, wie viel Aufwand sie eben generieren um beantwortet zu werden. Worauf die Fraktion mit ihrem Postulat hinaus will, ist, zu bewirken, dass der Wert der Arbeit der Verwaltung im Zusammenhang mit unseren Forderungen besser fassbar wird, und dass, wenn man sich bewusst ist, wie viele Kosten ein Vorstoss verursacht, durch den Rückzug von nicht mehr aktuellen Forderungen mehr und vor allem kurzfristiger Zeit vorhanden ist für die aktuellen Forderungen. Aus dem Grund beantragt die Fraktion FDP/JF, den Aufwand, den die Beantwortung von Vorstössen in der Verwaltung verursacht, künftig ausgewiesen wird. Laut Gemeinderat wird das mit sehr geringem Zusatzaufwand möglich sein, und wir danken deshalb für die Unterstützung.

Präsident: Vielen Dank. Wir sind bei der Fraktionsvoten. Dominic Nellen für die SP/JUSO-Fraktion.

Dominic Nellen (SP) für die Fraktion: Das Anliegen des Postulates, das Ausweisen der effektiven Kosten pro Vorstoss, ist in der Schweiz praktisch in allen Parlamenten auf allen Stufen bereits schon einmal gefordert worden und praktisch nie eingeführt worden. Die SP/JUSO-Fraktion lehnt das Postulat klar ab. Unsere Fraktion ist überzeugt, dass parlamentarische Vorstösse eine bedeutende Rolle im demokratischen Meinungs- und Willensbildungsprozess spielen, auch wenn einem Vorstösse manchmal nicht wirklich passen. Dass die Bearbeitung von Vorstössen kostet, ist kein Geheimnis. Der Gemeinderat weist in seiner Antwort auch die ungefähren Kosten aus. Die vom Postulat verlangten Berechnungen der Kosten für die Beantwortung von parlamentarischen Vorstössen durch die Verwaltung würde keinen Beitrag leisten zur Lösung des Problems der grossen Anzahl von Vorstössen. Wegen dieser Kostenberechnung würde kein einziger Vorstoss weniger eingereicht. Das Beantworten von parlamentarischen Vorstössen gehört zum Grundauftrag der Verwaltung. Unsere Fraktion gibt zu bedenken, dass sich die geforderte Kostenberechnung kaum nach seriösen Kriterien durchführen lassen würde. Sie wäre praktisch nicht überprüfbar und würde, wie ich es gesagt habe, zu keinen geringeren Vorstössen führen. Stellen Sie sich einmal den administrativen Aufwand vor, der für die Ermittlung der verursachten Kosten aufgewendet werden müsste, auch mit Blick darauf, dass ja oft mehrere Abteilungen oder Stellen mitarbeiten. Ich gehe gemäss dem Wunsch des Gemeinderates verantwortungsvoll mit meiner Redezeit um und beende an dieser Stelle mein Votum.

Präsident: Merci vielmals, Dominic. Dann kommen wir zu Seraphine Iseli von GB/JA!.

Seraphine Iseli (GB) für die Fraktion: Auch die GB/JA!-Fraktion lehnt ein Postulat ab, welches die Kosten der Beantwortung von Vorstössen beziffern soll. Wir sehen nicht, was das Postulat bewirken soll, ausser dass man mit dem Finger auf Menschen zeigen kann, und zwar auf die Einreichenden, die aus Sicht der Motionär*innen dieses Postulates entweder "zu viele" oder auch "unwichtige" Vorstösse einreichen. Aber es könnte unter Umständen auch dazu führen, dass man auf die Mitarbeitenden der städtischen oder irgendeiner Verwaltung zeigt, weil sie aus Sicht der Gegner einer politischen Forderung zu ineffizient arbeiten oder einem gewissen Thema zu viel Gewicht zu geben. Das übt zusätzlichen Druck auf die Verwaltung aus und bindet zahlreiche Ressourcen. Es ist sehr arbeitsintensiv, wie es der Vorredner schon gesagt hat, und es wäre wünschenswert, dies zu vermeiden. Uns ist auch nicht klar, was mit dieser Zahl gemacht werden soll. Wer soll beurteilen, welcher Vorstoss es dann Wert ist, eingereicht zu werden, und welcher nicht, weil das die Einreichenden ja immer ganz anders empfinden als die politischen Gegner*innen? Die verschiedenen Arten von Vorstössen, die wir haben, sind ein sehr wichtiges demokratisches Instrument. Und ein Vorstoss ist es nur schon Wert, eingereicht, beantwortet und diskutiert zu werden, wenn mindestens ein Parlamentarier das wünscht. Natürlich gibt es auch viele Vorstösse, die wir irrelevant oder absurd oder überflüssig finden, aber es gehört für uns zu einem demokratischen System, dass man über solche Ideen diskutiert, sei es auch nur, damit man als politisches Gremium zueinander findet als Vertretung der Stimmbevölkerung und zum Schluss kommt, dass man sich nicht mit dieser Frage auseinandersetzen will. Diese Prozesse sind, wie gesagt, für uns sehr wichtig für die Meinungsbildung und letztendlich für die Demokratie. Demokratie heisst Partizipation und Partizipation kostet, wie uns allen klar ist. Und für uns ist klar, dass die Teilhabe uns etwas Wert sein sollte. Und um den Motionär*innen dieser Forderung noch eine kleine Freude zu machen, habe ich

noch versucht, die Kosten unseres Fraktionsvotums auszurechnen. Wir haben 5 Minuten diskutiert in der Fraktionssitzung. 13 Personen waren anwesend. Wenn wir von einem Durchschnittslohn von 40 Franken ausgehen, macht das 52 Franken. Ich arbeite bei meiner Lohnarbeit zu etwa 35 Franken Nettolohn. Für das Votum habe ich etwa eine halbe Stunde aufgewendet. Das sind etwa 17 Franken 50. Nicht eingerechnet sind Sitzungsgelder, die ich auch für die Vorbereitungsarbeit bekäme, wenn man das damit verrechnen würde. Aber die Altersvorsorge ist noch nicht eingerechnet, die ich nicht optimal ausschöpfe, indem ich parlamentarische Arbeit statt Lohnarbeit mache, was darum auch noch zu den Opportunitätskosten gezählt werden sollte. Darum sagen wir, dass das Votum 69 Franken 50 gekostet hat und das war 1/3 der zeitlichen Ressourcen, die ich für das Votum aufgebracht habe. Und darum finden wir es nicht nur demokratierechtlich sehr problematisch, sondern auch ökonomisch macht es gar keinen Sinn.

Präsident: Punktlandung. 2 Minuten gespart. Merci vielmal. Wir kommen zu Matthias Humbel von der GFL/EVP-Fraktion.

Matthias Humbel (GFL) für die Fraktion: Ich muss gestehen, ich bin nicht ganz gleich kreativ in meinem Votum. Vielleicht zuerst noch zum Einsteigen: 2020, als der Vorstoss gemacht wurde, haben wir 244 Vorstösse abgearbeitet gehabt. 2022 sind wir bei 303 angelangt. Die GFL/EVP-Fraktion gibt den Einreichenden recht, dass die Beantwortung eines Vorstosses einen Wert hat. Es braucht den Mitarbeitenden der Verwaltung einiges an Zeit und Aufwand, um die Antworten zu verfassen, und dieser Aufwand hat auch einen Preis. Es wäre durchaus interessant zu sehen, was nicht zuletzt jene Parteien, die, wenn es um die Höhe der städtischen Ausgaben geht, besonders kritisch sind, mit ihren Vorstössen für Kosten auslösen. Wir gehen aber mit dem Gemeinderat und den Vorrednern einig, dass das Ausweisen der Kosten alleine noch keine Auswirkung auf die Anzahl eingereicherter Vorstösse haben wird, und dass damit die einzige wesentliche Folge des Ausrechnens dieser Kosten eben genau noch einmal zusätzliche Kosten wäre. Es bleibt dann eben das Fazit, das der Gemeinderat zieht. Am Ende haben wir es als Stadträt*innen in unseren eigenen Händen, wie viele Vorstösse wir generieren, und wie viel Aufwand wir der Verwaltung damit machen. Aus diesen Gründen wird die GFL/EVP-Fraktion, trotz grösster Sympathie auch für den Inhalt des Postulats, dieses ablehnen.

Präsident: Vielen Dank. Dann kommt als nächster Alexander Feuz für die SVP-Fraktion.

Alexander Feuz (SVP) für die Fraktion: Ich möchte zuerst ganz herzlich Dominic Nellen, Seraphine Iseli und Matthias Humbel danken. Sie haben eigentlich genau das gesagt, was richtig ist. Ich kann mich hier vollumfänglich anschliessen. Das ist der Preis der Demokratie, den wir zahlen müssen. Ich habe den Eindruck, mit dieser Aufwandausrechnung müsste man eher noch mehr Personal anstellen. Das ist sicher nicht der Sinn und Zweck. Wir lehnen diesen Vorstoss ab.

Präsident: Merci vielmals Alex, dann käme Claude Grosjean für die GLP/JGLP-Fraktion.

Claude Grosjean (GLP) für die Fraktion: Wir sind eine Legislative. Was macht eine Legislative? Sie macht Gesetze. Das heisst, sie berät die Reglemente. Das machen wir ganz selten einmal. Meistens machen wir etwas anderes. Wieso machen wir das nur

ganz selten? Weil wir eine kommunale Legislative sind und eine kommunale Legislative hat aufgrund der Kompetenzzerteilung im Bundesstaat sehr wenige eigene Kompetenzen. Und das Loch, das jetzt entsteht bei uns, indem wir nämlich für fast nichts mehr zuständig sind, füllen wir jetzt mit Vorstössen. Und wir erkennen nachher auch, dass die Vorstösse eigentlich alle für uns irgendwann zum Problem werden, dass wir einen Rückstand haben, dass wir den Vorstossberg nicht abbauen können und so weiter. Wir glauben aber nicht daran, dass wir die Vorstossflut sozusagen mit einer Lenkungsabgabe auf Vorstösse eindämmen können, denn es ist leider nicht möglich, Bürokratie mit Bürokratie zu bekämpfen. Und es ist auch nicht so, dass man mit Kostentransparenz eine bessere Ratskultur herbeiführen könnte. Deshalb sagen wir im Bewusstsein, dass wir ein Problem haben, auch zu diesem Vorschlag zur Eindämmung der Vorstossflut schweren Herzens Nein.

Präsident: Ich sehe keine weiteren Fraktionsvoten. Gibt es Einzelvoten? Das scheint nicht der Fall zu sein, denn Stadtpräsident Alec von Graffenried macht sich bereit.

Alec von Graffenried, Stadtpräsident: Danke für eine spannende Debatte. Transparenz wäre interessant. Demokratie hat ihren Preis. Danke auch für das Beispiel, für die minutiöse Auflistung von Seraphine. Sie zeigt auch das Problem, mit dem wir konfrontiert wären. Ich glaube, es hat ein bisschen das Kostenbewusstsein auch wieder geweckt bei euch. Ich glaube, der Zweck des Vorstosses ist damit erreicht worden. Ein minutiöses Aufdröseln aller Kosten würde einen grossen Aufwand bedeuten, und wir sind deshalb froh, wenn wir es bei dem bewenden lassen können.

Präsident: Merci vielmals, Alec. Wir wären in dem Fall beschlussfähig. Wir stimmen ab über das Postulat unter Traktandum 20.

Abstimmung

2021.SR.000163: Postulat	
Ablehnung	
Ja	10
Nein	50
Enthalten	0
	Namensliste 031

Präsident: Abgelehnt. Wir kommen zum Traktandum Nummer 21. Das ist ein Postulat der GB/JA!-Fraktion.

2022.SR.000008

21 Postulat Fraktion GB/JA! (Regula Bühlmann, GB/ Anna Leissing, GB): Einkommensabhängige städtische Gebühren statt Kopfsteuern

Präsident: Eine Frage in die Runde: ist das bestritten? Das ist bestritten. Ich gebe das Wort für die Einreichenden Anna Leissing.

Anna Leissing (GB) für die Einreichenden: In Bern zahlen wir Gebühren für Einbürgerungen, Veranstaltungen und Demonstrationen, für das Parken, für die Entsorgung, für das Fundbüro, für Gartenarbeiten, für die Hundehaltung etc. Damit werden städtische

Leistungen abgegolten. Für Menschen mit tiefem Einkommen sind die Gebühren oft Hindernisse, die sie davon abhalten, die Leistungen in Anspruch zu nehmen. Oder, wenn die Leistungen unverzichtbar sind, erzeugen Gebühren einen zusätzlichen Druck auf ein sowieso schon prekäres Budget. Als Grundsätze für die Berechnung von Gebühren gemäss Artikel 4 des Gebührenreglements liegen heute einzig die verursachten Kosten und allenfalls das Interesse der gebührenpflichtigen Person an einer Leistung zugrunde. Das muss aber nicht zwingend so sein, wie es das Beispiel der familien- und schulergänzende Kinderbetreuung zeigt, oder wie es auch zum Beispiel für die Feuerwehrersatzabgaben vorgesehen gewesen wäre, wenn man sie eingeführt hätte. Aus Sicht der GB/JA!-Fraktion ist es wichtig, dass Gebühren einkommensabhängig ausgestaltet werden; insbesondere Gebühren für Leistungen, die für die betroffenen Menschen unabdingbar sind. Zu beachten ist dabei, dass bei einem solchen System Gebühren nicht nur nach unten angepasst werden können, sondern auch höhere Gebühren von denen verlangt werden können, die finanziell gut aufgestellt sind und für die es überhaupt keine Rolle spielt, ob sie zum Beispiel für eine Hundetaxe 150 oder 300 Franken im Jahr zahlen. Mit dem Postulat bitten wir deshalb den Gemeinderat zu prüfen, wie die Gebühren einkommensabhängig gestaltet werden können, sprich wie die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit ins Gebührenreglement aufgenommen werden kann, zum Beispiel in Artikel 4 als Grundsatz zur Berechnung der Gebühr oder auch Artikel 10 für die Ausnahmen von der Gebührenpflicht. Damit werden städtische Leistungen für alle zugänglich und belasten das ohnehin schon kleine Budget von finanziell schlechter gestellten Menschen nicht übermässig. Wir sind sehr froh, dass dies auch der Gemeinderat so sieht und Ihnen empfiehlt, dieses Postulat erheblich zu erklären. Wir laden Sie ein, uns und dem Gemeinderat zu folgen und das Postulat zu überweisen. Danke vielmals.

Präsident: Merci vielmals Anna. Wir kommen zu den Fraktionsvoten. Florence Schmid für die FDP/JF-Fraktion.

Florence Schmid (JF) für die Fraktion: Der Gemeinderat empfiehlt, ein Postulat erheblich zu erklären mit dem Auftrag, dass ein System der Gebührenerhebung, das der individuellen Leistungsfähigkeit Rechnung trägt, geprüft wird. Eine Begründung, weshalb das Postulat erheblich erklärt werden soll, liefert der Gemeinderat aber nicht. Die Fraktion FDP/JF hat sich deshalb entschieden, stattdessen die Arbeit des Gemeinderates zu übernehmen. Hätte der Gemeinderat nämlich eine saubere Begründung ausgearbeitet, hätte er zum Schluss kommen müssen, dass das Postulat zur Ablehnung empfohlen werden müsste. Ich werde wieder einmal technisch und erkläre: Für eine Gebühr erhalten die Bürgerinnen und Bürger, das hat vorher Anna Leissing richtig gesagt, eine Leistung des Staates. Wir haben hier im Rat intensiv über Parkgebühren diskutiert. Sie würden aber auch staunen, wie viele Gebühren das Heiraten kostet, und dann gibt es Gebühren für den Eintritt ins Hallenbad und so weiter. Gebühren müssen dem Kostendeckungs- und Äquivalenzprinzip entsprechen. Das heisst, sie müssen grundsätzlich die Kosten, die der Staat hat, damit er den Bürgerinnen die Leistung erbringen kann, decken. Die Gebühren dürfen aber nicht unverhältnismässig hoch sein. Das heisst, alle Bürgerinnen müssen sich die Gebühren leisten können. Und das hat zur Folge, dass die Gebühren manchmal nicht kostendeckend ausgestaltet werden können. Für die Steuern hingegen bekommen Bürgerinnen nicht direkt eine Leistung vom Staat. Steuergelder gehen beispielsweise in die Schulen. Nicht alle Steuerzahlenden haben aber Kinder. Trotzdem zahlen sie die Schulen mit. Steuern werden der individu-

ellen Leistungsfähigkeit entsprechend ausgestaltet. Darum zahlt jemand, der viel Einkommen hat, bis zu 40 Prozent Steuern auf dem Einkommen, während jemand, der wenig Einkommen hat, gar keine oder weniger Steuern, zum Beispiel 5 Prozent, darauf zahlen muss. Unterschiedliche Einkommenssteuertarife je nach Höhe des Einkommens nennt man Progression. Würde man anfangen, Gebühren der individuellen Leistungsfähigkeit entsprechend zu gestalten, wären sie nicht mehr Gebühren, sondern eben Steuern. Und das hätte zur Folge, dass für jede Gebühr oder eben Steuer eine Grundlage im kantonalen Steuergesetz vorgesehen werden müsste. Sie sehen: Gebühren gemäss individueller Leistungsfähigkeit auszugestalten ist einerseits aufgrund kantonalen Vorgaben gar nicht möglich. Selbst wenn es möglich wäre, müsste man für jede einzelne Gebühr eine faire Progression ausarbeiten und das würde das System an die Wand fahren. Es gibt viel zu viele Orte, wo Gebühren erhoben werden, um erstens eine sorgfältig abgestufte Tarifierung zu bestimmen. Und dann müsste man auch für jede einzelne Gebühr das individuelle Einkommen angeben. Stellen Sie sich vor, Sie stehen im Hallenbad an und müssen einer KassiererIn ihren Lohnausweis zeigen, damit sie Ihnen ein preislich faires Tickets zum Schwimmen ausstellen kann. Falls das Postulat trotzdem überwiesen wird, hier für den Gemeinderat eine Zusammenfassung für seine Prüfung: «Es ist nicht möglich, einkommensabhängige städtische Gebühren einzuführen. Diesen stehen einerseits kantonale gesetzliche Grundlagen entgegen. Und ferner wäre eine Tarifierung von Gebühren aus verwaltungsökonomischer Sicht weder umsetzbar noch sinnvoll.» Und jetzt noch zum Argument mit der familien- und schulergänzenden Betreuung.

Präsident: Bitte zum Schluss kommen.

Florence Schmid (JF) für die Fraktion: Ich komme gleich zum Schluss. Diese Gebühren werden nicht einkommensabhängig erhoben. Alle zahlen grundsätzlich die gleichen Gebühren. Vielmehr erhalten die Eltern für die Betreuung Subventionen der Gemeinde, und diese Subventionen sind wiederum je nach den Einkommen unterschiedlich hoch. Und ein letzter Punkt: Die Feuerwehersatzabgabe ist eine Steuer.

Präsident: Als nächster Sprecher kommt Erich Hess von der SVP-Fraktion.

Erich Hess (SVP) für die Fraktion: Gebühren, wie es die Vorrednerin gesagt hat – sie hat es technisch hervorragend ausgeschmückt, deshalb muss ich gar nicht mehr viel diesbezüglich sagen – müssen einfach kostendeckend sein. Sie dürfen nicht höher sein. Sprich man darf nicht aus Gebühren Steuern machen. Und wenn Sie das machen, werden dann noch viel mehr Leute aus der Stadt Bern abwandern, weil die kantonalen Steuern hier viel zu hoch sind. Es gibt noch ein paar Idealisten, die in der Stadt Bern sind, die hier sehr hohe Steuern, Einkommenssteuern wie auch Unternehmenssteuern, zahlen. Und wenn Sie die vergraulen wollen, müssen Sie eben gerade mit solchen Systemen kommen. Dann muss nur noch irgendjemand das sozialistische System hier in der Stadt Bern weiter aufrechterhalten. Besten Dank für die Aufmerksamkeit.

Präsident: Als nächstes kommt Dominic Nellen für die SP/JUSO-Fraktion.

Dominic Nellen (SP) für die Fraktion: Die SP/JUSO-Fraktion ist diesem Postulat gegenüber positiv eingestellt. Gebühren sind Abgaben für eine bestimmte Dienstleistung des Gemeindewesens oder die Benützung einer öffentlichen Einrichtung. Gebühren sind, wie wir sie kennen, in der Regel pauschalisiert; also für jede und jeden gleich

hoch, aber nur in der Regel. Steuern sind hingegen grundsätzlich einkommens- oder leistungsfähigkeitsabhängig. Und die Steuern sind darum grundsätzlich sozialverträglicher und gerechter als Gebühren. Ich widerspreche aber Florence Schmid, dass abgestufte Gebühren immer Steuern sind. Gebühren, auch wenn sie eigentlich für alle gleich hoch sind, belasten aber Einwohner*innen tatsächlich unterschiedlich stark, wie das auch die Einreichenden festhalten. Unserer Fraktion ist es wichtig, dass niemand aufgrund seiner finanziellen Situation benachteiligt wird oder Dienstleistungen nicht oder nur eingeschränkt benutzen kann. Wir sind gespannt, wie die Verwaltung hier Antworten gibt und welche Varianten ausgearbeitet werden, um dieser Problematik zu begegnen. Wir können uns einkommensabhängig abgestufte Gebühren vorstellen, einen situativen Gebührenerlass, eine Abzugsfähigkeit, ein System, das sich an der unentgeltlichen Rechtspflege orientiert und vieles mehr. Ideen gibt es mehrere. Unsere Fraktion nimmt das Postulat an.

Präsident: Danke vielmals. Als nächstes käme Tanja Miljanovic von der GFL/EVP-Fraktion.

Tanja Miljanovic (GFL) für die Fraktion: Einkommensabhängige städtische Gebühren erachtet die GFL/EVP-Fraktion als schwierig; in erster Linie, weil es eine klare Unterscheidung gibt zwischen Gebühren und Steuern. Die Gebühr bezieht sich dabei auf erbrachte und bezogene konkrete Leistungen. Das finden wir gut. Dazu gibt es aber auch Lenkungsabgaben. Und auch diese finden wir gut, auch weil sie sich explizit auf Leistungen beziehen und nicht einkommensabhängig sind. Aber wir finden auch, und zwar spätestens seit der Debatte zu den Parkplatzgebühren, dass eine gründliche juristische und politische Klärung in dieser Frage notwendig ist. Entsprechend nehmen wir das Postulat an, in der klaren Erwartung, dass Klarheit geschaffen wird und die zukünftigen Debatten vereinfacht werden. Zu guter Letzt möchten wir aber auch festhalten, dass die GFL/EVP-Fraktion nicht glaubt, dass das Ziel einer solidarischen und gerechten Gesellschaft, die allen Bürgern und Bürgerinnen ein Leben in Würde ermöglicht, über einkommensabhängige Gebühren erreicht oder finanziert werden kann. Das Ziel kann nur erreicht werden über ein einkommensunabhängiges Grundeinkommen.

Präsident: Als nächstes käme Claude Grosjean für die GLP/JGLP-Fraktion.

Claude Grosjean (GLP) für die Fraktion: Nur ganz kurz. Denn Florence hat dieses Mal mein Votum gehalten und ich will eigentlich nur noch ein wenig ergänzen. Wenn ich jetzt die ganze Debatte gehört habe, ist einfach vor allem das Praktische noch ein bisschen zu kurz gekommen. Ich kann es am Beispiel der Feuerwehersatzabgabe erklären. Die Feuerwehersatzabgabe, ob es jetzt eine Steuer oder eine Gebühr ist, wird von der Steuerverwaltung erhoben, weil nur die Steuerverwaltung die Daten hat, mit denen sie eben einkommensabhängig tarifieren kann. Und das können eben alle anderen nicht. Deshalb gilt dort, wie wir das gehört haben, das Kostenäquivalenzprinzip. Das ist auch ein Verursacherprinzip. Und auch ein wichtiger Punkt: Die meisten solchen Leistungen sind freiwillig. Darüber kann man bei gewissen Sachen reden, Einbürgerung zum Beispiel. Da muss man schon sagen: Das ist wahrscheinlich eine ziemlich dissuasive Angelegenheit, die Gebühren da. Aber die Hundesteuer ist für mich ganz klar freiwillig. Wer einen Hund will, muss halt damit rechnen, dass das auch etwas kostet. Das ist nicht lebensnotwendig. Deshalb dünkt mich, ist dort das Äquivalenzprinzip auch nicht asozial.

Präsident: Danke vielmals. Ich sehe keine weiteren Fraktionsvoten. Gibt es Einzelvoten. Niklaus Mürner von der SVP-Fraktion.

Niklaus Mürner (SVP), Einzelvotum: Ich kann mich sehr kurzhalten. Es ist eigentlich alles gesagt worden: von Äquivalenzprinzip, von Kostendeckungsprinzip. Gebühren knüpfen an Dienstleistungen an, zu denen dürfen sie nicht in einem krassen Missverhältnis stehen. Das wäre, wenn es einkommensabhängig ist, der Fall. Und deshalb sollte man das das Postulat eigentlich ablehnen. Wenn man den Gebührenwahnsinn, der manchmal in der Stadt Bern herrscht, abschaffen will, dann sollte man bei der Höhe der Gebühren ansetzen und nicht beim Einkommen. Und wenn man das Postulat richtig liest, dann sollte es eigentlich ein Postulat sein zur Steuererhöhung und nicht zur Gebührenerhöhung.

Präsident: Merci vielmals, Niklaus. Dann kommt jetzt definitiv Stadtpräsident Alec von Graffenried.

Alec von Graffenried, Stadtpräsident: Wir führen auch hier eine spannende Debatte. Uns hat einfach die Frage interessant gedünkt. Sie ist hier jetzt auch schon öfter diskutiert worden. Im Zusammenhang mit den Parkierungsgebühren haben Sie von einkommensabhängigen Gebühren gesprochen, ebenfalls im Zusammenhang mit der Feuerwehersatzabgabe, bei der ich mir auch nicht ganz sicher bin, ob es eine Gebühr oder eine Steuer ist. Aber dort hat man klar auch von einkommensabhängigen Gebühren oder Steuern reden wollen. Wir haben einfach gesagt: Dann klären wir es doch mal ab. Wir haben hochqualifizierte Juristinnen, die nicht ganz billig sind. Es wäre jetzt nicht einer der günstigen Vorstösse. Es wäre wohl ein relativ aufwändiger Vorstoss, aber nachher hätten wir eine saubere Grundlage, die wir Ihnen präsentieren könnten und die dann auch für künftige Debatten nützlich wäre. Denn diese wird es sicher geben, Debatten über neue Gebührenerhebungen, über Anpassungen von Gebühren – KITA-Gebühren, für die wir zwar das Gutscheinsystem haben, aber dank steigenden KITA-Tarifen und stabilen Gutscheins Entschädigungen auch ein Delta, das aufgeht das wir auch wieder diskutieren müssen. Also: Es wird viel zu diskutieren geben und auf einer sauberen Grundlage finde ich es einfach praktischer zu diskutieren und darum hätten wir den Vorstoss gerne für Sie beantwortet.

Präsident: Vielen Dank, Alec. Wir sind abstimmungsbereit. Wir stimmen über Traktandum 21 ab.

Abstimmung

2022.SR.000008: Postulat

Annahme

Ja	37
Nein	21
Enthalten	2

[Namensliste](#) 032

Präsident: Das Postulat ist erheblich erklärt.

Erich Hess (SVP): Ich **beantrage** aufgrund dieser Debatte und weil das eben gar nicht geht, das **Postulat gerade abzuschreiben**. Der Gemeinderat hat es auch mehr oder weniger begründet, und es ist unsinnig, das weiter zu diskutieren.

Präsident: Sie haben es gehört. Wir stimmen über die Abschreibung ab.

Abstimmung

2022.SR.000008: Antrag Hess auf Abschreibung	
Ablehnung	
Ja	16
Nein	42
Enthalten	1
	Namensliste 033

Präsident: Der Antrag ist abgelehnt worden.

2022.SR.000034

22 Interfraktionelle Motion Fraktion SVP, Mitte (Alexander Feuz/Thomas Glauser, SVP/Lionel Gaudy, Mitte/Simone Machado, GaP/Ruth Altmann, parteilos): Stadtreparatur: Steigern der Lebensqualität im Osten der Stadt Bern durch das Überdecken der Stadtautobahn im Abschnitt zwischen Freudenbergplatz und Bolligenstrasse, vorzugsweise bis Gümligenfeld. Die Partizipation der Quartierbevölkerung muss dabei sichergestellt werden!

Präsident: Es ist eine interfraktionelle Motion von SVP und Mitte. Sie ist bestritten vom Gemeinderat. Ich übergebe deshalb den Einreichenden das Wort. Das wäre Lionel Gaudy.

Lionel Gaudy (Mitte) für die Einreichenden: Es geht um den Ostring, konkreter um die Autobahn A6, die dort durchführt. Ich kann mich noch gut erinnern: Ende der 90er Jahre hat einer meiner besten Schulfreunde dort gewohnt, an der Giacomettistrasse. Es war so, dass man das Fenster im Wohnzimmer nicht aufmachen konnte respektive, wenn es offen war, konnte man drinnen nicht mehr zusammen reden. Dieser Abschnitt hat jahrzehntelang schweizweit den Spitzenplatz inne gehabt mit der höchsten Lärmbelastung. Wenn man Archivbilder der ETH aus den 60ern anschaut, als man die Autobahn baute, sieht man schön, wie sie einfach mitten durch das Quartier oder durch das entstehende, sich entwickelnde Quartier führt. Wir fordern den Gemeinderat auf, dass er das schnell an die Hand nimmt. Es geht darum, dass man die Autobahn im Bereich Ostring-Giacomettistrasse überdacht und nachher das Autobahndach in einem städtischen Sinn nützt. Beispielsweise haben wir notorische Knappheit an Rasensportfeldern. Das wäre doch eine gute Möglichkeit. So wie es jetzt ist, ist die Situation untragbar. Es gab eine leichte Verbesserung mit den neuen Lärmschutzwänden. Wir sind aber der Meinung, dass das noch lange nicht reicht. Und vor allem reicht es auch nicht, bis dann einmal der Autobahn-Bypass erfolgt respektive umgesetzt worden ist. Bis das Bundesamt für Strassen (ASTRA) so weit ist, ist es kein Generationenprojekt mehr, sondern ein Mehrgenerationenprojekt. Und wir möchten nicht, dass noch weitere Generationen unter dem jetzigen Zustand leiden müssen. Deshalb würde es uns sehr freuen, wenn Sie dieser Motion so zustimmen könnten, damit der Gemeinderat einen klaren Auftrag hat und das Projekt zusammen mit dem ASTRA an die Hand nehmen kann. Danke vielmals.

Präsident: Vielen Dank. Wir sind bei der Fraktionsvoten. Michael Sutter für die SP/JUSO-Fraktion.

Michael Sutter (SP) für die Fraktion: Der Stadtrat hat bereits 2008 eine Motion überwiesen, die die Überdachung der bestehenden A6 verlangt. Passiert ist in dieser Richtung seither leider gar nichts. Im Gegenteil: Im Rahmen der sogenannten Pannestreifenumnutzung wird die A6 derzeit auf 6 vollwertige Spuren ausgebaut. Und in diesem Rahmen ist auch eine teilweise Überdachung nicht einmal ernsthaft geprüft worden. Aber mit dem Bypass wird immer argumentiert – der Bypass, der grosse Heilsbringer. Der Bypass löst alle Probleme, und erst noch gratis und sogar auch noch ganz nach den Vorstellungen der Stadt. Nur bleibt dieser Bypass trotz grossem Planungsaufwand ein sehr unsicheres Versprechen für eine sehr ferne Zukunft. Und auch im optimistischsten Fall würde es noch Jahrzehnte gehen, bis das Milliardenprojekt dann umgesetzt wäre. Jahrzehntelang wird nichts gegen den Lärm und die Abgase einer Autobahn durch ein dichtes Wohnquartier gemacht. Umso mehr spricht überhaupt nichts dagegen, eine Überdachung der heutigen Autobahn, die zum Teil sowieso geplant ist wie im Bereich Pulverweg, nicht auf die lange Bank zu schieben, sondern rasch an die Hand zu nehmen. In diesem Sinn stimmen wir dieser Motion zu. Und wer immer von einer Stadtreparatur redet, der darf auch von den Allmenden nicht schweigen. Gerade hier wäre eine Überdachung der offenen Wunde, die die ursprüngliche Allmend in zwei Teile zersplittert, endlich an die Hand zu nehmen, statt sie mit zusätzlichen Autobahnspuren noch zu vergrössern, wie das der massive Ausbau des Anschlusses Wankdorf vorsieht. Die Stadt kann sich doch nicht einfach auf das Autobahnbundesamt und auf den obersten Lobbyisten Röstli verlassen und hoffen, dass Bern ausgerechnet aus dieser Ecke eine massgeschneiderte Stadtreparatur geschenkt bekommt, die den Bedürfnissen der Bevölkerung und den verkehrspolitischen Zielen der Stadt voll und ganz entspricht. Optimismus in Ehren, aber das ist dann doch gerade ein bisschen naiv.

Präsident: Vielen Dank, Michael. Wir kommen zu Tanja Miljanovic von der GFL/EVP-Fraktion.

Tanja Miljanovic (GFL) für die Fraktion: Bald kann ich meine Stimme selbst nicht mehr hören. Also: Die GFL/EVP-Fraktion nimmt die Motion an. Wir wissen, dass sich der Gemeinderat aktuell bereits im Gespräch mit dem ASTRA befindet, und das ist schön. Wir wissen aber auch, dass das ASTRA den Bypass-Ost und damit auch die Überdachung der Autobahn in diesem Bereich nur unter einer Bedingung ausführen möchte; einer Bedingung, mit der die Mehrheit der Berner Parteien und damit auch die Mehrheit oder eine deutliche Mehrheit der Stadtberner Bevölkerung nicht einverstanden ist. Die Bedingung für den Bypass-Ost ist für das ASTRA die Kapazitätserweiterung beim Wankdorfknoten. Und das wird scheitern. Deshalb ist es wichtig, dass die Stadt Bern diesen Auftrag unabhängig vom «Spaghetti-Teller» erhält.

Präsident: Merci, Tanja. Dann käme Seraphine Iseli für GB/JA!.

Seraphine Iseli (GB) für die Fraktion: Wir sind in der Fraktion ein bisschen zu einem anderen Schluss gekommen als die beiden Vorrednerinnen. Wir können uns nämlich im Grossen und Ganzen den Ausführungen des Gemeinderates anschliessen und werden die Motion ablehnen, weil wir es unsinnig finden, jetzt ein Parallelprojekt zum Bypass-Ost zu starten – wo man jetzt zu planen beginnt –, das realistisch betrachtet erst

in ein paar Jahrzehnten zum Tragen käme. Gerne sage ich noch ein paar allgemeine Punkte zur Forderung der Motionären*innen, und zwar schreiben die Motionär*innen in ihrer Motion, dass sie den stark störenden Verkehrslärm zum Verschwinden bringen wollen. Und dafür haben wir natürlich auch starke Sympathien, weil ich glaube, dass die Situation, wie sie im Moment in Bern-Ost ist mit dieser Autobahn, die mitten durch das Quartier führt, für alle offensichtlich eine Situation ist, die man auf jeden Fall hätte vermeiden sollen damals, die aber auch in Zukunft unbedingt vermieden werden muss. Für uns ist aber klar, dass einfach jede Autobahn, die auf dem Status Quo bleibt oder ausgebaut wird, dass die den MIV fördert und dadurch eine falsche Entwicklung mit sich bringt, weil das Problem dadurch nur verlagert wird, weil mehr Strassen mehr Autos anziehen und diese wiederum mehr Strassen bedingen, die weitere Quartiere oder auch das Kulturland zerstören, womit man in 50 Jahren am gleichen Punkt ist. Alle sind sich einig darin, dass das nicht weitsichtig geplant war. Statt dass man also jetzt Unsummen in ein neues Projekt steckt, das trotzdem von den Befürworter*innen dieser Autobahnen irgendwann als zu klein und zu eng befunden wird, sind wir dafür, lieber in umweltfreundlichere Verkehrsoptionen wie in den stetigen Ausbau des ÖV zu investieren, so dass der ÖV attraktiver und der MIV unattraktiver wird. So lässt sich nämlich der stark störende Verkehrslärm in Bern-Ost auch zum Verschwinden bringen und das erst noch mit mehr Zukunftsperspektive.

Präsident: Merci vielmals, Seraphine. Alexander Feuz für die SVP-Fraktion.

Alexander Feuz (SVP) für die Fraktion: Ihr habt gesehen, ich bin Erstunterzeichner dieser Motion. Aber ich wollte bewusst nicht am Anfang reden, weil das für einige ein guter Grund zum Ablehnen wäre. Ich danke allen, die den Vorstoss unterstützt haben. Ich danke insbesondere Michael Sutter, der eigentlich auch die Anliegen von uns im Quartier vorgebracht hat. Ich danke auch für das Votum von Lionel Gaudy. Sie sehen, was wir hier verlangen. Es ist wirklich bescheiden. Wir verlangen nicht, dass man die Welt auf den Kopf stellt. Wir wollen, dass das ASTRA die nötigen Schritte in die Wege leitet, damit die Überdeckung rasch an die Hand genommen wird. Wir haben mit den Verantwortlichen vom ASTRA gemäss Ziffer 2 die nötigen Schritte in die Wege zu leiten, damit die Ostermundigenstrasse rasch an die Hand genommen werden kann. Das sind Forderungen, bei denen ich der Meinung bin, dass die Grünen zustimmen sollten. Ich sage der Quartierkommission, wer Nein gesagt hat und dass wir eine interessante Koalition waren. Bürgerliche Parteien und die SP dafür und die Grünen dagegen. Auch Ziffer 3 mit dem ASTRA: Es geht darum, die Realisierung der Autobahn rasch an die Hand zu nehmen, um Partizipationsprojekte für die betroffene Quartierbevölkerung zu starten. Ich kann nicht begreifen, weshalb die Grünen das ablehnen. Sie sind immer für Partizipation. Hier lehnen sie es jetzt wiederum ab. Und wenn Sie jetzt sehen, welche Bedeutung man hat, man muss doch das Eisen schmieden, solange es heiss ist. Jetzt kann man dort etwas machen. Wie lange reden wir davon? Wir wissen alle vom Bären- und Waisenhausplatz. Dieser Vorstoss ist vor etwa 20 oder 30 Jahren angenommen worden, und wir sind immer noch dran oder stellen das wahrscheinlich zurück. Jetzt wäre die Gelegenheit. Ich danke allen, die hier mitgemacht haben.

Präsident: Ich bitte um Ruhe in den letzten 5 Minuten, damit ich noch Alex auch noch verstehen kann.

Alexander Feuz (SVP) für die Fraktion: Danke. Alex ist fertig. Ich halte die Zeitvorgaben ein. Merci.

Präsident: Ich sehe keine weiteren Fraktionsvoten. Gibt es Einzelvoten? Das scheint nicht der Fall zu sein. Dann hat jetzt Alec von Graffenried das Wort.

Alec von Graffenried, Stadtpräsident: Also der Gemeinderat diskutiert nicht mit dem ASTRA, vielmehr ist ein Projekt am Laufen. Das Projekt heisst Bypass und das Projekt hat genau das Ziel, dass wir die Autobahn aus dem Gebiet herausnehmen und dass wir dort wirklich eben die Stadtreparatur, wie es auch im Vorstoss heisst, vornehmen können. Die Topografie in dem Gebiet ist so, dass, wenn wir die Autobahn drin lassen und einfach probieren, einen Deckel darüber zu basteln, damit nicht zum Ziel kommen werden, beim Pulverweg vielleicht schon. Aber beim Pulverweg wird im Bypass eine Überdeckung vorgesehen werden müssen. Aber weiter hinaus wollen wir wirklich die Autobahn wegnehmen. Die Autobahn wird ja dann im Bypass unter dem Kleezentrum verschwinden und ins Melchenbühl hinausgehen. Und dann können wir den ganzen Osten über das Egghölzli, also Ostring-Egghölzli bis zum Melchenbühl tatsächlich rückbauen und dort wieder Stadt planen, so wie wir die Stadt eigentlich auch haben möchten. Das ist genau das, was wir wollen. Wenn wir sagen, wir möchten zwischendrin auch eine Überdeckung haben, wäre das der planerische Overkill. Es wäre eine Investition für die Katze, weil wir ja die Autobahn ganz weghaben wollen. Wir wollen sie nicht einfach überdachen. Wir wollen sie ganz weghaben und eben in einen Tunnel unterirdisch ausserhalb verlegen. Ich glaube, wir sind damit auf einem erfolgsversprechenden Weg. Es ist nicht irgendetwas, bei dem im Kreis herum diskutiert wird, sondern es ist ein Projekt, das seriös angegangen wird. Es ist ein sehr grosses Projekt, aber es wird entsprechend auch eine sehr grosse Verbesserung bringen. Und deshalb bitte ich Sie, den Gemeinderat auf diesem Weg zu unterstützen und den Vorstoss abzulehnen.

Präsident: Danke vielmals, Alec. Wir sind in dem Fall auch hier beschlussfähig. Ich habe keine Wandlung mitbekommen. In diesem Fall stimmen wir über die Motion als Richtlinie ab.

Abstimmung

2022.SR.000034: als Richtlinie	
Annahme	
Ja	40
Nein	22
Enthalten	0
	Namensliste 034

Präsident: Die wurde erheblich erklärt. Ich danke vielmals für das Mitmachen, wünsche allen einen schönen Abend und schöne Sommerferien. Man sieht sich im August zum alljährlichen Stadtratsausflug.

Verschobene Traktanden

Der Stadtrat verschiebt die Beratung der folgenden Traktanden auf eine spätere Sitzung:

- 23. Interfraktionelles Postulat GLP/JGLP, GB/JA!, (Michael Ruefer, 2022.SR.000099 GLP/Katharina Gallizzi, GB/Alexander Feuz, SVP): Hindernisse für Fussgänger*innen abbauen: Winkelriedstrasse der geplanten Siedlungsentwicklung anpassen; Annahme

24. Motion Milena Daphinoff (CVP), Marieke Kruit (SP): Ein «Bänkli2019.SR.000292 zum Brichte»; Annahme als Richtlinie
25. Postulat Milena Daphinoff (CVP): Metroschleife durch die Läng-2019.SR.000297 gasse; Annahme und gleichzeitig Prüfungsbericht
26. Motion Milena Daphinoff (CVP): Innovative Lösungen für den öff-2019.SR.000294 fentlichen Verkehr; Annahme als Richtlinie
28. Interfraktionelle Motion GB/JA!, GFL/EVP, SP/JUSO, 2021.SR.000099 AL/GaP/PdA (Eva Krattiger, JA!/Katharina Gallizzi, GB/Brigitte Hilty Haller, GFL/Timur Akcasayar, SP/Jemima Fischer, AL): Planung autofreier Bahnhofplatz jetzt an die Hand nehmen!; Annahme
29. Interfraktionelle Motion GB/JA!, GFL/EVP, SP/JUSO, GLP/JGLP 2021.SR.000100 (Eva Krattiger, JA!/Katharina Gallizzi, GB/Brigitte Hilty Haller, GFL/Timur Akcasayar, SP/Michael Ruefer, GLP/Jemima Fischer, AL): Bollwerk: Boulevard statt Beton-Wüste; Annahme
30. Interfraktionelles Postulat GB/JA!, GFL/EVP, SP/JUSO (Eva 2021.SR.000101 Krattiger, JA!/Katharina Gallizzi, GB/Brigitte Hilty Haller, GFL/Timur Akçasayar, SP/Jemima Fischer, AL/Simone Machado, GaP): Schützenmatte: Trennwirkung zur Stadt reduzieren; Annahme und gleichzeitig Prüfungsbericht

Eingänge

An der heutigen Sitzung wurden folgende Vorstösse eingereicht:

1. Kleine Anfrage Fraktion AL/PdA (Raffael Joggi, AL): Cyber-Attacke auf Stadt Bern?
2. Kleine Anfrage Thomas Hofstetter (FDP): Gab es Probleme mit elektrobetriebenen Geräten und Maschinen in der TVS?
3. Interfraktionelle Kleine Anfrage GB/JA, AL/PdA (Anna Leissing, GB / David Böhner, AL): Ewige Parkplätze auf der Schützenmatte?
4. Kleine Anfrage Fraktion SVP (Alexander Feuz / Niklaus Mürner, SVP): Besetzung/Zwischennutzung der Objekte Weissensteinstrasse (wahrscheinlich Weissensteinstrasse 4, 4a)

Schluss der Sitzung: 22.30 Uhr.

Namens des Stadtrats

Der Präsident

X

für das Protokoll

X

Michael Hoekstra

Anita Flessenkämper
(Redaktion: Barbara Waelti)